

WP-01 Ein Land der Innovation und Nachhaltigkeit

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Text

Wir wollen ein NRW, dessen Wirtschaft, Energie und Mobilität den Menschen ein gutes Leben ermöglicht. Wir wollen, dass ambitionierter Klimaschutz und nachhaltiger Wohlstand zusammengehen: mit einer Industrie, die Zukunft hat, mit Energie, die unabhängig macht, mit Mobilität, die für alle funktioniert. Wir fragen zuerst, was Menschen im Alltag brauchen: günstige Energie, verlässliche Mobilität, sichere Arbeitsplätze. Daran richten wir unsere Wirtschafts-, Energie- und Verkehrspolitik aus.

NRW muss unabhängig und handlungsfähig sein. Dazu gehört ein klarer Pfad zur Klimaneutralität, der ambitioniert im Ziel und pragmatisch im Weg ist. Dazu gehört eine Energieversorgung, die nicht von Öl, Gas oder autoritären Regimen abhängt, sondern auf heimischer Wind- und Sonnenkraft aufbaut. Dazu gehört eine Industrie, die eigene Wertschöpfungsketten stärkt, statt sich von geopolitisch unzuverlässigen Lieferketten abhängig zu machen. Und dazu gehört ein Verkehrssystem, das die Menschen zuverlässig ans Ziel bringt, egal ob mit Bus, Bahn, Rad, zu Fuß oder mit dem Auto.

Diese Unabhängigkeit ist für uns eine Frage wirtschaftlicher Stärke und politischer Handlungsfähigkeit. Wir wollen weniger abhängig von fossilen Energien, kritischen Rohstoffen und einzelnen Lieferanten sein – und mehr von dem in NRW und Europa produzieren, was wir für unseren Wohlstand und unsere Zukunft brauchen.

Wir wollen ein NRW, das bei den Alltagssorgen hilft, bei der Transformation unterstützt und als starker und innovativer Wirtschafts- und Energiestandort vorangeht. Ein Land, das Wohlstand sichert, Unabhängigkeit schafft und nachhaltiges Wirtschaftswachstum ermöglicht. Seit fast fünf Jahren arbeiten wir daran, NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen – mit über 1.000 neuen Windrädern, Investitionen in unsere Infrastruktur, einem klaren Fahrplan für den Kohleausstieg und einer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie im Sinne der 17 Nachhaltigkeitsziele der UN (SDG's). Diesen Kurs wollen wir für alle 18 Millionen Menschen in diesem Land fortsetzen: bezahlbar, gerecht, innovativ und mit einem Wohlstand, der sich aus echter Zukunftsfähigkeit speist.

Denn wir sind überzeugt: NRW hat alles, was es braucht, um aus den großen Veränderungen unserer Zeit neue Stärke zu gewinnen. Diesen Weg gehen wir weiter: Wir wollen jeden Tag NRW ein kleines bisschen besser machen, denn wir sind überzeugt, dass die besten Tage nicht hinter uns, sondern vor uns liegen.

Wir machen Klimaschutz zum Wirtschaftsmotor

Klimaschutzgesetz weiterentwickeln

Klimaschutz gehört zu unserer politischen DNA, weil wir der nächsten Generation ein Land hinterlassen wollen, in dem man weiterhin gut leben kann. Wer Klima und Natur schützt, schützt auch Frieden und Freiheit. Wir denken Klimaschutz in sämtlichen Politikbereichen mit: von Energie, über Industrie, Verkehr, Wohnen bis zur Landwirtschaft. Auch unsere Verwaltung, unsere Finanzpolitik und unsere Bildung richten wir konsequent am Klimaschutz aus. Diesen Weg gehen wir mit Zuversicht weiter. Es lohnt sich zu kämpfen, denn jeder noch so kleine Temperaturanstieg, den wir verhindern, macht einen Unterschied für die 18

40 Millionen Menschen in NRW aus. Wir bekennen uns klar zum Pariser Klimaabkommen und seinem
41 Ziel, die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen.

42 NRW übernimmt seinen Teil der globalen Verantwortung: Unser Ziel ist ein klimaneutrales NRW
43 spätestens im Jahr 2045. Und wir kommen voran: Als größtes Industrie- und Energieland
44 Deutschlands haben wir unsere Treibhausgasemissionen seit 1990 inzwischen um mehr als die
45 Hälfte gesenkt. Das zeigt: Konsequenter Klimaschutz wirkt – auch in einem Land, in dem ein
46 großer Teil der deutschen Industrieproduktion stattfindet. Diesen Weg werden wir
47 entschlossen weitergehen und entwickeln dafür das Klimaschutzgesetz weiter, indem wir
48 verbindliche Sektorziele für die Jahre 2035 und 2040 und klare Reduktionspfade für alle
49 Ministerien festlegen. Mit ambitionierten Maßnahmen wie der bereits umgesetzten
50 Solarpflicht, einer Strategie für eine klimaneutrale Landesverwaltung, einem CO₂-
51 Schattenpreis und verlässlichen Investitionen bringen wir NRW Schritt für Schritt auf den
52 Weg zur Klimaneutralität. Obwohl der Klimaschutzfortschritt des Landes maßgeblich von den
53 Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Ebene abhängt, werden wir als Landesregierung alles
54 tun, um unsere Ziele zu erreichen.

55 Transformation und Klimaanpassung als zentrale Chancen für den Wirtschaftsstandort

56 Am stärksten wirkt Klimaschutz dort, wo er Wohlstand sichert und neuen schafft. Schon heute
57 erzeugen wir mit Erneuerbarer Energie günstigen Strom und unsere Unternehmen in der
58 Kreislaufwirtschaft sind international Vorreiter. Deshalb sehen wir in der Transformation
59 unserer Industrie eine echte Chance und einen der größten Hebel, um das im Klimaschutzgesetz
60 festgelegte Ziel, NRW bis 2045 klimaneutral zu machen, zu erreichen und unseren Wohlstand zu
61 erneuern. Wer stattdessen heute immer noch an fossilen Energien festhält, setzt die
62 Wirtschaft einer massiven geopolitischen Abhängigkeit von autoritären Regimen aus, wie die
63 Blockade der Straße von Hormuz schmerzhaft zeigt. Nicht Klimaschutz belastet die Wirtschaft,
64 sondern kein Klimaschutz. Das hat auch das Rhein-Niedrigwasser in den Jahren 2025 und 2026
65 gezeigt, das unsere Industrie in NRW massiv belastete und zu horrenden Folgekosten führte.

66 Wir wollen den CO₂-Ausstoß so weit wie möglich reduzieren und zukünftig vermeiden. Für
67 unvermeidbare, beziehungsweise schwer vermeidbare Prozessemissionen, wollen wir der
68 Industrie Möglichkeiten zur Abscheidung und Nutzung von CO₂ eröffnen und die notwendige
69 Transportinfrastruktur weiterentwickeln. Dabei setzen wir auf eine leistungsfähige nationale
70 und europäische CO₂-Infrastruktur, über die auch geeignete Speicherstätten erreichbar
71 werden. Das gilt auch für die CO₂-Entnahme aus der Atmosphäre, die wir künftig brauchen
72 werden, um unvermeidbare Restemissionen auszugleichen.

73 Wir wollen Klimaanpassung als eigenen Zukunftsmarkt gezielt weiterentwickeln, indem wir die
74 Vernetzung und Unterstützung von Unternehmen ausbauen und Klimaanpassung stärker in
75 öffentlichen Ausschreibungen unterstützen. Eine leistungsfähige Wirtschaft braucht zudem
76 eine Infrastruktur, die auch unter veränderten klimatischen Bedingungen zuverlässig
77 funktioniert. Deshalb berücksichtigen wir Klimarisiken beim Erhalt und Ausbau unserer
78 Infrastruktur: bei Wasserstraßen, beim Bau von Hochwasser- und Starkregenschutz, bei der
79 Wasserverfügbarkeit sowie Energie- und Verkehrsinfrastruktur. Klimaanpassung schützt damit
80 auch Produktion, Lieferketten und industrielle Wertschöpfung.

81 Wir stärken die Wirtschaft für die Zukunft

82 Industrie, die uns stark macht

83 Wirtschaftliches Wachstum und klimaneutrale Transformation gehören für uns zusammen. Wir
84 wollen NRW wirtschaftlich stärker, wettbewerbsfähiger und zugleich klimaneutral machen. Wir
85 wollen, dass die Wirtschaft in NRW wieder wächst und sich zugleich ressourcenschonend,
86 klimaneutral und zukunftsfähig aufstellt. Unsere Politik schafft dafür die Voraussetzungen:

87 bezahlbare, saubere und verlässlich verfügbare Energie, weniger Bürokratie und schnellere
88 Verfahren, mehr private Investitionen, wettbewerbsfähige Unternehmen, neue Wertschöpfung und
89 gute Arbeitsplätze.

90 Wir stehen für nachhaltiges Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen, das auf Innovation,
91 technologischem Fortschritt und einem effizienteren Einsatz von Ressourcen beruht. Damit
92 unsere Unternehmen ihre Potenziale voll ausschöpfen können, benötigen wir aber auch
93 verlässliche und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen auf Bundes- und europäischer Ebene.
94 Unterschiedliche Regeln, unübersichtliche Förderprogramme und nationale Insellösungen dürfen
95 Investitionen und Innovationen nicht ausbremsen. Deshalb setzen wir uns beim Bund und in der
96 EU für einen verlässlichen Rahmen ein, der Investitionen erleichtert, Innovationen
97 beschleunigt und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärkt.

98 Wir haben uns ein ambitioniertes Ziel gesetzt: Wir machen NRW zur ersten klimaneutralen
99 Industrieregion. Der Weg dorthin muss pragmatisch, technisch machbar, wirtschaftlich gangbar
100 und sozial verträglich sein. Gerade bei grundlegenden Wertschöpfungsstufen in Chemie, Stahl,
101 Raffinerien und anderen energieintensiven Industrien wollen wir Strukturbrüche verhindern
102 und industrielle Wertschöpfung im Land halten.

103 In NRW soll auch in Zukunft das Herz der deutschen Stahlindustrie kräftig schlagen. Wir
104 stehen an der Seite der Beschäftigten. Sie sehen ihre Zukunft in der klimaneutralen
105 Produktion. Zehntausende Arbeitsplätze und ganze Wertschöpfungsketten hängen direkt und
106 indirekt an unseren Stahlstandorten. Deshalb kämpfen wir für eine starke, wettbewerbsfähige
107 und klimaneutrale Stahlindustrie und für den Erhalt guter Industriearbeitsplätze in NRW. Wir
108 stehen zu den Investitionen in die Transformation von Thyssenkrupp Steel und anderen
109 Stahlstandorten und erwarten zugleich von den Unternehmen, Verantwortung für moderne
110 Standorte und Beschäftigte zu übernehmen. Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen für
111 verlässliche Rahmenbedingungen ein: wettbewerbsfähige Energiepreise, ausreichend
112 erneuerbaren Strom und Wasserstoff, die notwendige Infrastruktur und starke Märkte für
113 klimaneutralen Stahl. Unser Ziel ist klimaneutraler Stahl Made in NRW – mit guter Arbeit und
114 industrieller Wertschöpfung hier bei uns.

115 Wasserstoff bleibt für die Industrie ein zentraler Baustein. Deshalb treiben wir die
116 Anbindung NRWs an das Wasserstoffkernnetz sowie an nationale und europäische Import- und
117 Transportinfrastrukturen voran. Innerhalb einer Übergangsphase gehen wir pragmatisch mit
118 unterschiedlichen Herkunftspfaden um, solange sie mit dem Pfad zur Klimaneutralität
119 vereinbar sind.

120 Mit dem industriepolitischen Leitbild des NRW-Wirtschaftsministeriums wurde ein
121 verlässlicher Rahmen für die Transformation des Industriestandorts geschaffen. Diesen Weg
122 entwickeln wir gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbänden weiter und übersetzen
123 ihn dort, wo es notwendig ist, in konkrete Lösungen für einzelne Branchen. Mit dem Chemie-
124 und Raffineriepakt ist es gelungen, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein gemeinsames
125 Verständnis von Industrie und Politik zu schaffen: Wir halten am Ziel der Klimaneutralität
126 fest und arbeiten gemeinsam daran, wie die Transformation der Chemie- und
127 Raffinerieindustrie unter wettbewerbsfähigen Bedingungen gelingen kann.

128 Für die klimaneutrale Transformation unserer Industrie wollen wir die bestehenden
129 Förderinstrumente des Landes stärker bündeln und gezielt auf Investitionen ausrichten, die
130 klimaneutrale Produktion und neue Wertschöpfung in NRW voranbringen.

131 Private Investitionen sind der Schlüssel für neues Wachstum und die klimaneutrale
132 Modernisierung unserer Wirtschaft. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für einen
133 Investitionsbooster ein: Unternehmen, die in Klimaneutralität und Transformation

134 investieren, sollen durch eine Steuergutschrift gezielt entlastet werden. Damit mobilisieren
135 wir zusätzliches privates Kapital für die Modernisierung unseres Wirtschaftsstandorts.

136 Wir wollen, dass die Industrie der Zukunft klimaneutral produziert und das in NRW. Die
137 Gefahr, dass Produktion und Arbeitsplätze in Länder mit niedrigeren Umwelt- und Klima-
138 Standards abwandern, nehmen wir ernst. Deshalb sichern wir industrielle Wertschöpfungsketten
139 und Verbundstandorte und stärken die Wettbewerbsfähigkeit und Transformation unserer Stahl-,
140 Chemie- und Automobilindustrie. Klimaschutz darf nicht dazu führen, dass Emissionen
141 lediglich ins Ausland verlagert werden. Den Europäischen Emissionshandel verteidigen wir
142 deshalb als marktbasierendes Klimaschutzinstrument und setzen uns für einen wirksamen
143 europäischen CO₂-Grenzausgleich ein, der heimische Unternehmen vor unfairem Wettbewerb durch
144 klimaschädlich produzierte Importe schützt.

145 Unsere Industrie braucht jetzt wirksamen Schutz gegen den aggressiven Preiskrieg, den China
146 mit staatlich subventionierter Überproduktion befeuert. Deshalb setzen wir uns für starke
147 europäische Schutzinstrumente ein und gehen entschlossen unseren Weg zu mehr
148 wirtschaftlicher Unabhängigkeit.

149 Wir machen NRW zu einem Land, in dem aus Investitionsentscheidungen schnell Investitionen
150 werden. Dafür halten wir ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen vor, revitalisieren
151 Brachen und ehemalige Industrieflächen und entwickeln strategisch wichtige Standorte
152 vorausschauend. Große Investitionsstandorte machen wir „ready to invest“: mit geklärtem
153 Planungsrecht, leistungsfähigen Strom- und perspektivisch Wasserstoffanschlüssen, Glasfaser
154 sowie guter Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur. Für bedeutende Investitionsvorhaben,
155 welche die Transformation zur klimaneutralen Industrieregion ermöglichen, schaffen wir ein
156 verbindliches Projektmanagement mit einer zentralen Ansprechperson, die
157 Genehmigungsverfahren über Behörden und staatliche Ebenen hinweg koordiniert und
158 beschleunigt. Investitionsförderung konzentrieren wir dort, wo sie zusätzliche private
159 Investitionen, Innovation und klimaneutrale Wertschöpfung auslöst.

160 Wir warten nicht darauf, dass Investitionen nach NRW kommen, sondern werben weltweit aktiv
161 um sie. Wir sprechen gezielt Unternehmen aus Zukunftsbranchen an, begleiten sie von der
162 Standortentscheidung bis zur Ansiedlung und verknüpfen sie mit heimischem Mittelstand,
163 Start-ups und Forschung. So sorgen wir dafür, dass aus internationalen Investitionen neue
164 Arbeitsplätze, Innovationen und zusätzliche Wertschöpfung in NRW entstehen.

165 Mittelstand zum Gewinner der Transformation machen

166 Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und tief in den Regionen NRWs
167 verwurzelt. Familienunternehmen, Handwerksbetriebe und kleine und mittlere Unternehmen
168 schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze, treiben Innovationen voran und übernehmen
169 Verantwortung vor Ort. Viele von ihnen stehen gleichzeitig vor großen Herausforderungen:
170 steigende Kosten, fehlende Fachkräfte, Unternehmensnachfolgen sowie notwendige Investitionen
171 in Digitalisierung, KI und klimaneutrale Produktion. Wir wollen, dass der Mittelstand zu den
172 Gewinnern der Transformation gehört. Kommunen sollen Unternehmen bei Genehmigungen und
173 Planungsverfahren unterstützen. Junge Menschen, die als Nachfolgeunternehmer*innen
174 Verantwortung übernehmen wollen, unterstützen wir, z.B. mit günstigen Krediten oder
175 Garantien. Denn sie stehen oft vor großen Herausforderungen, um den Kapitalbedarf für die
176 Übernahme eines Unternehmens aufzubringen.

177 Wir verbessern den Zugang zu Finanzierung und Förderung, bringen neue Technologien und
178 Forschung schneller in die betriebliche Praxis und Mittelstand und Start-ups gezielter
179 zusammen. Wir wollen es kleinen und mittleren Unternehmen erleichtern, innovative Lösungen
180 von Start-ups erstmals im eigenen Betrieb einzusetzen und daraus langfristige

181 Partnerschaften entstehen zu lassen. So bekommen Mittelständler schneller Zugang zu neuen
182 Technologien und Start-ups schneller ihre ersten Kunden.

183 Mehr Frauen sollen Unternehmen gründen und übernehmen können. Deshalb setzen wir unseren
184 Einsatz auf Bundesebene für einen besseren Mutterschutz für Selbstständige fort. Wer als
185 selbstständige Mutter einen Betrieb führt, trägt Verantwortung für Beschäftigte und
186 Kund*innen und darf rund um die Geburt eines Kindes nicht vor der Frage stehen, wie Betrieb
187 und eigene Absicherung weiterlaufen. Ein verlässlicher Mutterschutz für Selbstständige ist
188 deshalb für uns eine Frage von wirtschaftlicher Teilhabe, Gleichstellung und fairen
189 Bedingungen für Unternehmerinnen. Denn wer einen Betrieb gründet, übernimmt oder
190 weiterführt, schafft Arbeitsplätze und sichert handwerkliches Know-how für die nächste
191 Generation.

192 Unternehmer*innen mit Einwanderungsgeschichte gründen überdurchschnittlich oft und sind ein
193 wichtiger Teil unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen ihre Potenziale stärken und
194 bestehende Hürden für Gründung, wirtschaftlichen Erfolg und Teilhabe abbauen. Zudem arbeiten
195 noch immer Menschen in NRW weit unterhalb ihrer Qualifikation, weil Berufs- und
196 Bildungsabschlüsse nicht oder erst nach langen Verfahren anerkannt werden. Zu oft verlassen
197 genau diese Fachkräfte unser Land, da Behördengänge zu kompliziert sind. Das können wir uns
198 weder gesellschaftlich noch angesichts des Fach- und Arbeitskräftemangels leisten. Wir
199 wollen Anerkennungsverfahren weiter vereinfachen, beschleunigen und digitalisieren.
200 Informations- und Beratungsangebote über Anerkennungsverfahren sollen niedrigschwellig und
201 mehrsprachig verfügbar sein. Die behördlichen Zuständigkeiten wollen wir übersichtlicher und
202 effizienter gestalten.

203 Vor allem schaffen wir Verlässlichkeit für Investitionen: bei Energiepreisen, Infrastruktur
204 und den politischen Rahmenbedingungen. Bei neuen Großinvestitionen und Ansiedlungen wollen
205 wir, dass heimische Zulieferer, Handwerk und Mittelstand profitieren und neue Wertschöpfung
206 in den Regionen entsteht.

207 Ohne starkes Handwerk keine erfolgreiche Transformation

208 Handwerker*innen bauen Wohnungen, installieren Wärmepumpen und Solaranlagen, modernisieren
209 unsere Infrastruktur und sorgen überall im Land für regionale Wertschöpfung. Deshalb wollen
210 wir dem Handwerk den Rücken freihalten und vor allem die Fachkräftebasis stärken. Wir
211 bringen junge Menschen und Ausbildungsbetriebe besser zusammen, fördern die berufliche
212 Bildung und gewinnen gezielt mehr Frauen, Zugewanderte und Menschen mit Behinderungen für
213 handwerkliche Berufe.

214 Gleichzeitig unterstützen wir Betriebsübernahmen und machen die Selbstständigkeit im
215 Handwerk attraktiver. NRW braucht die Meister*innen von morgen: Sie bilden Fachkräfte aus,
216 übernehmen Betriebe und sichern die Zukunft unseres Handwerks und Mittelstands. Deshalb
217 wollen wir die Ausbildungseinrichtungen stärken, die Plätze für die Meisterausbildung
218 erhöhen und die Meisterausbildung in NRW schrittweise kostenfrei machen. So investieren wir
219 direkt in die Fachkräfte, die unser Land braucht, und erleichtern den Weg in
220 Selbstständigkeit und Betriebsnachfolge.

221 Innovation strategisch und zielgerichtet fördern

222 Innovationen bringen uns in NRW vorwärts. Wir wollen technologischen Fortschritt mit den
223 Stärken unseres Industriestandortes verbinden und dafür sorgen, dass aus guten Ideen
224 schneller konkrete Anwendungen, Wertschöpfung und Arbeitsplätze entstehen. Dafür bringen wir
225 Forschung, Wirtschaft und Gründungen stärker zusammen.

226 NRW steckt voller Ideen, die sich in zahlreichen Start-up-Gründungen niederschlagen. Unsere
227 Gründungsförderung wirkt: NRW gehört heute zu den führenden Start-up-Standorten
228 Deutschlands, und die Zahl der Neugründungen ist zuletzt deutlich gestiegen. Diesen Erfolg
229 wollen wir ausbauen. Wir wollen weiterhin ein attraktiver Standort für Gründungen und
230 innovative Unternehmen sein. Wir setzen einen besonderen Fokus auf Gründungen, die
231 nachhaltige Produkte oder Social Impact haben und bauen das Gründer*innenstipendium weiter
232 aus. Wissenschaftliche Ausgründungen wollen wir erleichtern und den Weg von der Hochschule
233 in den Markt beschleunigen. Dafür setzen wir uns für standardisierte und faire Verträge bei
234 Ausgründungen ein.

235 Wer sich selbstständig macht, übernimmt Verantwortung, verwirklicht eigene Ideen und schafft
236 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wert. Solo-Selbstständige und Kleinunternehmen
237 gehören selbstverständlich zur Vielfalt unserer Arbeits- und Wirtschaftswelt – von Handwerk
238 und Beratung über Kultur und Kreativwirtschaft bis zu digitalen Dienstleistungen. Wir
239 wollen, dass NRW ein Land ist, in dem Menschen den Mut haben, ihre Ideen selbstständig zu
240 verwirklichen, und dabei auf gute Rahmenbedingungen treffen.

241 Deshalb werden wir Solo-Selbstständige bei Förderprogrammen und wirtschaftspolitischen
242 Entscheidungen des Landes konsequent mitdenken, Zugänge zu Beratung und Förderung
243 niedrigschwelliger gestalten und unnötige Bürokratie abbauen. Beratungsangebote wollen wir
244 auch in der Festigungsphase einer Selbstständigkeit stärken. Bei öffentlichen Vergaben des
245 Landes achten wir darauf, dass auch Solo-Selbstständige und kleine Unternehmen faire Chancen
246 haben. Dabei wollen wir die unterschiedlichen Formen von Selbstständigkeit in den Blick
247 nehmen.

248 Wir wollen, dass in NRW erfolgreiche Start-ups gegründet werden und aus ihnen auch die
249 großen Unternehmen von morgen entstehen. Wir unterstützen wachstumsstarke Unternehmen
250 bereits bei Skalierung, Finanzierung und Internationalisierung und stellen über die NRW.BANK
251 zugleich Wachstumskapital bereit und mobilisieren gemeinsam mit privaten Investor*innen
252 zusätzliches Kapital. Diesen Ansatz wollen wir weiter ausbauen, damit innovative Unternehmen
253 ihre nächste Wachstumsphase in NRW finanzieren und Wertschöpfung und Arbeitsplätze hier
254 schaffen können. Dabei setzen wir auf klare wirtschaftliche Kriterien und nehmen besonders
255 Unternehmen in den Blick, die neue Technologien voranbringen und zur Transformation unseres
256 Wirtschaftsstandortes beitragen.

257 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass mit dem „28. Regime“ ein einheitlicher europäischer
258 Rechtsrahmen für Unternehmen Realität wird. Davon würden Start-ups, Betriebe und
259 Handwerksunternehmen in den Grenzregionen von ganz NRW profitieren.

260 Wir konzentrieren unsere Innovationspolitik auf die Bereiche, in denen für NRW besonders
261 große Chancen liegen: Künstliche Intelligenz und neue Computertechnologien, Verteidigung und
262 Raumfahrt, Medizin und Biotechnologie, Kreislaufwirtschaft und Umwelttechnologien sowie die
263 Mobilität der Zukunft. Die Industrie der Zukunft verbindet moderne Produktion und Logistik
264 mit digitalen Dienstleistungen und neuen, datenbasierten Geschäftsmodellen. Gerade bei der
265 industriellen Anwendung von KI wollen wir NRW zur Leitregion machen – vom Großkonzern bis
266 zum kleinen Betrieb.

267 Diese Zukunftsfelder wollen wir mit echter Substanz füllen. Bei Halbleitern – dem Rückgrat
268 jeder digitalen und klimaneutralen Industrie – bauen wir die Forschungsförderung und Brücken
269 zwischen Wissenschaft und Wirtschaft aus. Bei der Quantentechnologie investieren wir in
270 Testfelder, Ausbildung und schnelleren Technologietransfer. Die Raumfahrt nutzen wir als
271 Innovationstreiber weit über die eigene Branche hinaus: Rund um starke
272 Forschungseinrichtungen wie dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) wollen wir
273 den Transfer in die Wirtschaft und die Entstehung neuer Unternehmen vorantreiben.

274 Biobasierte Rohstoffe, Materialien und Produktionsverfahren können fossile und kritische
275 Rohstoffe ersetzen und Importabhängigkeiten verringern. Wir beschleunigen deshalb den Weg
276 von Forschung und Pilotprojekten in die industrielle Anwendung, insbesondere in unserer
277 Chemie-, Pharma- und Grundstoffindustrie. So schaffen wir neue Märkte und stärken
278 zukunftsichere Wertschöpfung in NRW.

279 Innovation ist mehr als Technologie. Auch neue Geschäftsmodelle und Formen des Wirtschaftens
280 können gesellschaftlichen Fortschritt vorantreiben. Gemeinwohlorientierte Unternehmen
281 zeigen, dass unternehmerischer Erfolg und gesellschaftlicher Nutzen keine Gegensätze sind:
282 von der Bürgerenergiegenossenschaft über die solidarische Landwirtschaft bis zum
283 genossenschaftlichen Unverpackt-Laden. Diese Initiativen unterstützen wir gezielt mit
284 Förderung und Bürokratieabbau und schaffen bessere Bedingungen für wirkungsorientiertes
285 Wirtschaften.

286 NRW zeigt seine Zukunftsfähigkeit auch in neueren Wirtschaftszweigen wie der Gaming-Branche.
287 Mit der gamescom in Köln ist NRW Standort für die weltweit größte Messe für interaktive
288 Unterhaltung. Zahlreiche Entwicklerstudios und Gaming-Unternehmen haben ihren Sitz in NRW.
289 Förderungen in diesem Bereich wollen wir fortsetzen und ausbauen. Gaming ist nicht nur eine
290 eigene Kulturform geworden, sondern mittlerweile auch ein großer Wirtschaftsfaktor. Wir
291 wollen NRW zum zentralen Games-Standort entwickeln.

292 Der Tourismus ist mit mehreren Milliarden Euro Umsatz und Hunderttausenden Erwerbstätigen
293 ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für NRW: von der dichtesten Kulturregion Europas mit sechs
294 UNESCO-Welterbestätten bis zu naturreichen Regionen wie Sauerland, Ostwestfalen-Lippe und
295 dem Nationalpark Eifel, die Besucher*innen anziehen, die authentischen, klimafreundlichen
296 Urlaub suchen. Wir fördern diesen Trend gezielt mit nachhaltigen Tourismuskonzepten für die
297 ländlichen Räume des Landes, damit Wertschöpfung auch dort ankommt, wo sie am dringendsten
298 gebraucht wird.

299 Kreislaufwirtschaft sichert unsere Rohstoffe

300 NRW muss unabhängiger von Rohstoffimporten werden. Unsichere Weltmärkte, geopolitische
301 Konflikte und die Konzentration wichtiger Rohstoffe auf wenige Lieferländer zeigen: Eine
302 sichere Rohstoffversorgung ist längst eine Frage unserer wirtschaftlichen
303 Widerstandsfähigkeit. Kreislaufwirtschaft ist deshalb für uns auch Rohstoffpolitik.
304 Rohstoffe, die bereits in unseren Produkten, Gebäuden und Anlagen stecken, müssen wir
305 möglichst lange nutzen und zurückgewinnen.

306 Dafür müssen Ressourcen von Anfang an effizienter genutzt, Produkte langlebig, reparierbar
307 und recyclingfähig gestaltet werden. Mit der Landeskreislaufwirtschaftsstrategie wurde der
308 strategische Rahmen dafür gesetzt. Weiterhin unterstützen wir Forschung und Innovation und
309 sorgen mit NRW.Energy4Climate für die Umsetzung in der Praxis. Diesen Weg gehen wir
310 konsequent weiter. Wir wollen zirkuläre Netzwerke fördern: Erfolgreiche Cluster und Projekte
311 sollen langfristig unterstützt und besser miteinander vernetzt werden, um NRW als Leitregion
312 der Kreislaufwirtschaft in Europa zu positionieren.

313 Der Wandel hin zu einer Kreislaufwirtschaft muss der sogenannten "Abfallhierarchie" folgen.
314 Abfälle sind in erster Linie zu vermeiden und Produkte wiederverwendbar zu gestalten.
315 Sekundärrohstoffe sind für uns keine Abfälle zweiter Klasse, sondern wertvolle heimische
316 Rohstoffquellen. Wir fördern Recycling, Wiederverwendung und industrielle Kreisläufe und
317 reduzieren so Importabhängigkeiten. Gerade bei kritischen Rohstoffen bauen wir die
318 Rückgewinnung sowie die dafür nötigen Recycling- und Verarbeitungskapazitäten in NRW und
319 Europa aus. Der Staat schafft dabei selbst Nachfrage: Bei öffentlichen Beschaffungen und
320 Bauvorhaben sollen qualitativ gleichwertige Recycling- und Sekundärmaterialien bevorzugt

321 werden. Rechtliche und praktische Hemmnisse für qualitätsgesicherte Sekundärrohstoffe bauen
322 wir ab, damit diese einfach und rechtssicher wieder als Rohstoffe eingesetzt und gehandelt
323 werden können.

324 Reparieren statt Wegwerfen wird für uns zum Prinzip: Wir bauen ein landesweites
325 Reparaturnetz auf, das Reparaturbetriebe und -initiativen sichtbar macht und verbindet, und
326 erweitern Reparaturangebote, damit sich das Reparieren gegenüber dem Neukauf wieder lohnt.

327 Batterien und Akkus gehören nicht in den Hausmüll: Falsch entsorgte Lithium- Batterien oder
328 E-Zigaretten führen immer wieder zu Bränden in Müllfahrzeugen oder Recyclinganlagen und
329 gefährden so Beschäftigte und verursachen hohe Schäden. Wir setzen uns deshalb auf
330 Bundesebene für eine wirksame Rücknahmepflicht des Handels und ein Pfandsystem ein, das
331 einen starken Anreiz zur Rückgabe schafft. Auch beim Onlinehandel braucht es klare Regeln,
332 damit Batterien und Akkus zuverlässig zurückgenommen und fachgerecht entsorgt werden.

333 Strukturwandel verlässlich gestalten

334 Strukturwandel bedeutet für uns, aus der Veränderung heraus eine neue wirtschaftliche Stärke
335 zu schaffen. Im Rheinischen Revier nutzen wir die Strukturfördermittel des Bundes gezielt
336 dafür, neue Unternehmen und Technologien anzusiedeln, private Investitionen auszulösen und
337 zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Auch das Ruhrgebiet steht vor einem
338 tiefgreifenden industriellen Wandel. Ehemalige Industrie-, Brach- und Konversionsflächen
339 entwickeln wir zu neuen Standorten für Unternehmen, Forschung, Wohnen und Innovation und
340 schaffen dort die Infrastruktur, die neue Investitionen möglich macht. Dabei haben wir
341 besonders die Beschäftigten im Blick: Wenn sich Berufsbilder verändern oder Arbeitsplätze
342 wegfallen, wollen wir frühzeitig neue Perspektiven schaffen. Deshalb bringen wir
343 Unternehmen, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen und Weiterbildungsträger zusammen, stärken
344 berufsbegleitende Qualifizierung und erleichtern den Wechsel in neue Tätigkeiten und
345 wachsende Branchen. Unser Ziel ist, dass neue Arbeitsplätze möglichst dort entstehen, wo
346 durch den Strukturwandel alte verloren gehen. Die Förderung der Metropole Ruhr wollen wir
347 stärker bündeln und langfristiger ausrichten, statt sie auf zahlreiche Einzelprojekte zu
348 verteilen. Bei der Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsförderung Regionale
349 Wirtschaftsstruktur (GRW) setzen wir uns dafür ein, dass die strukturellen Herausforderungen
350 des Ruhrgebiets angemessen berücksichtigt werden.

351 Resilienz und Sicherheit als Standortfaktor

352 NRW lebt von offenen Märkten und internationaler Arbeitsteilung. Doch einseitige
353 Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen, Vorprodukten und Technologien können unsere
354 industrielle und politische Handlungsfähigkeit gefährden, verschärft durch Trumps
355 unzuverlässige Handelspolitik und Putins hybride Kriegsführung gegen Europa. Deshalb
356 erkennen wir kritische Abhängigkeiten frühzeitig, diversifizieren Bezugsquellen und stärken
357 eigene Fähigkeiten in NRW und Europa dort, wo sie für unsere wirtschaftliche Sicherheit
358 entscheidend sind. Ein kontinuierliches Rohstoffmonitoring hilft uns dabei, Engpässe
359 frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig gegenzusteuern. Bestimmte Güter für unsere
360 Grundversorgung – etwa Stahl und chemische Grundstoffe – wollen wir in NRW produzieren oder
361 zumindest durch Herstellung in Europa krisensicher beziehen können.

362 Rechenzentren im Besitz europäischer Unternehmen sind eine Schlüssel- Infrastruktur für
363 Künstliche Intelligenz und digitale Souveränität. In europäischer Hand verhindern sie den
364 Abfluss von Daten und geistigem Eigentum und stärken unseren Wirtschafts- und
365 Forschungsstandort. Hocheffiziente und mit erneuerbaren Energien betriebene Rechenzentren
366 können einen wichtigen Beitrag zu „KI made in NRW“ leisten. Die Nutzung von Strom aus
367 fossilen Quellen auf dem Gelände lehnen wir ab. Wir legen höchste Standards an Energie- und

368 Flächeneffizienz, einen möglichst geringen Wasserverbrauch, die konsequente Nutzung von
369 Abwärme und die Beteiligung von Kommunen. Dabei hat die Versorgung der Menschen mit
370 Trinkwasser für uns immer Vorrang vor dem Wasserbedarf von Rechenzentren. Auf europäischer
371 Ebene muss die volle Transparenz über Energie- und Wasserverbrauch für einzelne
372 Rechenzentren gesetzlich verankert werden, damit Land und Kommunen verlässlich planen
373 können. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass digitale und industrielle Ökosysteme entstehen,
374 die von Rechenzentren profitieren können.

375 Gleichzeitig sehen wir neben den großen Chancen von KI auch ihre Risiken. Für uns ist klar:
376 Wir nutzen KI dort, wo sie sinnvoll ist, aber der Mensch bestimmt die Regeln. Entscheidungen
377 mit weitreichenden Folgen für Menschen dürfen nicht der alleinigen Kontrolle von KI-Systemen
378 überlassen werden.

379 Fachkräfte gewinnen und halten

380 NRW braucht Fachkräfte, die anpacken: in Bildungs- und Gesundheitsberufen, aber auch im
381 Handwerk, in den Unternehmen oder um die Digitalisierung NRWs weiter voranzutreiben. Wir
382 setzen deshalb, insbesondere in Branchen mit Fachkräftemangel, auf eine Fachkräfteoffensive,
383 die an mehreren Stellen ansetzt. So wollen wir Erwerbspotenziale ausschöpfen, die heute oft
384 ungenutzt bleiben: Eltern in der Familienphase, Alleinerziehende und pflegende Angehörige,
385 die (wieder) einsteigen wollen, aufstocken oder umsteigen. Für all dies braucht es eine
386 starke Infrastruktur, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert und ausreichend
387 und flexible Betreuungsplätze schafft.

388 Wir können es uns nicht leisten, vorhandene Fähigkeiten ungenutzt zu lassen – unabhängig
389 davon, ob jemand in NRW geboren wurde oder erst vor Kurzem zu uns gekommen ist. Zugewanderte
390 und Geflüchtete bringen Qualifikationen, Berufserfahrung und Fähigkeiten mit, die wir auf
391 unserem Arbeitsmarkt dringend brauchen. Deshalb wollen wir ihren Weg in die Arbeit
392 beschleunigen: Mitgebrachte Berufs- und Bildungsabschlüsse wollen wir schneller anerkennen.
393 Fehlende Qualifikationen sollen möglichst berufsbegleitend erworben und Sprachförderung,
394 Qualifizierung und Beschäftigung stärker parallel organisiert werden. Wer eine Ausbildung
395 macht oder arbeitet und sich eine Perspektive aufgebaut hat, braucht eine verlässliche
396 Bleibeperspektive.

397 Zu oft verbringen engagierte Unternehmer*innen gemeinsam mit ihren Beschäftigten lange
398 Stunden auf den Fluren der Ausländerbehörden in unseren Kommunen. Sie brauchen
399 Planungssicherheit: Sie müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Auszubildenden und
400 Beschäftigten nicht aus laufender Ausbildung oder Beschäftigung abgeschoben werden. Heute
401 hängt es noch zu oft vom persönlichen Einsatz einzelner Unternehmer*innen oder
402 Handwerksmeister*innen ab, ob gut integrierte Menschen bleiben können. Wir wollen die
403 Integrationsstrukturen so aufbauen, dass bestehende aufenthaltsrechtliche Spielräume
404 konsequent für sichere Bleibeperspektiven während Ausbildung und Beschäftigung genutzt
405 werden können. So sichern wir Fachkräfte, honorieren das Engagement der Betriebe und
406 ermöglichen Menschen, auf eigenen Beinen zu stehen und ihre Fähigkeiten einzubringen.

407 Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Robotik können einen wichtigen Beitrag gegen den
408 Fachkräftemangel leisten und zugleich die Produktivität erhöhen. Sie können Beschäftigte von
409 Routinetätigkeiten und körperlich belastender Arbeit entlasten und ihnen mehr Zeit für die
410 Aufgaben geben, bei denen Menschen unverzichtbar sind. Gerade kleine und mittlere
411 Unternehmen brauchen dafür einen einfachen Zugang zu neuen Technologien und Know-how.
412 Deshalb stärken wir den Transfer zwischen Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen
413 und Startups und unterstützen die praxisnahe Erprobung und Anwendung von KI, Automatisierung
414 und Robotik.

415 Wir erreichen unabhängige und saubere Energie

416 Saubere Energie zum Standortvorteil machen

417 NRW hat alles, was eine Energiewende zum Erfolg braucht: Erfindergeist und industrielle
418 Stärke, eine leistungsfähige Infrastruktur, viel Potenzial für Erneuerbare Energien und
419 Menschen, die anpacken und Veränderung möglich machen.

420 Eine eigene Energieversorgung macht uns unabhängig von fossilen Importen und Diktatoren
421 weltweit: Wegen Wind und Sonne wurde noch nie ein Krieg geführt. Beim Ausbau der
422 Erneuerbaren Energien brechen wir in NRW einen Rekord nach dem nächsten und sorgen so für
423 bezahlbaren Strom. Diesen Weg setzen wir ambitioniert fort und entwickeln zugleich das
424 Energiesystem weiter. Denn unser Strombedarf wird in Zukunft weiter steigen:
425 Industrieprozesse werden elektrifiziert, immer mehr E-Autos und Wärmepumpen kommen hinzu,
426 die Wasserstoffwirtschaft läuft an und mit KI und Rechenzentren entstehen neue große
427 Stromverbraucher.

428 Unser Weg ist klar: Bis 2030 soll unser Strom in NRW zu 80 Prozent aus Erneuerbaren Energien
429 stammen, bis 2035 wollen wir die Stromproduktion vollständig auf Erneuerbare Energien
430 umstellen. Dafür brauchen wir mehr Windenergie- und Solaranlagen und ein Energiesystem, das
431 mitwächst: mit leistungsfähigen Netzen, Speichern und Flexibilität. Gleichzeitig sorgen wir
432 schon jetzt, u.a. mit dem Bürgerenergiegesetz, dafür, dass die Menschen vor Ort vom Ausbau
433 profitieren und die Wertschöpfung in den Regionen ankommt. So sichern wir auch in Zukunft
434 ausreichend sauberen, sicheren und bezahlbaren Strom für Menschen und Unternehmen in NRW.

435 Wachstum darf dabei auch mehr Stromverbrauch bedeuten: Entscheidend ist, dass die
436 zusätzliche Nachfrage zunehmend klimaneutral, zuverlässig und wettbewerbsfähig gedeckt
437 werden kann. Wir wollen mehr fossile Energie durch sauberen Strom ersetzen – in Industrie,
438 Verkehr und Wärme. Deshalb setzen wir uns für NRW das Ziel, den Anteil von Strom am gesamten
439 Endenergieverbrauch von heute rund 20 Prozent bis 2040 auf 50 Prozent zu steigern. Vom Bund
440 fordern wir, endlich die Stromsteuer für alle zu senken und die Kosten des Netzausbaus über
441 ein Amortisationskonto auf einen längeren Zeitraum zu strecken.

442 Wind und Sonne weiter auf Rekordkurs

443 Bei der Windenergie ist NRW Spitzenreiterin unter den Bundesländern. Diesen Platz
444 verteidigen wir und bauen ihn aus, mit schnellen Genehmigungsverfahren und der Absicherung
445 ausgewiesener Beschleunigungsflächen. Dafür brauchen wir stabile Ausschreibungsmengen durch
446 den Bund und weiterhin einen Ausgleich der Standortnachteile gegenüber Küstenregionen.

447 Wir wollen, dass Menschen und Unternehmen Strom dann verbrauchen, wenn besonders viel
448 Erneuerbare Energien produziert werden. Um das zu erreichen, braucht es vom Bund endlich
449 einen Solarbonus, mit dem in den Sommermonaten mittags der Strombezug kostenlos für
450 Haushalte wird. Bisher ungenutzte Potenziale bei flächensparenden Lösungen und
451 Mehrfachnutzungen wie Agri- und Floating-PV Solaranlagen auf Parkplätzen wollen wir heben.
452 Freiflächen-PV-Anlagen bieten die Chance, Energiewende und Artenschutz zusammen zu denken.
453 Wo oben der Strom für unsere Industrie erzeugt wird, können unten Schafe weiden, Wildblumen
454 blühen, Kleintiere Verstecke und Insekten Nahrung finden. Beim Bund setzen wir uns für einen
455 Ausgleich ein, damit Anlagen aus NRW in den Ausschreibungen eine faire Chance im Wettbewerb
456 mit der sonnenreicheren Südregion haben.

457 Netze, Speicher und digitale Steuerung ausbauen

458 Unser Ziel ist, ausreichend klimaneutrale Energie zuverlässig und zu wettbewerbsfähigen
459 Preisen bereitzustellen. Dafür denken wir Erzeugung, Netze, Speicher und Flexibilität

460 stärker zusammen. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren müssen Netze und Steuerbarkeit Schritt
461 halten. Wir wollen Netzanschlüsse mit schnelleren Genehmigungsverfahren beschleunigen.
462 Fehlende Netzkapazitäten dürfen dabei nicht zur dauerhaften Bremse werden. Deshalb treiben
463 wir parallel den Ausbau und die Digitalisierung der Netze voran. Wir wollen diese
464 vorausschauend für den Strombedarf von morgen ausbauen.

465 Mehr und mehr Stromspeicher sorgen dafür, dass Wind- und Solarstrom zeitversetzt genutzt
466 werden können. Dabei kommt es nicht nur darauf an, wie viele Speicher entstehen, sondern
467 auch darauf, wo sie entstehen und wann sie Strom aufnehmen und abgeben. Wir setzen uns dafür
468 ein, dass Speicher ausreichende und wirksame Einsatzsignale vom Strommarkt und aus dem Netz
469 bekommen, damit sie dort und dann Strom aufnehmen oder abgeben, wo es dem gesamten
470 Energiesystem am meisten nutzt. So können wir mehr erneuerbaren Strom nutzen, Netze
471 entlasten und den Bedarf an Strom aus Gaskraftwerken deutlich senken.

472 Solaranlagen, Speicher, Wärmepumpen und E-Autos können zu einem flexiblen Energiesystem
473 beitragen. Dafür müssen sie intelligent miteinander vernetzt und steuerbar sein. Deshalb
474 setzen wir uns auf Bundesebene für den deutlich schnelleren Ausbau von intelligenten
475 Stromzählern (Smart-Meter) ein und treiben die Digitalisierung der Verteilnetze in NRW
476 voran. Davon profitieren auch Verbraucher*innen: Mit Smart Metern können sie günstige
477 Strompreise gezielt nutzen und E-Autos, Wärmepumpen oder Batteriespeicher dann einsetzen,
478 wenn viel günstiger erneuerbarer Strom verfügbar ist.

479 Für die Zeiten, in denen Wind und Sonne nicht ausreichend Strom liefern, brauchen wir
480 zusätzlich gesicherte Leistung. Deshalb setzen wir uns für Speicher, Flexibilitäten und
481 wasserstofffähige Back-up-Kraftwerke ein. Dabei wollen wir Speicher und flexible Verbraucher
482 bestmöglich nutzen, Kraft-Wärme- Kopplungsanlagen sinnvoll einbinden und machen uns darüber
483 hinaus für die Flexibilisierung bestehender Biogasanlagen stark, damit diese Strom dann
484 produzieren, wenn wenig Strom aus Sonne und Wind zur Verfügung steht. So begrenzen wir den
485 Bedarf an neuen wasserstofffähigen Gaskraftwerken auf das notwendige Maß und vermeiden neue
486 fossile Abhängigkeiten.

487 Kohleausstieg 2030: Versorgung sichern, Zukunft gestalten

488 Den Kohleausstieg 2030 wollen wir verlässlich umsetzen. Mit der Entscheidung für den
489 vorgezogenen Kohleausstieg haben wir eines der zentralen Versprechen dieser Landesregierung
490 auf den Weg gebracht: acht Jahre früher aus der Braunkohleverstromung auszusteigen und dabei
491 Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Bezahlbarkeit der Energie miteinander zu verbinden.
492 NRW hat die Voraussetzungen für den vorgezogenen Kohleausstieg geschaffen und sein
493 Versprechen gehalten: Wir haben den Ausbau der Erneuerbaren stark vorangetrieben, die
494 notwendigen Entscheidungen im Rheinischen Revier getroffen und den Strukturwandel in der
495 Region beschleunigt. Der Kohleausstieg 2030 ist deshalb weit mehr als das Abschalten von
496 Kraftwerken: Er bedeutet den Umbau unseres Energiesystems und die Modernisierung unseres
497 Industriestandortes.

498 Jetzt muss der Bund seinen Teil leisten, zügig die notwendigen gesicherten
499 Kraftwerkskapazitäten ermöglichen und endlich Planungssicherheit schaffen, damit die dafür
500 notwendigen Investitionen erfolgen können. NRW hat geliefert – jetzt darf der Bund den
501 Kohleausstieg 2030 nicht durch fehlende Entscheidungen gefährden. Sollte für die
502 Versorgungssicherheit eine zeitlich begrenzte Reserve notwendig sein, muss darüber auf
503 Grundlage der tatsächlichen energiewirtschaftlichen Erfordernisse entschieden werden. Unser
504 Ziel bleibt der Kohleausstieg 2030.

505 Auch ökologisch eröffnet der Kohleausstieg neue Chancen für das Rheinische Revier. Mit der
506 Ausweisung des Hambacher Waldes als Wildnis-Entwicklungsgebiet schützen wir dauerhaft einen

507 besonderen Naturraum. Auch bei der Nachnutzung ehemaliger Tagebauflächen wollen wir neue
508 Räume für Natur und Erholung und damit neue Lebensqualität für die Menschen vor Ort
509 schaffen.

510 Keine Rückkehr zur Atomkraft

511 Atomkraft ist für uns keine Zukunftstechnologie. Wir lehnen sogenannte “Small Modular
512 Reactors” ab. Sie existieren bislang nur auf dem Papier, sind teuer, sicherheitspolitisch
513 riskant und lösen die Frage der Uran-Abhängigkeit nicht. Wir fordern vom Bund endlich ein
514 umfassendes Konzept für eine sichere Zwischenlagerung des Atommülls für die Zeit des
515 fehlenden Endlagers. Darüber hinaus fordern wir den Bund dazu auf, alle Hebel zur
516 Beschleunigung des Standortauswahlverfahrens für ein Endlager für hochradioaktiven Abfall zu
517 nutzen. Auch unter sicherheitstechnischen Aspekten drängt hier die Zeit. Die Endlagerung von
518 radioaktiven Abfällen ist nach wie vor ungeklärt, ebenso fehlt ein langfristiges
519 Zwischenlagerkonzept. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung hierfür endlich ein
520 entsprechendes Konzept vorlegt, und bringen uns konstruktiv in diesen Prozess ein. Solange
521 beides unklar ist, sind die von der Bundesregierung verfügbten Castor-Transporte von Jülich
522 und Garching nach Ahaus nicht sinnvoll. Als Landesregierung werden wir selbstverständlich
523 weiterhin das geltende Bundesrecht umsetzen. Die politische Entscheidung der Bundesregierung
524 für diese Transporte lehnen wir jedoch ab und setzen uns für ein nachhaltigeres und sicheres
525 Konzept für die End- und Zwischenlagerung ein. Der Atomausstieg ist für uns erst
526 vollständig, wenn auch die Urananreicherung in Gronau und die Brennelementefertigung in
527 Lingen beendet werden – neue atomare Abhängigkeiten, etwa über Rosatom, den staatlichen
528 russischen Atomkonzern, kommen für uns nicht infrage.

529 Energie in Bürger*innenhand

530 Mit dem Bürgerenergiegesetz und dem Bürgerenergiefonds haben wir die Grundlage geschaffen,
531 dass die Menschen vor Ort am Erfolg der Erneuerbaren Energien teilhaben können. Diesen Weg
532 gehen wir weiter: Wir unterstützen Bürger*innen, die sowohl Strom produzieren, als auch
533 konsumieren, gezielt. Wir fördern außerdem Speicher- und Quartierslösungen und bringen
534 Energieerzeugung und -nutzung stärker in Bürgerhand und in die Kommunen zurück. Auch wer
535 zur Miete wohnt, muss ein echter Teil der Energiewende sein: Wir setzen uns bei den
536 Netzbetreibern für die konsequente Umsetzung von gemeinschaftlicher Gebäudeversorgung und
537 Energy-Sharing ein.

538 Wer eine energetische Sanierung oder Heizungsumstellung plant, trifft eine langfristige
539 Entscheidung und braucht dafür verlässliche Förderbedingungen statt jährlicher Unsicherheit.
540 Wir sichern zentrale Landesprogramme mit mehrjährigen Förderzusagen von mindestens drei
541 Jahren ab und machen Informationen dazu niedrigschwellig zugänglich.

542 Die Energiewende muss alle Generationen mitnehmen. Gerade ältere Menschen stehen bei der
543 Umstellung ihrer Energieversorgung oft vor besonderen Hürden, beispielsweise vor begrenzten
544 finanziellen Spielräumen, älteren Gebäuden oder komplizierten digitalen Anwendungen. Deshalb
545 gestalten wir Informations-, Beratungs- und Förderangebote barrierefrei, mehrsprachig und
546 niedrigschwellig, damit auch ältere Menschen, Menschen mit Einwanderungsgeschichte und
547 Menschen mit geringem Einkommen gleichermaßen von der Energiewende profitieren.

548 Wärme, die sich alle leisten können

549 Wir nutzen die Länderöffnungsklausel, um die Wärmewende in NRW auf realistische und
550 bezahlbare Lösungen auszurichten. Wo Wärmepumpen effizient eingesetzt werden können, wollen
551 wir ihnen Vorrang vor knappen und teuren biogenen Brennstoffen geben. Diese sollen vor allem
552 dort zum Einsatz kommen, wo andere klimaneutrale Alternativen nicht sinnvoll verfügbar sind.
553 Die kommunale Wärmeplanung unterstützen wir landesseitig, damit der Gebäudebestand schneller

554 klimaneutral wird, und stärken die Abwärmenutzung gezielt. Zusätzlich etablieren wir
555 Kältenetze für effiziente Gebäudekühlung.

556 NRW hat mit dem "Masterplan Geothermie", der geologischen Erkundung und der Absicherung des
557 Fündigkeitsrisikos, dem finanziellen und technischen Risiko in der Tiefengeothermie,
558 wichtige Voraussetzungen für den Hochlauf dieser wichtigen Quelle der Wärmenutzung
559 geschaffen. Jetzt wollen wir Geothermie vom Pilotprojekt zu einer wichtigen Säule
560 insbesondere der klimaneutralen Wärmeversorgung entwickeln: für Wärmenetze, Quartiere und
561 dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist, auch für industrielle Anwendungen. Dafür entwickeln
562 wir Genehmigungsverfahren, Datengrundlagen und die bestehenden Förder- und
563 Absicherungsinstrumente weiter.

564 Klimafreundliches Heizen darf keine Frage des Einkommens sein. Mit dem Landesprogramm „Wärme
565 für alle" bringt NRW den Ausbau von Großwärmepumpen und klimafreundlichen Nahwärmenetzen
566 insbesondere in sozial benachteiligten Quartieren voran. Dabei bündeln wir Landes-, Bundes-
567 und private Mittel und schließen gezielt Finanzierungslücken. Unser Ziel ist eine bezahlbare
568 und klimaneutrale Wärmeversorgung. Auch die Wärmepumpe im eigenen Zuhause muss bezahlbar
569 sein. Wir setzen uns deshalb für eine verlässliche und sozial gestaffelte Bundesförderung
570 ein, die Investitionen ermöglicht, ohne Preissteigerungen bei Herstellern und Anbietern zu
571 fördern. Dabei wollen wir stärker mit festen Förderbeiträgen statt prozentualen Zuschüssen
572 arbeiten und so Anreize für sinkende Preise und mehr Wettbewerb schaffen.

573 Wir gestalten Mobilität für alle

574 Bus und Bahn ausbauen – für Stadt und Land

575 Die Verkehrswende ist der wichtigste Hebel für gerechte Klimaneutralität: wie wir uns
576 fortbewegen, hat einen entscheidenden Einfluss auf unsere Umwelt. Gleichzeitig ist Mobilität
577 eine zentrale Voraussetzung für Chancengleichheit, Bildungserfolg und soziale Teilhabe von
578 Menschen. Wir wollen, dass NRW ein Land ist, in dem alle zuverlässig von A nach B kommen.
579 Wir wollen, dass Mobilität bezahlbar und klimafreundlich ist – von der Großstadt bis ins
580 Dorf. Dafür benötigen wir zuerst ein ÖPNV-Angebot, auf das man sich verlassen kann:
581 ausreichend Kapazität, verlässliche Takte und Verbindungen auch dort, wo heute noch keine
582 Schienen liegen. Wir wollen, dass Bahnen und Busse eine echte Alternative zum Auto werden.

583 Mit steigenden Fahrgastzahlen müssen Kapazität, Komfort und Sicherheit zunehmen. Wenn
584 Regionalzüge stark überfüllt sind und Fahrgäste in den Gängen stehen müssen, sollen freie
585 Plätze in der 1. Klasse unbürokratisch für alle Fahrgäste freigegeben werden können. Wir
586 wollen dafür gemeinsam mit den Aufgabenträgern landesweit einheitliche Regeln schaffen und
587 entsprechende Vorgaben in den Verkehrsverträgen verankern. Moderne, größere Fahrzeuge und
588 bestehende Sicherheitskonzepte bauen wir aus, damit Busse, Bahnen und Bahnhöfe dauerhaft
589 attraktiv und sicher bleiben.

590 Auch auf heißere Sommer bereiten wir den Nahverkehr vor: Bei der Modernisierung von
591 Fahrzeugen und Infrastruktur berücksichtigen wir konsequent den Hitzeschutz und sorgen in
592 den Fahrzeugen für Klimaanlage, mehr Schatten und für die Begrünung der Haltestellen und
593 Mobilstationen. Wir verbessern die Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder, da sie den Weg
594 zwischen Haltestelle und Ziel verkürzen.

595 Gute Mobilität darf nicht davon abhängen, ob vor der eigenen Haustür Schienen liegen. Gerade
596 in ländlichen Regionen, in denen neue Bahnverbindungen nicht überall realistisch sind, bauen
597 wir gemeinsam mit den Aufgabenträgern ein verlässliches Netz regionaler Schnellbuslinien
598 aus. Sie sollen Städte und Gemeinden ohne direkten Bahnanschluss schnell mit den nächsten
599 Mittel- und Oberzentren sowie wichtigen Bahnhöfen verbinden. Dafür stärken wir die
600 Landesfinanzierung für regionale Schnellbusse und sorgen für abgestimmte Takte und gute

601 Anschlüsse an den Schienenverkehr. Ergänzend stärken wir On-Demand- Verkehre, die
602 insbesondere in dünn besiedelten Regionen die letzte Lücke zwischen Wohnort, Schnellbus und
603 Schiene schließen können. Die landesweit einheitliche App "Rufmobil.NRW" machen wir zum
604 flächendeckenden Standard. Auch den grenzüberschreitenden ÖPNV mit Belgien und den
605 Niederlanden stärken wir und setzen uns für einheitliche Tarife, gute Angebote und
606 abgestimmte Takte ein. Damit der Umstieg zwischen den Verkehrsmitteln überall reibungslos
607 gelingt, bauen wir Mobilstationen in Stadt-, Quartiers- und Ortszentren aus. mit direktem
608 Anschluss an Bus und Bahn, Leihrädern und Ladeinfrastruktur für E-Autos und E- Bikes an
609 einem Ort.

610 Barrierefrei unterwegs – von der Planung bis zum Ziel

611 Mobilität ist für uns ein Menschenrecht. Deshalb möchten wir Barrierefreiheit in allen
612 Aspekten des ÖPNV weiter ausbauen, damit Busse, Bahnen und Haltestellen wirklich für alle
613 Menschen in NRW nutzbar sind.

614 Barrierefreie Mobilität beginnt schon vor der Bahnsteigkante. Wir wollen, dass Menschen ihre
615 Wege mit Bus und Bahn selbstständig planen und zurücklegen können. Deshalb treiben wir den
616 barrierefreien Umbau von Bahnhöfen, Haltestellen und Fahrzeugen konsequent voran. Dazu
617 gehören stufenlose Zugänge, funktionierende Aufzüge und Rampen, barrierefreie Ein- und
618 Ausstiege sowie taktile Leitsysteme und eine barrierefreie Wegeführung. Auch beim Ausbau von
619 Mobilitätsstationen und bei der Gestaltung des öffentlichen Raums berücksichtigen wir die
620 besonderen Bedarfe von Menschen mit Behinderung. Neben baulichen Barrieren nehmen wir
621 digitale, sensorische, kommunikative und kognitive Barrieren in den Blick.
622 Fahrgastinformationen sollen nach dem Zwei-Sinne-Prinzip, also sichtbar und hörbar
623 verfügbar, Apps und Ticketangebote barrierefrei bedienbar und Informationen verständlich
624 sein. Informationen über die Zugänglichkeit von Stationen und Fahrzeugen sowie über
625 ausgefallene Aufzüge sollen zuverlässig und in Echtzeit verfügbar sein. Unser Ziel ist eine
626 durchgehend barrierefreie Reisekette, von der Planung über den Weg zur Haltestelle und den
627 Einstieg bis zum Ticketkauf und zum Ziel.

628 Ein Ticket für alle: einfach und bezahlbar

629 Ein gutes Angebot nützt wenig, wenn der Zugang dazu kompliziert oder zu teuer ist. Deshalb
630 machen wir auch Tickets und Tarife so einfach, wie Mobilität selbst sein sollte. Das
631 Deutschlandticket wollen wir als attraktives und leistungsfähiges Angebot erhalten und
632 weiterentwickeln. Es macht Mobilität bezahlbar, sichert gesellschaftliche Teilhabe und
633 bringt die Mobilitätswende voran. Dafür machen wir Druck auf den Bund, seinen Zuschuss
634 deutlich zu erhöhen, damit der Preis dauerhaft günstig wird. Wir sichern das Sozialticket
635 und wollen es weiter vereinheitlichen. Perspektivisch wollen wir mit einer stärkeren
636 Beteiligung des Bundes ermöglichen, dass Schüler*innen bundesweit kostenlos mit Bus und Bahn
637 fahren können. Beim verbleibenden Ticketsortiment setzen wir stärker auf digitale Lösungen
638 wie den Ticketkauf per Bankkarte. Mit "eezy.NRW" zeigt NRW, wie einfach es sein kann:
639 Einchecken beim Einstieg, Auschecken am Ziel – automatische Abrechnung zum günstigsten
640 Preis. Dieses Erfolgsmodell wollen wir bekannter machen und mit digitalen, landesweit
641 einheitlichen Tarifen den Tarifdschungel endgültig beenden.

642 Bahn zuverlässig und leistungsfähig machen

643 Zuverlässige Zugverbindungen sind für unseren Alltag zentral, egal ob auf dem Weg zur
644 Arbeit, zur Schule oder zu Familie und Freund*innen. Die jahrzehntelang vernachlässigte
645 Bahninfrastruktur muss deshalb konsequent weiter saniert werden: Wir führen die
646 Sonderprogramme von "DB InfraGO" fort.

647 Mit dem Programm „Robustes Netz“ investieren Land und Deutsche Bahn bereits gemeinsam in
648 eine stabilere Infrastruktur. Diesen Weg setzen wir fort: Wir wollen besonders störanfällige
649 Stellen im NRW-Schienenetz gezielt beseitigen und die Infrastruktur robuster gegen Ausfälle
650 machen. Die Fahrgastinformation, insbesondere über digitale Systeme wie das Zugradar,
651 verbessern wir weiter, damit Verspätungen, Ausfälle, Gleisänderungen und alternative
652 Verbindungen zuverlässig und in Echtzeit verfügbar sind.

653 Als Teil unserer kritischen Infrastruktur schützen wir Schienennetz, Stellwerke und digitale
654 Steuerungssysteme besser vor Sabotage und Cyberangriffen und fördern dafür die
655 Zusammenarbeit von Verkehrsunternehmen und Sicherheitsbehörden.

656 Die kommenden Jahre werden zugleich von notwendigen Baustellen und Streckensperrungen
657 geprägt sein. Wir sorgen für bessere Baustellenkoordination, damit die Belastungen für
658 Fahrgäste möglichst gering bleiben. Wir bündeln Baustellendaten von Straße und Schiene und
659 verbessern die Koordination von Sperrungen und Umleitungen. Dafür sollen Deutsche Bahn und
660 Straßenbaulastträger ihre Baustellendaten vollständig und aktuell bereitstellen.

661 Bei längeren Streckensperrungen setzen wir uns gegenüber der Deutschen Bahn für einen
662 verlässlichen und leistungsfähigen Schienenersatzverkehr ein. Dazu gehören neben regulären
663 Ersatzbussen auch Expressverbindungen zwischen wichtigen Knoten, damit längere Strecken
664 trotz Baustellen möglichst schnell zurückgelegt werden können.

665 Eine zuverlässige Bahn braucht neben einer funktionierenden Infrastruktur auch ausreichend
666 Personal. Unser Aktionsprogramm und die verstärkten Ausbildungsbemühungen der Branche zeigen
667 Wirkung: 2025 haben rund 700 zusätzliche Lokführer*innen eine Ausbildung begonnen,
668 personalbedingte Ausfälle im Regional- und Nahverkehr konnten auf unter ein Prozent gesenkt
669 werden. Mit einer neuen zentralen Ausbildungsstruktur bündeln wir zudem die Qualifizierung
670 von Fachkräften unternehmensübergreifend und schaffen zusätzliche Ausbildungskapazitäten.
671 Diesen Weg setzen wir fort, erleichtern den Quereinstieg in Bahnberufe und wollen gezielt
672 mehr Frauen für die Schiene gewinnen.

673 Wer täglich für unsere Mobilität sorgt, muss bei der Arbeit bestmöglich geschützt sein.
674 Deshalb bauen wir Sicherheitsteams, Sicherheitstrainings und -ausstattung weiter aus und
675 verbessern schnelle Hilferufsysteme.

676 Unser Bahnnetz ausbauen

677 Wir bauen das Schienennetz in NRW weiter aus, mit mehr Verbindungen, mehr Haltestellen und
678 Anschlüssen auch dort, wo heute noch keine Schienen liegen. Unser Ziel ist es, mehr Menschen
679 in NRW an das öffentliche Verkehrsnetz anzubinden.

680 Mit der Zusammenführung der Verkehrsverbünde zur Gesellschaft „Schiene.NRW“ haben wir den
681 Schienenpersonalverkehr in NRW reformiert. Wir wollen auch weiterhin dafür sorgen, dass
682 unsere Verkehrsstrukturen effizienter werden und den Nahverkehr im Rhein-Ruhr-Gebiet, im
683 Rheinland und in Ostwestfalen-Lippe deutlich verbessern. Für die Metropolregionen Rhein-Ruhr
684 zum Beispiel mit dem Konzept „S-Bahn-2.0“: mit dichteren Takten, besseren Verbindungen
685 zwischen den S-Bahn-Linien und mehr Direktverbindungen, damit Menschen schneller und
686 zuverlässiger von A nach B kommen.

687 Wir setzen uns auch weiterhin für die Reaktivierung von Bahnstrecken ein: Die Zielnetze 2032
688 und 2040 für den Schienenverkehr werden wir aktualisieren und um eine Priorisierung und
689 Beschleunigung für konkrete Reaktivierungsprojekte ergänzen. Wo Machbarkeitsstudien ein
690 ausreichendes Fahrgastpotenzial zeigen, wollen wir den Weg in die konkrete Planung
691 beschleunigen und dafür insbesondere die Finanzierung der frühen Planungsphasen stärken.
692 Ehemalige Bahntrassen mit Potenzial für eine spätere Reaktivierung sichern wir vor

693 Überbauung. Auch wenn das Land nicht Eigentümerin der Bahninfrastruktur ist, stellen wir
694 mehr Landesmittel für Planung und Ausbau bereit und beseitigen vorrangig die Engpässe an
695 zentralen Knoten wie Köln, Düsseldorf und Dortmund. Hier setzen wir uns auch für den
696 beschleunigten Ausbau des RRX ein.

697 Auch auf kommunaler Ebene bringen wir Bus und Bahn voran: Mit regional spezifischer Erhöhung
698 der Taktung wollen wir in ganz NRW eine verlässliche Grundversorgung mit Bus und Bahn
699 sichern. Den interkommunalen Schienenausbau unterstützen wir stärker, mit dem Ziel, das Netz
700 bis 2040 um 150 Kilometer zu erweitern. Außerdem modernisieren wir Stadt- und
701 Straßenbahnsysteme nach einheitlichen Standards.

702 Das rund 300 Kilometer lange RWE-Werksbahnnetz im Rheinischen Revier, bislang für
703 Braunkohle- und Abraumtransporte genutzt, muss als Bahninfrastruktur erhalten bleiben. Wir
704 unterstützen den Weiterbetrieb nach dem Kohleausstieg für den Güter- und Personenverkehr und
705 wollen, dass Flächen an der Werksbahn für die Bahnindustrie und nachhaltige
706 Wirtschaftskonzepte umgenutzt werden.

707 Möglichst viele Güter gehören auf die Schiene. Dafür stärken wir die Vernetzung mit Straßen
708 und Wasserstraßen durch Terminals. Wir unterstützen den Anschluss von Gewerbegebieten und
709 Betrieben ans Schienennetz.

710 Durch NRW verlaufen zentrale europäische Netzkorridore. Unsere Verkehrsinfrastruktur ist
711 damit auch für das europäische Verkehrsnetz von Bedeutung. Wir investieren deshalb in
712 Netzausbau und Sanierung, stärken den SPNV und setzen uns für ein einheitliches Ticketsystem
713 auf europäischer Ebene ein. Außerdem stehen wir auch weiterhin für eine direkte
714 Zugverbindung zwischen Köln und London.

715 Rad- und Fußverkehr stärken

716 Immer mehr Menschen nutzen das Fahrrad im Alltag, dank Pedelecs, E-Bikes und Radschnellwegen
717 längst auch auf dem Land und in bergigen Regionen. Sie brauchen eine sichere Infrastruktur,
718 auch zum Abstellen und Laden, damit der Umstieg vom Auto aufs Rad gelingt. Jeder Weg, der
719 mit dem Rad zurückgelegt wird, entlastet unsere Straßen und tut dem Klima und der Gesundheit
720 gleichermaßen gut. Wir haben mit der bislang größten Investitionssumme für den Radverkehr in
721 der Geschichte des Landes unser Ziel von 1.000 Kilometern neuer Radwege bis 2027 fast
722 erreicht, werden die Prozesse weiter beschleunigen und den Ausbau fortsetzen.

723 Wir setzen uns weiterhin für eine Verbesserung der Radinfrastruktur ein: Das landesweite
724 Radleitnetz entwickeln wir als hochwertiges Netz für den Alltagsradverkehr weiter. Neben den
725 bereits geplanten sieben Radschnellwegen entstehen gemeinsam mit den Kommunen weitere
726 Radvorrangrouten und überörtliche Verbindungen. Kleine Gemeinden mit begrenzten Ressourcen
727 unterstützen wir gezielt durch Standardisierung, Bürokratieabbau, Rahmenverträge und
728 geförderte Radverkehrskoordinationsstellen in allen Städten und Landkreisen.

729 Die Landesregierung verfolgt die „Vision Zero“ – also null Tote und Schwerverletzte im
730 Straßenverkehr – als zentrales Ziel ihrer Verkehrssicherheitsstrategie. Das bedeutet für
731 uns: Wir gestalten Regeln, Infrastruktur und die Aufteilung des Straßenraums so, dass die
732 schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen besonders geschützt werden.

733 Egal ob auf dem Rad oder zu Fuß – NRW soll das sicherste Bundesland für Alltagsmobilität
734 werden. Unser Ziel ist klar: Niemand soll im Straßenverkehr sein Leben verlieren oder schwer
735 verletzt werden. Wir wollen Kommunen bei der Anwendung der STVO deutlich mehr
736 Handlungsspielraum geben. Wir verbessern das Parkraummanagement, um den öffentlichen Raum in
737 unseren Städten fair zu verteilen. Jedes Kind in NRW soll unabhängig vom Wohnort sicher mit
738 dem Rad zur Schule fahren können. Mit einer Landesoffensive „Sicheres Schulumfeld“ bündeln

739 wir Maßnahmen für sichere, aktiv zurückgelegte Schulwege. Damit stärken wir gemeinsam mit
740 den Kommunen sichere Schulwege für Kinder zu Fuß und mit dem Rad. Ergänzend etablieren wir
741 gemeinsam mit den Kommunen sichere Schulradrouten mit landesweiten Qualitätsstandards,
742 schließen Netzlücken und entschärfen gefährliche Querungsstellen. Schulwege sollen
743 regelmäßig unter Beteiligung von Schulen, Eltern und Schüler*innen überprüft und eng mit der
744 kommunalen Radverkehrs- und Mobilitätsplanung verknüpft werden. Schulstraßen, Hol- und
745 Bring-Zonen und Walking-Bus-Angebote unterstützen wir mit einheitlichen Leitlinien und einem
746 landesweiten Wissenstransfer. Die Radfahrausbildung entwickeln wir zu einem durchgängigen
747 Programm „Sicher auf dem Rad“ weiter, das nach der Grundschule altersgerechte Auffrischungen
748 und praktische Verkehrssicherheitsbildung vorsieht.

749 Auch wer zu Fuß unterwegs ist, muss sich auf gute Bedingungen verlassen können. Wir
750 unterstützen Kommunen dabei, eigene Fußverkehrsstrategien zu entwickeln und umzusetzen – für
751 eine komfortable, barrierefreie Wegeführung auf Straßen, Wegen und Plätzen und die
752 Möglichkeit, Straßen sicher zu überqueren. Ampelschaltungen gestalten wir auch für
753 Fußgänger*innen attraktiv, mit ausreichend Grünphasen statt langer Wartezeiten. Abgesenkte
754 Bordsteine und taktile Leitelemente sorgen dafür, dass auch mobilitätseingeschränkte und
755 sehbehinderte Menschen sicher und selbstständig unterwegs sein können.

756 Straßen erhalten und digital steuern

757 Zu einer funktionierenden und zukunftsfesten Infrastruktur gehören auch Straßen und Brücken.
758 Funktionierende Straßen und Brücken sind wichtiger als immer neue Straßenbauprojekte, die
759 zusätzliche Flächen, Geld und Planungskapazitäten binden. Unser Grundsatz lautet daher:
760 Erhalt vor Neu- und Ausbau. Gerade marode Brücken müssen zuverlässig saniert und ersetzt
761 werden. Im Rahmen des NRW-Plans und des Sondervermögens des Bundes können wir unsere
762 Aktivitäten zur Sanierung und den Erhalt von Brücken und Straßen erheblich ausweiten. Den
763 Großteil der Mittel stellen wir dabei den Kommunen zur Verfügung – allein zwei Milliarden
764 Euro für die Sanierung und den Ersatzneubau überregional bedeutsamer kommunaler Brücken. Um
765 den Kommunen die Planung und Umsetzung der Projekte zu erleichtern, gründen wir eine
766 „Brücken-Agentur“.

767 Mit der Sanierungsoffensive und dem „400-Brücken-Programm“ haben wir die Investitionen für
768 den Erhalt auf besonders sanierungsbedürftige Straßen und Brücken deutlich erhöht und
769 schaffen eine verlässliche Perspektive für deren Erneuerung. Innovative, ressourcenschonende
770 Modul- und Expressbauweisen wollen wir stärker nutzen, um Bauzeiten zu verkürzen und die
771 Belastungen durch Sperrungen und Umleitungen zu reduzieren. Gleichzeitig wollen wir
772 Baustellen von Bund, Land, Kommunen und Deutscher Bahn frühzeitig und besser aufeinander
773 abstimmen. So können parallele Großbaustellen und sich überschneidende Umleitungen vermieden
774 und Verkehrsbeeinträchtigungen für Pendler*innen, Unternehmen und Logistik möglichst gering
775 gehalten werden.

776 Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen wir durch einfachere Ausschreibungen,
777 konsequente Digitalisierung und die Vermeidung von Doppelprüfungen, ohne Umwelt- und
778 Naturschutzstandards abzusenken. Den Landesstraßenbedarfsplan richten wir neu an
779 verkehrlichem Bedarf, Finanzierbarkeit und Klimaschutz aus und konzentrieren die verfügbaren
780 Mittel auf tatsächlich realisierbare Projekte.

781 Auch vom Bund erwarten wir, den Grundsatz „Erhalt vor Neu- und Ausbau“ verbindlich in der
782 Bundesfernstraßenpolitik zu verankern. Marode Brücken und bestehende Verkehrswege in NRW
783 müssen zuverlässig saniert werden, bevor neue Kapazitäten geschaffen werden.
784 Autobahnausbauprojekte wollen wir deshalb nach Planungskapazität, Kosten und Nutzen sowie
785 ihren Klima-, Flächen- und Sozialwirkungen neu bewerten. Zusätzliche Kapazitäten soll es nur
786 dort geben, wo sie zwingend erforderlich sind und die vorhandene Infrastruktur nicht

787 effizienter genutzt werden kann. Fördermittel für Kommunen richten wir ebenfalls am Erhalt
788 der Straßen- und Radwegeinfrastruktur sowie an Verbesserungen für Nahmobilität und ÖPNV aus.
789 Auf besonders vom Schwerverkehr belasteten Landesstraßen führen wir zudem eine LKW-Maut ein,
790 deren Erlös zweckgebunden in Straßenerhalt, Radinfrastruktur und Nahverkehr fließt. So
791 verhindern wir, dass LKW auf mautfreie Landesstraßen ausweichen und Kommunen unter Lärm und
792 Straßenschäden leiden.

793 Neben dem Erhalt wollen wir die bestehende Infrastruktur intelligenter und effizienter
794 nutzen. Mit der "Landesagentur für Mobilitätsdaten" (MOBIDROM) schaffen wir die Grundlage
795 für einen digitaleren, effizienteren und nutzerfreundlicheren Verkehr – von besserer
796 Routenplanung über zuverlässigere Fahrgastinformationen bis zur intelligenten Steuerung von
797 Verkehrsströmen. Die Zahl digitaler Lichtsignalanlagen erhöhen wir deutlich, damit
798 Grünphasen sich an die tatsächliche Verkehrslage anpassen und Busse, Einsatzfahrzeuge sowie
799 Rad- und Fußverkehr gezielt bevorrechtigt werden können. Auch beim autonomen ÖPNV wollen wir
800 vom Pilotstatus in den regulären Alltag kommen: Eine zentrale Genehmigungsstelle bündelt und
801 standardisiert die Verfahren, mit klaren Fristen, damit autonome Fahrzeuge dort eingesetzt
802 werden, wo sie den Nahverkehr wirklich stärken, ohne die Betriebskosten zu erhöhen.

803 Elektromobilität für alle erschwinglich machen

804 Klimafreundliche Mobilität darf nicht vom Einkommen abhängen. Vom Bund fordern wir Social-
805 Leasing-Modelle für Elektroautos und Kaufprämien für gebrauchte E-Fahrzeuge, damit sich
806 mehr Menschen den Umstieg auf ein E-Auto leisten können. Beim Güterverkehr fördern wir
807 weiter den Umstieg von Diesel-LKW auf elektrische Antriebe, damit auch er klimafreundlich
808 und unabhängig von fossilen Importen wird.

809 Eine zuverlässige Ladeinfrastruktur ist der entscheidende Erfolgsfaktor für
810 Elektromobilität. Unser Ziel ist eine flächendeckende und bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur
811 in ganz NRW, damit gute Lademöglichkeiten unabhängig von Wohnort und Wohnsituation verfügbar
812 sind. Wir legen deshalb ein Programm für den Ausbau von Schnellladepunkten entlang der
813 Autobahnen auf und treiben den bedarfsgerechten Ausbau von Schnellladeinfrastruktur für E-
814 LKW und in Logistikdepots voran. Gleichzeitig treiben wir den Ausbau dort voran, wo Menschen
815 ihr Auto ohnehin länger abstellen: an Mehrfamilienhäusern, am Arbeitsplatz, im öffentlichen
816 Raum und im Einzelhandel. Insbesondere erleichtern wir damit auch Nutzer*innen ohne eigene
817 Garage den Zugang zu Ladeinfrastruktur. Wo kein eigener Stellplatz vorhanden ist, bauen wir
818 bürokratische Hürden für das Laden auf öffentlichen Straßen direkt vor der eigenen Haustür
819 ab und schaffen einheitliche, unkomplizierte Regeln für Sondernutzungserlaubnisse. Kleine
820 und mittlere Logistikunternehmen unterstützen wir beim Aufbau eigener Ladeinfrastruktur für
821 ihre E-Lkw-Flotten. Kommunen helfen wir mit Ladeinfrastrukturkonzepten dabei, vorausschauend
822 zu planen, wo zusätzliche Ladepunkte benötigt werden. Die gezielte Förderung von
823 Ladeinfrastruktur setzen wir dort fort, wo der Markt allein noch nicht ausreichend
824 vorankommt.

825 Binnenschifffahrt resilient machen

826 Lange Trockenperioden und extreme Niedrigwasserlagen werden wir in NRW aufgrund des
827 Klimawandels immer häufiger erleben. Sie treffen nicht nur die Natur, sondern auch die
828 Binnenschifffahrt und die Wirtschaft am Rhein zunehmend hart. Rund 80 Prozent des deutschen
829 Binnenschiff-Güterverkehrs entfallen auf den Rhein und seine Nebenflüsse. Bei Niedrigwasser
830 drohen deshalb schnell Engpässe für die Chemieindustrie, Stahlwerke und die
831 Energieversorgung, bis hin zu Produktionsdrosselungen und Kurzarbeit bei Unternehmen, deren
832 Standorte auf den Rheintransport angewiesen sind.

833 Dafür benötigen wir auch technische Maßnahmen an einigen Engstellen im Rhein. Wir setzen uns
834 dafür ein, dass der Bund dafür endlich Mittel freimacht. Über Maßnahmen an Engstellen am
835 Fluss hinaus stärken wir deshalb die Bevorratung und Koordinierung von Gütern, den Einsatz
836 niedrigwassergängiger Schiffe und Umstiegskonzepte auf die Schiene. Wir setzen uns für eine
837 nationale Taskforce Niedrigwasser ein, die Bund, Länder, Häfen, Binnenschifffahrt und
838 Wirtschaft zusammenbringt und Maßnahmen für belastbare Logistikketten koordiniert. Der Bund
839 muss die bereits geplanten Maßnahmen an den Bundeswasserstraßen beschleunigen, die
840 Befahrbarkeit des Rheins bei Niedrigwasser durch die gezielte Optimierung der Fahrrinne
841 verbessern und dafür ausreichend Planungs- und Investitionsmittel bereitstellen. Die
842 Modernisierung der Flotte hin zu niedrigwassergängigen und klimaneutralen Schiffen wollen
843 wir mit geeigneten Förderinstrumenten unterstützen. Gleichzeitig stärken wir Häfen als
844 multimodale Knoten und schaffen bessere Voraussetzungen dafür, Güter bei Niedrigwasser
845 flexibel zwischen Schiff und Schiene zu verlagern.

846 Luftverkehr zukunftsfähig gestalten

847 Fliegen ist für das global vernetzte NRW und seine Bürger*innen von großer Bedeutung. Ob
848 Tourismus, Wirtschaft oder Logistik, ohne unsere Flughäfen geht es nicht. Zugleich leiden
849 Anwohner*innen in den Flugschneisen von Flughäfen besonders nachts unter Fluglärm mit
850 erheblichen Folgen für ihre Gesundheit. Am Flughafen Düsseldorf werden wir uns weiter für
851 die Einhaltung der in der Betriebsgenehmigung verankerten Nachtruhe einsetzen. Am Flughafen
852 Köln/Bonn reduzieren wir die Lärmbelastung durch die neuen Auflagen in der
853 Betriebsgenehmigung weiter. Im Rahmen der Möglichkeiten des Landes schaffen wir mit stärker
854 lärm- und emissionsabhängigen Start- und Landeentgelten Anreize für leisere und saubere
855 Flugzeuge.

856 Flughäfen in NRW müssen sich dauerhaft wirtschaftlich selbst tragen; dauerhafte
857 Betriebssubventionen aus öffentlichen Haushalten lehnen wir ab. Wo schnelle und attraktive
858 Bahnverbindungen eine echte Alternative bieten, wollen wir Kurzstreckenflüge zunehmend auf
859 die Schiene verlagern und dafür insbesondere die nationalen und europäischen
860 Direktverbindungen aus NRW stärken. Gleichzeitig unterstützen wir Flughäfen auf dem Weg zur
861 Klimaneutralität und wollen NRW, aufbauend auf seinen zahlreichen Forschungsaktivitäten, zum
862 führenden Standort für klimaneutrale Flugkraftstoffe, Wasserstoff- und Elektroflugzeuge
863 machen.

WP-02 Ein Land der intakten Lebensgrundlagen

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Text

Für uns entscheidet sich Lebensqualität in NRW daran, ob Menschen auch in der Zukunft hier noch gut leben können. Wir wollen zeigen, dass kühle, begrünte Städte, bezahlbares Bauen und eine gesunde Natur zusammengehören. Deshalb stellen wir in den Vordergrund, was Menschen im Alltag guttut: Schatten und Grün im Sommer, ein Zuhause, das man sich leisten kann, gute Lebensmittel und eine intakte Natur, direkt vor der Haustür.

Wir setzen dort an, wo wir den größten Unterschied machen können. Besonders dort, wo Menschen mit wenig Geld stärker von Hitze und Wetterextremen betroffen sind, schaffen wir mehr Abkühlung, Schatten und Schutz. Und wo veraltete Bauvorschriften Wohnraum unnötig verteuern, schaffen wir Freiraum für neue, klügere Lösungen.

Zu einem guten Leben in NRW gehören grüne, lebenswerte Städte mit mehr Bäumen und Platz zum Verweilen. Dazu gehört eine bäuerliche Landwirtschaft, die Höfe und Natur gleichzeitig stärkt. Dazu gehört ein starker Tierschutz, gesunde Wälder und lebendige Gewässer, an denen Insekten summen, Vögel nisten und seltene Arten wieder eine Heimat finden. Und dazu gehört eine Lebensmittelversorgung, die gesunde und bezahlbare Ernährung für alle ermöglicht.

Diese Ziele erreichen wir am besten gemeinsam mit Landwirt*innen, die ihre Betriebe zukunftsfest machen wollen, mit Kommunen, die ihre Städte grüner gestalten wollen, und mit Menschen und Initiativen, die sich für Natur- und Tierschutz einsetzen. Dabei setzen wir auf klare Rahmenbedingungen, verlässliche Förderung und echte Partnerschaft.

Ökologische und soziale Fragen gehören für uns zusammen. Denn wo wir Natur schützen, schützt sie auch uns: vor Hitze und Hochwasser; sie sorgt für sauberes Wasser, gesunde Lebensmittel und lebenswerte Orte. Das ist für uns die Grundlage eines guten Lebens für alle. Diese Haltung prägt unsere Arbeit seit fast fünf Jahren: Wir haben Klimaanpassung zur festen Aufgabe der Kommunen gemacht, eine Renaturierungsoffensive gestartet, die Mietpreisbremse ausgeweitet und die Landesbauordnung modernisiert. Wir wollen weiter an einem NRW arbeiten, in dem alle eine gesunde Umwelt und lebenswerte Orte genießen können und ein gutes und bezahlbares Zuhause haben.

Wir stärken NRW gegen die Folgen der Klimakrise

Klimafolgen gerecht begegnen

Klimaanpassung sorgt für eine lebenswerte und sichere Heimat. Sie schützt unsere Lebensqualität und sorgt dafür, dass unsere Städte und Gemeinden auch in Zukunft gute und sichere Orte zum Leben bleiben. Denn selbst der beste Klimaschutz kann einige Folgen der Erderwärmung nicht aufhalten – das erleben Menschen in NRW längst hautnah, wenn Keller volllaufen, die Dürre zunimmt oder Schulhöfe zu Backöfen werden. Wir wollen deshalb den Klimawandel begrenzen und gleichzeitig vorsorgen: mit kühlen Innenstädten, sicheren Kellern und Straßen, die Starkregen aushalten. Klimaanpassung ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Denn gerade Menschen, die sich keinen eigenen Garten oder eine Klimaanlage leisten können, sind vom Klimawandel am stärksten betroffen.

Klimaanpassung soll bei Planungen und Investitionen verbindlich berücksichtigt werden. Wir haben die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, dass alle Kommunen ein

Klimaanpassungskonzept erarbeiten können und müssen. So werden überall im Land bei allen Planungen die extremen Folgen des Klimawandels in Form von Starkregen, Hochwasser, Dürre und Hitze heute schon und in Zukunft berücksichtigt. Dafür braucht es klare Standards und Zuständigkeiten in Stadt-, Verkehrs-, Regional- und Bauleitplanung sowie im Gewässer- und Naturschutz. Bei der Vergabe von Landesmitteln setzen wir auf einen Klima-Check. Die Umsetzung konkreter Maßnahmen für Klimaanpassungen, wie Investitionen in Begrünung, Hitzeschutz und resiliente Quartiersentwicklung, treiben wir flächendeckend voran und sichern sie durch verlässliche Finanzierung von Land und Bund ab. So verbessern wir insgesamt die Lebensqualität in den Quartieren und können außerdem bisher vernachlässigte Stadtteile aufwerten. Dies kommt gerade besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen wie älteren Menschen und Kindern zugute.

Hitzeschutz für alle

Wir müssen NRW besser auf Hitze vorbereiten. Das zeigen die vergangenen Hitzewellen, die immer häufiger auftreten. Jeder Hitzetag belastet unsere Gesundheit, verursacht hohe Kosten für unsere Wirtschaft und bringt Notaufnahmen sowie Rettungskräfte an ihre Grenzen. Besonders betroffen sind Bewohner*innen von Dachgeschosswohnungen und dicht bebauten Mehrfamilienhaussiedlungen, in denen überdurchschnittlich oft Menschen mit geringem Einkommen leben. Wir wollen deshalb Hitzeschutz im sozialen Wohnungsbau und bei der Sanierung von Mehrfamilienhäusern gezielt vorantreiben: durch Wärmepumpen, die auch kühlen, außenliegenden Sonnenschutz sowie Dach- und Fassadenbegrünung.

In Städten und Ortskernen, in denen das Land die bauliche Entwicklung fördert, muss Klimafolgenanpassung von Anfang an mitgedacht werden. Wir machen Klimaanpassung deshalb zur Grundvoraussetzung landesgeförderter Stadtentwicklungsprojekte. Neue und umgestaltete Quartiere, Plätze und öffentliche Gebäude sollen auf zunehmende Hitze, Trockenheit und Starkregen vorbereitet sein. Wir wollen den Grünflächenanteil im Zuge der EU-Wiederherstellungsverordnung erhöhen. Wir wollen Stadtgrün konsequent ausbauen. Dazu gehören mehr Grün und Schatten, weniger versiegelte Flächen, mehr Bäume und eine vielfältige, möglichst naturnahe Begrünung, die zugleich Lebensräume für Tiere und Pflanzen schafft sowie eine konsequente Umsetzung des Schwammstadt- Prinzips. Regenwasser soll vor Ort versickern, zurückgehalten und gespeichert werden und so auch für Trockenzeiten zur Verfügung stehen. Dafür schaffen und fördern wir mehr Versickerungs- und Rückhalteflächen, begrünte Dächer und Flächen, die bei Starkregen zusätzlich Wasser aufnehmen können. So sorgen wir dafür, dass öffentliche Investitionen unsere Städte schöner, lebenswerter und widerstandsfähiger gegen die Folgen der Klimakrise machen.

Zu klimaangepassten und lebenswerten öffentlichen Räumen gehört auch der einfache Zugang zu Trinkwasser. Gerade an heißen Tagen darf Wasser keine Frage des Geldbeutels sein. Nachdem wir den Kommunen den Bau öffentlicher Trinkbrunnen bereits erleichtert haben, gehen wir diesen Weg weiter: Wir wollen mehr kostenlose Trinkbrunnen dort, wo viele Menschen unterwegs sind – etwa in Innenstädten, auf öffentlichen Plätzen und Spielplätzen oder an stark frequentierten Haltestellen. So werden unsere Städte auch bei zunehmender Hitze zu Orten, an denen sich alle gut aufhalten können.

Wir wollen kühle, schattige und grüne Städte und Dörfer. Dafür wollen wir die öffentliche Fläche stärker entsiegeln und Bäume pflanzen. Als Ziel setzen wir uns 10.000 Hektar Entsiegelung landesweit und 1.000.000 Bäume in den nächsten 10 Jahren. Dafür richten wir die Programme des Landes für Stadtentwicklung und Klimaanpassung noch stärker auf eine grüne und lebenswerte Umgebung aus und entwickeln sie im Sinne der EU-Wiederherstellungsverordnung weiter.

87 Kein Kind sollte in der Pause auf glühendem Asphalt stehen müssen. Wir wollen, dass mehr
88 Schulhöfe und Kitas zu kühleren Orten werden mit fest installierten, großflächigen
89 Sonnensegeln, mehr Bäumen, Wasserspielflächen und begrünten Flächen. Dafür setzen wir unsere
90 Programme „Coole Schulhöfe“ sowie „Coole Kitas“ fort und entwickeln es mit dem Ziel weiter,
91 alle Schulhöfe in NRW zu entsiegeln und klimaangepasst zu gestalten. Hitzeschutz wird so
92 Teil der Bildungsgerechtigkeit.

93 Hitzeschutz muss dort ankommen, wo Menschen ihren Alltag verbringen. Deshalb sorgen wir
94 dafür, dass Klimaanpassung bei landesgeförderten Investitionen konsequent berücksichtigt
95 wird – von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen bis zum öffentlichen Nahverkehr.
96 Haltestellen und Mobilstationen wollen wir stärker verschatten und begrünen und bei der
97 Modernisierung von Bussen und Bahnen wirksamen Hitzeschutz mitdenken.

98 Hitze macht auch vor dem Arbeitsplatz nicht halt: Für Beschäftigte, die besonders von Hitze
99 betroffen sind, setzen wir uns für bessere Arbeitsschutzregeln ein. Hitzeschutzmaßnahmen
100 müssen zudem durch aufsuchende, mehrsprachige Informationsangebote ergänzt werden, damit
101 Schutzwissen wirklich bei den Menschen ankommt, die es am dringendsten brauchen.

102 Wir bauen klimagerecht und bezahlbar

103 Gut Wohnen, besser bauen

104 Gut leben in NRW beginnt mit einem guten Zuhause und einem lebenswerten Umfeld. Wie heute
105 gebaut, umgebaut oder saniert wird, entscheidet darüber, ob Wohnen auch morgen bezahlbar
106 bleibt, wie hoch unser Energieverbrauch wird, ob unsere Städte und Dörfer lebenswert sind
107 und wir mit Fläche und Ressourcen verantwortungsvoll umgehen. Deshalb wollen wir einfacher,
108 günstiger und zugleich zukunftsfest bauen. Dafür nutzen wir innovative Ideen aus Forschung,
109 Planung und Handwerk und setzen stärker auf den Bestand.

110 Die Landesbauordnung und Förderprogramme richten wir stärker auf Bestandserhalt, die
111 Wiederverwendung von Bauteilen und Recycling-Baustoffe aus. Bei öffentlichen Bauvorhaben
112 stärken wir die Wiederverwendung von Bauteilen und den Einsatz hochwertiger Recycling-
113 Baustoffe und schaffen damit eine verlässliche Nachfrage nach zirkulären Baustoffen.
114 Kreislaufgerechtes Bauen wird beim Neubau zum Standard. Gleichzeitig bauen wir Hemmnisse für
115 den Einsatz qualitätsgesicherter Recycling-Baustoffe ab. Den bereits erprobten digitalen
116 Gebäuderessourcenpass entwickeln wir weiter, damit sichtbar wird, welche Materialien in
117 einem Gebäude verbaut sind und später wiederverwendet werden können. Nachwachsende Baustoffe
118 wie Holz unterstützen wir gezielt. Mit der Solarpflicht haben wir Photovoltaik auf Neubauten
119 bereits zum Standard gemacht. Diesen Weg setzen wir fort und sorgen dafür, dass Solarenergie
120 und Dachbegrünung bei Neubauten möglichst gemeinsam umgesetzt werden können.

121 Gerade im Gebäudebestand liegt enormes Potenzial für zusätzlichen Wohnraum und mehr
122 Klimaschutz. Mit der Novelle der Landesbauordnung haben wir bereits viele Hürden für Ausbau,
123 Aufstockung, Sanierung und den Einsatz Erneuerbarer Energien beseitigt. Diesen Weg gehen wir
124 weiter: Dachausbauten, Aufstockungen und Umnutzungen sollen einfacher werden, damit
125 bestehende Gebäude besser genutzt und an neue Bedürfnisse angepasst werden können. Viele
126 Eigentümer*innen übernehmen bereits Verantwortung, investieren in ihre Gebäude und wollen
127 vor Ort Teil der Energiewende sein. Ihnen wollen wir es so einfach wie möglich machen.
128 Zugleich ist für uns klar: Mit Eigentum geht Verantwortung einher – für das eigene Gebäude,
129 aber auch für Klima und Gesellschaft. Die neu eingeführte Baugenehmigungsfiktion, also ein
130 vereinfachtes Genehmigungsverfahren für einfache Bauvorhaben, werten wir zeitnah aus und
131 überprüfen insbesondere, ob sie Verfahren tatsächlich beschleunigt. Bei Bedarf steuern wir
132 nach. Serielles Sanieren – die Vorfertigung ganzer Fassaden- und Dachelemente – macht
133 energetische Sanierungen schneller und günstiger. Auch serielles und modulares Bauen wollen

134 wir stärker nutzen, um schneller und kostengünstiger neuen Wohnraum zu schaffen. Unnötige
135 Vorgaben, die das Bauen verteuern, wollen wir abbauen. Die Pflicht, bei jedem Neubau
136 Stellplätze nachzuweisen, treibt die Kosten etwa durch zusätzlichen Flächenbedarf oder teure
137 Tiefgaragen in die Höhe. Deshalb streichen wir die Stellplatzpflicht aus der
138 Landesbauordnung und das kommunale Recht auf eigene Stellplatzsatzungen. Den Gebäudetyp E
139 unterstützen wir und wollen ihn in NRW zügig umsetzen, sobald die bundesrechtlichen
140 Voraussetzungen dafür geschaffen sind. Gleichzeitig treiben wir digitale Planungs- und
141 Genehmigungsverfahren weiter voran, damit Bauvorhaben schneller, einfacher und mit weniger
142 Verwaltungsaufwand umgesetzt werden können.

143 Flächen effizienter nutzen, kurze Wege schaffen

144 Unser Grundsatz lautet: Bestehende Flächen besser nutzen, bevor neue versiegelt werden.
145 Deshalb setzen wir auf Umnutzung, Baulücken, Nachverdichtung und eine flächensparende
146 Siedlungsentwicklung. Wir bringen Arbeiten und Leben wieder näher zusammen: Gemischte Wohn-
147 Arbeits-Quartiere mit Co-Working, Handel, Handwerk und Produktion machen kurze Wege möglich,
148 reduzieren Pendelverkehr und stärken lokale Wirtschaftskreisläufe. Über Städtebauförderung,
149 angepasstes Bau- und Nutzungsrecht sowie gezielte Beratung unterstützen wir Kommunen dabei,
150 neue Nutzungsmischungen zu ermöglichen.

151 Damit Baulücken nicht länger ungenutzt bleiben, unterstützen wir Kommunen dabei, das im
152 Baugesetzbuch bereits vorgesehene Baugebot konsequent durchzusetzen. Wir wollen, dass
153 Kommunen Baulücken systematisch erfassen und vorhandene Flächenpotenziale für neuen Wohnraum
154 besser aktivieren. Das Land unterstützt sie dabei mit geeigneten Instrumenten und Beratung.

155 Wir möchten den Weg frei machen, um Immobilien leichter umnutzen zu können: Leerstehende
156 Büros, Gewerbeflächen, Ladenlokale und Gastronomieräume, für die dauerhaft keine
157 entsprechende Nutzung mehr absehbar ist, wollen wir leichter für Wohnen, Kultur oder
158 Gemeinschaft öffnen. Wo dafür Unterstützung notwendig ist, nutzen wir insbesondere die
159 bestehende Städtebauförderung. Gerade in kleineren Städten und Gemeinden wollen wir
160 Leerstände in Ortskernen wieder mit Leben füllen und bestehende Gebäude für Wohnen,
161 Arbeiten, Nahversorgung und Begegnung neu nutzen.

162 Neue Wohnungen sollen vorrangig dort entstehen, wo Wohnen, Arbeiten und Mobilität so
163 verbunden sind, dass sie kurze Wege ermöglichen. Wir wollen deshalb vor allem dort neuen
164 Wohnraum schaffen und nachverdichten, wo Bus und Bahn, Schulen, Kitas und andere
165 Infrastruktur bereits gut erreichbar sind. Wir unterstützen Kommunen dabei, entsprechende
166 Standorte zu identifizieren und aktiv zu entwickeln. Bodenwertsteigerungen, die durch eine
167 bessere Anbindung entstehen, wollen wir stärker nutzen, um den Ausbau des Umweltverbunds
168 sowie dauerhaft günstigen Wohnraum mitzufinanzieren.

169 Barrierefreiheit gehört für uns als selbstverständlicher Standard bei Neubauten und bei der
170 Entwicklung unserer Quartiere dazu. Im Bestand wollen wir Barrieren bei Umbau und
171 Modernisierung so weit wie möglich abbauen.

172 10.000 neue Wohnungen im Rheinischen Revier

173 Im Rheinischer Revier bieten die vom Braunkohlebergbau verschonten, aber überwiegend
174 verlassenen Dörfer an den Tagebauen Garzweiler und Hambach Perspektiven einer neuen und
175 nachhaltigen Stadtentwicklung des 21. Jahrhunderts. Die alten Dörfer und nicht mehr
176 benötigten Flächen des Bergbaus bieten Potenzial für neue Wohneinheiten, sogar auf den
177 entstehenden Seeflächen. Diese Möglichkeiten wollen wir gemeinsam mit den Kommunen und den
178 Menschen vor Ort nutzen und 10.000 neue Wohneinheiten erreichen. Das schafft zusätzlichen
179 Wohnraum und soll zugleich Modell für Städte und Dörfer der Zukunft werden.

180 Wir schützen Natur und Umwelt

181 Natur schützen und Artenvielfalt bewahren

182 NRW trägt besondere Verantwortung für seine Wälder, Moore, Flüsse und Kulturlandschaften.
183 Sie zu bewahren heißt, unsere eigenen Lebensgrundlagen zu schützen. Deshalb starten wir eine
184 Renaturierungsoffensive für NRW und holen die Natur dort zurück, wo sie verloren gegangen
185 ist.

186 Die EU-Wiederherstellungsverordnung verpflichtet alle Mitgliedstaaten, bis 2030 wirksame
187 Maßnahmen auf mindestens 20 Prozent der Flächen mit Sanierungsbedarf umzusetzen. Wir wollen
188 diese Verpflichtung ambitioniert vorantreiben. Einen Schwerpunkt legen wir dabei auf die
189 Wiedervernässung von Mooren und den Erhalt von Feuchtgebieten, auf strukturreiche,
190 klimaresiliente Wälder mit heimischen Baumarten, auf die Renaturierung von Flussauen und
191 durchgängige Gewässer sowie auf artenreiche Agrarlandschaften mit Lebensräumen für Feldvögel
192 und Insekten.

193 Wir knüpfen zugleich ein Natur-Netz durch ganz NRW: Schutzgebiete dürfen keine voneinander
194 getrennten Inseln bleiben. Deshalb schließen wir gezielt Lücken im landesweiten
195 Biotopverbund und verbinden Wälder, Moore, Flussauen, Wiesen und andere wertvolle
196 Lebensräume. Auch in unseren Städten schaffen und verbinden wir mehr Lebensräume für Tiere
197 und Pflanzen.

198 Wir wollen das Artensterben nicht nur bremsen, sondern bedrohte Arten zurückholen. Deshalb
199 bauen wir erfolgreiche Artenhilfsprogramme zu einem „Arten- Comeback NRW“ aus. Für Arten,
200 für deren Erhalt NRW eine besondere Verantwortung trägt, verbessern wir gezielt Lebensräume,
201 sichern Wanderkorridore und unterstützen dort, wo nötig, Nachzucht und Wiederansiedlung.
202 Unser Ziel ist klar: Feldhase, Wiesenweihe und Co. sollen in NRW wieder eine Zukunft haben.

203 NRW hat mit dem Nationalpark Eifel gezeigt, wie sich wirksamer Natur- und Artenschutz mit
204 Naturerleben, Umweltbildung und nachhaltigem Tourismus verbinden lässt. Diese
205 Erfolgsgeschichte wollen wir fortsetzen und den Nationalpark Eifel weiter stärken. Regional
206 breit getragene Initiativen zur Gründung eines weiteren Nationalparks in NRW werden wir von
207 Landesseite unterstützen. Darüber hinaus sichern wir naturschutzfachlich besonders wertvolle
208 Flächen in ganz NRW dauerhaft für die Natur. Um Schutzziele effektiv zu erreichen, wollen
209 wir wertvolle Naturflächen, auch durch die NRW-Stiftung, erwerben und in einem dauerhaft
210 geschützten Biotopverbund sichern überführen.

211 In Wildnisgebieten und landeseigenen Naturschutzgebieten schaffen wir Reallabore, in denen
212 Praxis und Wissenschaft gemeinsam an ökologischer Wiederherstellung und Klimaanpassung
213 arbeiten. Wir machen messbar, ob die Natur in NRW tatsächlich wieder gesünder wird. Die
214 Vielzahl der bisherigen Einzelberichte zu Biotoptypen und Artengruppen wollen wir in einem
215 Naturzustandsbericht zusammenführen, um aufzuzeigen wie sich Artenvielfalt, Wälder, Moore,
216 Gewässer und Biotopverbunde entwickeln. So messen wir Naturschutzpolitik nicht daran, wie
217 viele Programme aufgelegt wurden, sondern daran, ob Arten zurückkehren und Lebensräume
218 wieder entstehen.

219 Die kürzlich von der Landesregierung beschlossene, umfassende Biodiversitätsstrategie werden
220 wir umsetzen, um so das Artensterben zu stoppen und die Bestandserholung und Rückkehr von
221 bedrohten Arten nach NRW zu ermöglichen. Ob Weißstorch, Fischadler oder Feldhase – viele
222 positive Entwicklungen in der Artenvielfalt zeigen uns, dass es geht.

223 Moore zählen zu den wichtigsten Kohlenstoffsinken und sind zugleich Hotspots der
224 biologischen Vielfalt. Deshalb brauchen unsere Moore Widerstandskraft, auch für die nächste
225 Hitzewelle: Wir setzen die begonnene Wiedervernässung fort und gehen ab 2027 verstärkt in

226 die Projektumsetzung. Gezielte Beratung und passgenaue Fördermöglichkeiten helfen den
227 Menschen vor Ort, die Wiedervernässung zum Erfolg zu führen. Bislang bestehen viele
228 Moorflächen noch als kleine, isolierte Areale. Wir wollen sie gezielt zu größeren,
229 zusammenhängenden Flächen bündeln, damit Renaturierung wirklich wirkt.

230 Wo Straßen, Siedlungen oder andere Infrastruktur in die Natur eingreifen, muss der
231 ökologische Ausgleich tatsächlich wirken. Wir bündeln Ausgleichsmaßnahmen stärker zu
232 größeren zusammenhängenden Naturflächen und richten sie danach aus, wo sie den größten
233 Nutzen für Artenvielfalt und Biotopverbund haben. Ersatzgelder setzen wir gezielter für die
234 Aufwertung bestehender Schutzgebiete und das Schließen von Lücken in unserem Natur-Netz ein.
235 Für Landesprojekte machen wir transparent, wo Ausgleich geschaffen wurde und wie sich diese
236 Flächen entwickeln.

237 Naturschutz entscheidet sich vor Ort. Deshalb sichern wir das Netz der Biologischen
238 Stationen dauerhaft ab und stärken sie als Partner unserer Renaturierungsoffensive. Sie
239 bringen Naturschutz, Landwirtschaft, Kommunen und Ehrenamt zusammen und sorgen dafür, dass
240 aus politischen Zielen konkrete Projekte vor Ort werden.

241 Guter Naturschutz und schnellere Verfahren gehören für uns zusammen. Wir bauen unnötige
242 Bürokratie ab und sorgen zugleich für verlässliche und klare Umweltstandards. Dafür setzen
243 wir auf auskömmliche Personalausstattung, frühzeitige Beteiligung und konsequente
244 Digitalisierung von Genehmigungsprozessen. Auch im Naturschutz vereinfachen wir überkomplexe
245 Verfahren und schaffen gezielte Erleichterungen, ohne das Schutzniveau abzusenken.

246 Für guten Umgang mit unserem Wasser

247 Wasser muss in der Landschaft bleiben. Viel zu lange wurden Flüsse begradigt, Moore
248 trockengelegt, Flächen versiegelt und Regenwasser möglichst schnell abgeleitet. Angesichts
249 von Starkregen und zunehmender Trockenheit brauchen wir das Gegenteil: Böden, Wälder, Moore
250 und Auen müssen wieder mehr Wasser aufnehmen und speichern können. Deshalb machen wir den
251 natürlichen Wasserrückhalt zum Leitprinzip unserer Wasserpolitik: Wir entsiegeln Flächen,
252 vernässen Moore, renaturieren Gewässer und geben Flüssen und Bächen wieder mehr Raum. Das
253 schützt vor Hochwasser, hilft durch trockene Sommer und schafft zugleich neue Lebensräume.

254 Wasserentnahmen finden in NRW häufig noch auf Grundlage jahrzehntealter Genehmigungen statt.
255 Wie viel tatsächlich entnommen wird, ist oft unbekannt. Wir wollen das bei den Kreisen und
256 kreisfreien Städten geführte „Wasserbuch“ über Grundwasserentnahmen digital und transparent
257 weiterentwickeln, um Auswirkungen auf den Wasserhaushalt in Zeiten des Klimawandels
258 abschätzen und wenn nötig gegensteuern zu können. Sinkende Grundwasserspiegel und
259 Dürreperioden erhöhen den Druck auf unsere Wasserressourcen zusätzlich. Gleichzeitig sind
260 die Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt zuletzt gesunken, obwohl der Finanzbedarf für
261 den Ausbau der Wasserinfrastruktur wächst. Die Folgen der Klimakrise erfordern eine
262 Weiterentwicklung und Neuausrichtung des Wasserentnahmementgelts.

263 Seit der Flutkatastrophe von 2021 haben wir den Hochwasserschutz im Land substanziell
264 verbessert. Dieses risikobasierte Hochwassermanagement, bei dem der Schutz von Leib und
265 Leben im Vordergrund steht, entwickeln wir konsequent weiter. Neben technischem spielt
266 ökologischer Hochwasserschutz eine ebenso große Rolle: Gewässer- und Auenrenaturierung
267 reduzieren Hochwasserspitzen spürbar und schaffen gleichzeitig wertvolle Lebensräume für
268 bedrohte Tiere und Pflanzen. Deshalb geben wir unseren Flüssen wieder mehr Raum: Wo es
269 möglich ist, reaktivieren wir ehemalige Auen, schaffen zusätzliche natürliche
270 Überschwemmungsflächen und verlegen Deiche zurück. Damit verbinden wir technischen und
271 natürlichen Hochwasserschutz – Wasser, das sich auf dafür vorgesehenen Flächen ausbreiten
272 kann, bedroht keine Keller und Häuser. Rund die Hälfte der Deiche in NRW ist

273 sanierungsbedürftig. Über den NRW-Plan haben wir dafür eine Investitionsgarantie von 1,1
274 Milliarden Euro bis 2036 gesichert und beschleunigen zusätzlich die Genehmigungsverfahren
275 für technischen wie ökologischen Hochwasserschutz.

276 Hochwasser hält sich nicht an Gemeinde-, Kreis- oder Landesgrenzen. Deshalb organisieren wir
277 Hochwasserschutz konsequenter entlang ganzer Flusseinzugsgebiete. Kommunen, Wasserverbände,
278 Landwirtschaft und Naturschutz planen gemeinsam, wo Rückhalteflächen, Renaturierungen und
279 technische Schutzmaßnahmen die größte Wirkung entfalten. Dabei gilt: Wer oberhalb Wasser
280 zurückhält, schützt die Menschen flussabwärts. Die Zusammenarbeit mit unseren
281 Nachbarländern, insbesondere den Niederlanden, bauen wir weiter aus.

282 Auch auf Starkregen wollen wir die Menschen besser vorbereiten. Informationen über
283 Hochwasser- und Starkregenrisiken machen wir leicht zugänglich und verständlich, damit
284 jede*r erkennen kann, wie gefährdet das eigene Zuhause ist und welche Vorsorge hilft.
285 Kommunen unterstützen wir bei Beratung und Vorsorge vor Ort.

286 Immer mehr Gewässer sind mit Spurenstoffen belastet, allen voran den sogenannten
287 Ewigkeitschemikalien PFAS. Wir unterbinden ihre Einleitung, bauen das Monitoring aus und
288 beteiligen die Verursacher konsequent an den Sanierungskosten nach dem Prinzip: Wer
289 verschmutzt, muss auch zahlen. Für PFAS-haltige Alltagsprodukte wie Bratpfannen oder
290 Regenjacken prüfen wir eigene Sammel- und Entsorgungswege. Wir werden die Abwasserreinigung
291 in NRW Schritt für Schritt bedarfsorientiert ausbauen, um auch die Belastung mit
292 Mikroschadstoffen weiter zu reduzieren.

293 Luft, Fläche, Boden schützen

294 Die Luft in NRW ist heute so sauber wie seit Beginn der Industrialisierung nicht mehr. Das
295 ist ein großer Erfolg für die Lebensqualität und Gesundheit der Menschen in unserem Land.
296 Noch vor 50 Jahren legte Smog regelmäßig große Teile NRWs lahm und verschmutzte Luft machte
297 viele Menschen krank. Heute werden die geltenden Grenzwerte für zentrale Luftschadstoffe
298 eingehalten. Dieser Fortschritt zeigt: Konsequente Umweltpolitik wirkt und macht das Leben
299 der Menschen besser. Aber darauf wollen wir uns nicht ausruhen: Ab 2030 gelten in Europa
300 deutlich strengere Grenzwerte für Luftschadstoffe. Auch diese wollen wir erreichen und damit
301 besonders Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen besser schützen. Dafür
302 verbessern wir die Luftqualität weiter – mit Lösungen, die Gesundheitsschutz, Mobilität und
303 eine starke Wirtschaft zusammenbringen. Unser Ziel ist ein NRW, in dem niemand durch
304 schlechte Luft krank wird.

305 NRW verfügt über ein ausgeklügeltes System zur Sammlung, Aufbereitung und Verwertung von
306 Abfällen aus Privathaushalten, Gewerbe- und Industriebetrieben. Aus immer mehr Abfällen
307 werden heute wieder wertvolle Rohstoffe. Doch noch zu viele Wertstoffe gehen verloren,
308 werden nur minderwertig weiterverwertet oder illegal exportiert. Gleichzeitig stellen neue
309 Abfallströme wie die wachsenden Mengen an Billig-Kleidung unsere kommunalen und privaten
310 Entsorgungsbetriebe vor große Herausforderungen. Auch die wilde Müllentsorgung in Städten
311 und in der freien Landschaft nimmt vielerorts zu. Deshalb brauchen wir in NRW gemeinsam mit
312 den kommunalen und privaten Entsorgungsbetrieben eine neue Offensive für die
313 Kreislaufwirtschaft in allen Bereichen. Egal ob Papier, Bauschutt, Bioabfall, Kunststoff
314 oder Elektronikschrott: Was wiederverwendet oder recycelt werden kann, soll als Rohstoff im
315 Kreislauf bleiben. Das schützt das Klima, schont Ressourcen und macht unsere Wirtschaft
316 unabhängiger von Rohstoffimporten.

317 Unser gesunder Boden ist wertvoll. Der Wert misst sich aber in mehr als nur Geld. Auf ihm
318 wächst Natur, die uns schützt und auf ihm produzieren Landwirt*innen unsere Nahrung. Doch
319 dieser Boden ist bedroht. Der Flächenverbrauch in NRW ist nach wie vor zu hoch. Der

Landesentwicklungsplan begrenzt die Neuversiegelung derzeit auf maximal fünf Hektar pro Tag. Unser mittelfristiges Ziel ist Netto-Null. Dabei gilt für uns: Bevor Landschaften versiegelt werden, wollen wir bereits genutzte Gewerbe-, Industrie- und andere Brachflächen reaktivieren. Dafür stärken wir das Flächenrecycling und prüfen, welche weiteren Instrumente den Flächenverbrauch wirksam reduzieren können.

Klimafolgen erfordern, dass wir Flächen für Retentionsräume, Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebiete raumplanerisch sichern und von anderen Nutzungen freihalten. Wir setzen dabei konsequent auf natürliche Klimaanpassung.

Wir stärken Landwirtschaft und schützen Tiere

Bäuerliche Landwirtschaft stärken

Vielfältige Felder statt Monokulturen, artgerecht gehaltene Tiere statt qualvoller Haltung, und Höfe, die sich für die nächste Generation noch lohnen: Diese Landwirtschaft unterstützen wir besonders. Eine nachhaltige Landwirtschaft schützt Natur, Wasser und Gesundheit gleichermaßen. Wir bauen den ökologischen Landbau in NRW weiter aus und unterstützen Landwirt*innen bei der Umstellung verlässlich mit gestärkten regionalen Vermarktungsstrukturen und der Abnahme ökologischer, regionaler Produkte über öffentliche Kantinen. Wir möchten den Ökolandbau stärken, indem wir die höchstmöglichen Fördersätze zahlen, so wie es Bayern und Niedersachsen bereits tun. Wasser und Böden schützen wir gemeinsam mit der Praxis: Eine verbindliche Zielvereinbarung zum landwirtschaftlichen Grundwasserschutz und ein klarer Aktionsplan reduzieren den Düngemiteleinsatz vor allem dort, wo es am dringendsten nötig ist. Gemeinsam mit Wissenschaft und Praxis evaluieren wir außerdem die Reduktionsstrategie Pflanzenschutzmittel des Landes.

Auch die Neugründung von Landwirtschaftsbetrieben verdient Aufmerksamkeit und Unterstützung. Wir setzen uns dafür ein, Beratungsangebote auszubauen und wollen, dass Neugründungen nicht an der Bürokratie scheitern.

Streuobstwiesen und Landschaftsgehölze prägen unsere Kulturlandschaft und schützen gleichzeitig Klima und Artenvielfalt. Wir wollen den Vertragsnaturschutz weiter ausbauen, denn er sichert Landwirt*innen ein Einkommen und vielen bedrohten Tier- und Pflanzenarten den Lebensraum. Wir fördern ihren Ausbau gezielt mit einer Pilotphase und einem Handlungskonzept für Streuobstwiesen. Agrarflächen sollen bezahlbar und in den Händen aktiver Landwirt*innen bleiben. Deshalb schaffen wir die doppelte Grunderwerbsteuer beim landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht ab.

Wird Gentechnik in der Landwirtschaft eingesetzt, setzen wir auf klare Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit – auch bei Tierfutter –, auf Haftungsübernahme und auf die Koexistenz von konventioneller, gentechnikfreier und ökologischer Landwirtschaft. Kommunen und Gemeinschaften, die sich als gentechnikfreie Regionen ausweisen wollen, unterstützen wir, verpflichten uns in öffentlichen Einrichtungen auf gentechnikfreie Produkte und fördern die ökologische Pflanzen- und Tierzucht.

Bei der Bekämpfung innerbetrieblicher Tierseuchen setzen wir auf Resilienzmerkmale bei der Zucht, auf geringere Viehbesatzdichten und auf Impfstoffentwicklung. Außerdem nehmen wir die Tierseuchenkassen – auch bei den Kosten der Bekämpfung selbst – stärker in die Pflicht.

Tierschutz stärken

Wir wollen den Tierschutz in NRW stärken, denn Tiere sollen hier qualfrei und artgerecht leben. Außerdem führen wir das Verbandsklagerecht für staatlich anerkannte Tierschutzvereine wieder ein. Tierheime übernehmen wichtige Aufgaben für die öffentliche Hand. Dort leisten

365 wenige Haupt- und sehr viele engagierte Ehrenamtliche eine wichtige Arbeit. Der bauliche
366 Zustand dieser Tierheime ist aber oft nicht ausreichend. Daher wollen wir dafür sorgen, dass
367 unsere Tierheime gut ausgestattet und in einem guten baulichen Zustand sind. Auch sorgen wir
368 gemeinsam mit den Kommunen für eine verlässliche und angemessene Vergütung der Unterbringung
369 von Fund- und sichergestellten Tieren.

370 Konkrete Verbesserungen setzen wir dort an, wo Tierleid heute am größten ist: Tierbörsen und
371 Tierhandel kontrollieren wir strenger, auch länderübergreifend, um illegalen Handel zu
372 unterbinden. Insbesondere im Bereich von Qualzuchten und illegalem Welpenhandel greifen wir
373 härter durch. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass Katzen verpflichtend registriert und
374 Freigängerkatzen kastriert werden.

375 Tiere sind keine Requisiten. Tierleid darf nicht für Klicks und Reichweite inszeniert
376 werden. Auch in sozialen Medien und digitalen Unterhaltungsformaten muss ihr Wohl an erster
377 Stelle stehen. Deshalb wollen wir den kommerziellen Einsatz von Wildtieren für Social-Media-
378 Inhalte stärker in den Blick nehmen und dafür sensibilisieren, wenn solche Inhalte Tierleid
379 und nicht artgerechte Haltung verharmlosen.

380 Auf großen Schlachthöfen verbessern wir die Kontrolle des Tierschutzes durch
381 Videoaufzeichnung in sensiblen Bereichen. Wir bauen außerdem bürokratische Hürden für mobile
382 und hofnahe Schlachtung ab, um Tieren lange Transportwege zu ersparen, und treiben die
383 Forschung zu alternativen Betäubungsmethoden voran. Wir sorgen dafür, dass Tiere in Ställen
384 und auf Weiden wirksam vor Hitze und Bränden geschützt werden, und entwickeln die
385 Anforderungen an Hitze- und Brandschutz entsprechend weiter. Die allgemeine Genehmigung der
386 Anbindehaltung von Rindern in kleinen Öko-Betrieben haben wir bereits beendet. Nun wollen
387 wir den Ausstieg insgesamt vorantreiben und mit unbürokratischer Beratung und fairen
388 Übergangsfristen den Umbau zu modernen, tiergerechten Haltungsformen ermöglichen. Betriebe
389 lassen wir dabei nicht allein.

390 Auch außerhalb der Landwirtschaft setzen wir klare Grenzen: Tierversuche wollen wir
391 reduzieren und, wo Versuche unvermeidbar bleiben, setzen wir auf gestärkten Tierschutz und
392 Förderung von Methoden gegen überzählige Versuchstiere. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür
393 ein, Tiere, deren artgerechte Haltung in reisenden Zirkusbetrieben nicht gewährleistet
394 werden kann, nicht länger in Zirkussen zuzulassen. Bei der Weiterentwicklung unserer Zoos
395 stärken wir ihre Aufgaben in Artenschutz, Erhaltungszucht, Forschung und Umweltbildung.
396 Immer mehr Kommunen schützen nachtaktive Wildtiere wie Igel mit einem Nachtfahrverbot für
397 Mähroboter, daher fordern wir den Bund auf, dafür einheitliche Regeln aufzustellen.

398 Wald, Jagd und Fischerei

399 Mehr als ein Viertel NRWs ist von Wald bedeckt. Unsere Wälder sind Lebensraum für unzählige
400 Arten, speichern Kohlenstoff und Wasser, kühlen ihre Umgebung, bieten Erholung und liefern
401 mit Holz einen wichtigen nachwachsenden Rohstoff. Wir wollen sie so bewirtschaften und
402 schützen, dass sie all diese Funktionen auch in Zeiten der Klimakrise erfüllen können. Den
403 Landesbetrieb Wald und Holz richten wir konsequent auf seine hoheitlichen Aufgaben, den
404 Naturschutz sowie die nachhaltige Produktion von Holz und Energie und ebenso auf Beratung,
405 Waldschutz und die Begleitung des klimaresilienten Waldbaus aus. Mit dem durch uns neu
406 gegründeten Institut für Waldökosystemforschung stärken wir Forschung und Wissenstransfer
407 für klimaresiliente Wälder und sorgen dafür, dass neue Erkenntnisse schnell bei
408 Waldbesitzer*innen und in der forstlichen Praxis ankommen. Gemeinschaftliche
409 Waldbewirtschaftung und Kooperationen von Klein- und Kleinstwaldbesitzer*innen unterstützen
410 wir dort, wo sie eine nachhaltige und klimaresiliente Bewirtschaftung erleichtern.

411 In einer von Menschen dominierten Natur benötigen wir, um das Gleichgewicht von Flora und
412 Fauna sicherzustellen, oft auch Bejagung. Der überwiegende Teil der Jäger*innen in NRW
413 betreibt diese wichtige Aufgabe ehrenamtlich. Gerade bei Wildunfällen leisten sie schnelle
414 und verantwortungsvolle Hilfe und tragen damit wesentlich zum Tierwohl und zur
415 Verkehrssicherheit bei. Daneben muss die Jagd auch dazu beitragen, dass sich unsere Wälder
416 natürlich und klimaresilient entwickeln können. Deshalb entwickeln wir Verbissgutachten und
417 Schonzeiten auf wissenschaftlicher Grundlage weiter. Der Wolf gehört wieder zur
418 Artenvielfalt in NRW. Wir sichern seinen Schutz und schaffen zugleich klare, rechtssichere
419 Regeln für den Umgang mit auffälligen Tieren und Konfliktfällen, die insbesondere
420 Weidetierhalter*innen Sicherheit geben. Bei der Jagd stärken wir den Tierschutz: Die
421 Ausbildung von Jagdhunden in Schlieffenanlagen mit lebenden Füchsen sowie die Baujagd
422 verbieten wir.

423 Auch die Fischerei entwickeln wir natur- und tierschutzgerecht weiter. Wir modernisieren die
424 Ausbildung und schaffen die Voraussetzung für die bundesweite gegenseitige Anerkennung der
425 Fischereischeine mit einem verpflichtenden Praxistag. Wir überarbeiten die Regelungen zum
426 Angeln in Naturschutzgebieten, sodass statt pauschaler Verbote passgenaue Regelungen im
427 Sinne des Schutzzweckes geschaffen werden.

428 Für gute Ernährung

429 Wir wollen, dass in NRW vielfältige, gesunde und nachhaltig produzierte Lebensmittel
430 gegessen werden. Wir entwickeln deshalb eine Lebensmittelversorgungsstrategie für NRW, mit
431 der wir unsere Versorgung resilienter machen, regionale Lieferketten, nachhaltige, regionale
432 und gesunde Gemeinschaftsverpflegung in Kitas, Schulen und Kantinen und zugleich unsere
433 heimische Landwirtschaft stärken. Ernährungsarmut bekämpfen wir mit einem ausgebauten Kita-
434 und Schulkantinenprogramm nach DGE-Standards und einem bezahlbaren, gesunden Mittagessen,
435 das nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Auch für ältere Menschen setzen wir uns für
436 gute Verpflegung in Altersheimen und bei „Essen auf Rädern“ ein.

437 Wir wollen die regionale Wertschöpfung stärken, indem wir Erzeuger*innen,
438 Lebensmittelhandwerk, Handel und Gemeinschaftsverpflegung besser miteinander vernetzen und
439 regionale Vermarktungs- und Logistikstrukturen weiterentwickeln. Bei der öffentlichen
440 Beschaffung nutzen wir Spielräume, um Nachhaltigkeit, ökologische Erzeugung und kurze
441 Lieferketten stärker zu berücksichtigen.

442 Bei der Fleischerzeugung sorgen wir für wirksame und verlässliche Kontrollen.
443 Lebensmittelverschwendung wollen wir weiter reduzieren und Ernährungsbildung sowie das
444 Wissen über die Erzeugung unserer Lebensmittel stärken. Mit Kampagnen gegen
445 Lebensmittelverschwendung, Kochkursen in Schulen und Bauernhofpädagogik stärken wir die
446 Wertschätzung für gute Lebensmittel von klein auf, unterstützt durch die Vernetzungsstellen
447 der Verbraucherzentrale NRW.

448 Verbraucher*innen schützen

449 Verbraucher*innen müssen sich darauf verlassen können, beim Einkaufen, bei Verträgen und bei
450 digitalen Angeboten fair behandelt zu werden. Gerade gegenüber großen Unternehmen benötigen
451 wir starke Verbraucherrechte und die Möglichkeit, diese auch tatsächlich durchzusetzen. In
452 den vergangenen Jahren haben wir den Verbraucherschutz in NRW gestärkt und sind gegen
453 unfaire Geschäftspraktiken und den Missbrauch von Marktmacht vorgegangen. Diesen Weg gehen
454 wir konsequent weiter. Dazu gehören unabhängige Beratung, verständliche Informationen und
455 Unterstützung bei der Durchsetzung der eigenen Rechte. Auch Finanzbildung gehört für uns
456 dazu: Wir bauen entsprechende Angebote für Menschen jeden Alters aus und verzahnen sie
457 besser mit bestehenden Strukturen wie den Verbraucherzentralen, damit Menschen ihre eigenen

458 finanziellen Entscheidungen selbstbewusst treffen können. Ob Kleingedrucktes im
459 Kreditvertrag, versteckte Kosten beim Abo oder die Frage, wie man fürs Alter vorsorgt: Wer
460 die eigenen finanziellen Möglichkeiten kennt, gewinnt Entscheidungsfreiheit.

461 Wir setzen uns dafür ein, dass auch künftig alle Zugang zu den Angeboten der
462 Verbraucherzentrale NRW haben. Dafür unterstützen wir sie beim Ausbau digitaler
463 Beratungsangebote, ertüchtigen und erweitern nötigenfalls das Netz der Beratungsstellen und
464 sichern dessen Finanzierung langfristig.

WP-03 Ein Land der Chancen

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Text

Wir wollen ein Bildungssystem, in dem jedes Kind eine echte Chance bekommt. Wir wollen, dass jedes Kind seine Fähigkeiten und Talente entfalten kann – von der Kita bis zur Ausbildung, vom Klassenzimmer bis zum Hörsaal. Im Mittelpunkt stehen für uns die Menschen mit ihren unterschiedlichen Stärken und Bedürfnissen und ihrem Recht auf gute Bildung und lebenslanges Lernen.

Unsere Bildungspolitik setzt dort an, wo Menschen sie am dringendsten brauchen. Wo Kitas und Schulen an ihre Grenzen kommen, weil Personal fehlt oder Gebäude marode sind, investieren wir gezielt und schaffen bessere Bedingungen. Wo starre Vorgaben gutem Unterricht im Weg stehen, schaffen wir mehr Spielraum für die, die jeden Tag vor Ort arbeiten.

Bildungserfolg darf nicht vom Elternhaus abhängen. Dazu gehört eine frühkindliche Bildung, die bereits vor dem ersten Schultag ansetzt, damit kein Kind zurückbleibt, bevor es überhaupt eine Chance hatte. Dazu gehören Schulen, an denen niemand ausgeschlossen wird – unabhängig von Herkunft, Behinderung oder sozialer Lage. Und dazu gehören Ausbildung und Studium, die allen offenstehen, nicht nur denen, die es sich leisten können.

Gegenüber Diskriminierung, Rassismus und Queerfeindlichkeit im Bildungsalltag positionieren wir uns klar: Jeder junge Mensch soll sich in Kita, Schule, Ausbildung oder Hochschule sicher fühlen. Sie alle gehören zu NRW. Wo Hass und Ausgrenzung Lernorte bedrohen, stehen wir an der Seite der Betroffenen und handeln konsequent.

Uns geht es um ein Bildungssystem, das Familien im Alltag entlastet, den digitalen Wandel begleitet und Talente unabhängig von ihrer Herkunft fördert; ein System, das Chancen eröffnet, Vielfalt lebt und Zukunft ermöglicht. Diese Überzeugung treibt unsere Arbeit seit fast fünf Jahren an: Wir haben Investitionen in Kitas, Schulen und Ausbildung priorisiert und überfällige Reformen angestoßen. Noch nie hat das Land so viel Geld für Bildung ausgegeben wie jetzt unter einer schwarz-grünen Regierung. Darauf bauen wir auf: für jedes Kind und jeden jungen Menschen in diesem Land, chancengerecht statt vom Zufall abhängig, mit dem klaren Ziel, dass nicht Herkunft über den Bildungserfolg entscheidet, sondern Fähigkeiten, Talente und eigene Ziele.

Wir stärken frühkindliche Bildung von Klein an

Für einen guten Bildungsstart

Wir wollen die besten Bildungschancen für alle Kinder. Wir wollen, dass jedes Kind gut aufwachsen und sich entfalten kann. Jedes Kind soll mit den besten Voraussetzungen ins Leben starten. Bildungsgerechtigkeit entscheidet sich vor dem ersten Schultag. Hier setzen wir an. Frühkindliche Bildung muss sich konsequent am Kind orientieren. Wir haben die Kindertagesbetreuung in NRW in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut. Die Zahl der Kita-Plätze ist gestiegen, gleichzeitig ist auch die Zahl der pädagogischen Fachkräfte deutlich angewachsen. Und wir investieren Rekordsummen in die frühkindliche Bildung: im Haushaltsjahr 2027 stehen 6,5 Milliarden Euro für Kitas und Kindertagespflege bereit – rund 2,1 Milliarden Euro mehr als noch im Jahr 2022.

39 Mit der Weiterentwicklung des Kinderbildungsgesetzes haben wir bereits bewusst die
40 Sprachbildung in den Fokus gerückt und auch finanziell gestärkt. Denn Sprache ist der
41 Schlüssel zu Teilhabe und Selbstbestimmung. Wir setzen auf eine kontinuierliche,
42 alltagsintegrierte Sprachbildung in den Kitas, die Entwicklungsstände früh erkennt,
43 dokumentiert und begleitet. Die Dokumentation der Sprachstandsentwicklung soll digital
44 erfolgen, auch zur Arbeitserleichterung der Fachkräfte. Den Übergang von der Kita in die
45 Grundschule wollen wir weiter stärken.

46 Ein regelmäßiger Kita-Besuch verbessert die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern
47 erheblich. Wir bauen deshalb mögliche Hürden ab, die einem verlässlichen mehrjährigen Kita-
48 Besuch heute noch im Weg stehen und gehen niedrigschwellig auf Eltern zu, um sie von den
49 Chancen des Kita-Besuchs zu überzeugen. Es ist unser Ziel, dass jedes Kind mindestens im
50 letzten Jahr vor der Einschulung eine Kita besucht. Deshalb wollen wir das letzte Kita-Jahr
51 verbindlich gestalten.

52 Kein Kind soll hungrig in der ersten Schulstunde oder im Morgenkreis der Kita sitzen.
53 Deswegen arbeiten wir mit Angeboten daran, dass das der Vergangenheit angehört.

54 Wo die Startbedingungen am schwierigsten sind, muss der Staat am stärksten unterstützen.
55 Dafür haben wir den Kita-Sozialindex entwickelt, denn wir wollen unsere Ressourcen gezielt
56 dort einsetzen, wo das Geld am meisten gebraucht wird und die Herausforderungen am größten
57 sind. Deshalb setzen wir mit dem Ausbau der Chancen-Kitas genau dort an, wo Kinder die
58 Unterstützung am dringendsten brauchen – durch aufsuchende Sozialarbeit und gezielte
59 Sprachförderung.

60 Kitas müssen verlässlich sein. Wenn Betreuungszeiten kurzfristig ausfallen oder reduziert
61 werden, bringt das den Alltag von Familien durcheinander und stellt insbesondere
62 berufstätige Eltern vor große Probleme. Gute frühkindliche Bildung, gute Arbeitsbedingungen
63 für die Beschäftigten in Kitas und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehören für uns
64 zusammen. Daher benötigen wir neben den Kitas auch in Zukunft die Kindertagespflege als eine
65 tragende Säule der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Wir wollen Kitas so aufstellen,
66 dass Familien sich auf ihre Betreuung verlassen können und Kinder verlässliche Strukturen
67 erleben.

68 Für eine weiterhin hohe Qualität in den Kitas brauchen wir mehr Fachkräfte. Dem
69 Fachkräftemangel im Elementarbereich begegnen wir deshalb mit neuen Wegen in den Beruf:
70 Kinderpfleger*innen sollen sich berufsbegleitend zur Erzieher*in qualifizieren können, ohne
71 noch einmal eine komplette Ausbildung durchlaufen zu müssen. Wir bauen praxisintegrierte
72 Ausbildungsplätze weiter aus und erleichtern die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, denn
73 der Einsatz von guten Erzieher*innen darf nicht an Bürokratie scheitern. Auch die
74 Fachkräfteoffensive wollen wir weiterführen und ausbauen.

75 Weil gute Kitas eine zuverlässige Finanzierungsgrundlage brauchen, bauen wir das aktuelle
76 Finanzierungssystem um. Die Umsetzung der Kita-Formel für ein neues, bürokratiearmes und
77 bedarfsgerechteres System wollen wir vorantreiben und insbesondere das Kind und seine
78 Bedarfe in den Fokus nehmen. Finanzielle Spielräume, die sich durch den Bürokratieabbau und
79 durch sinkende Kinderzahlen ergeben, wollen wir für die Stärkung der Qualität der
80 frühkindlichen Bildung einsetzen. Damit Inklusion gelingen kann, müssen die finanziellen und
81 personellen Ressourcen bereitgestellt werden. Für uns gilt: Gute Chancen beginnen in der
82 Kita. Wir wollen, dass jedes Kind von Anfang an die besten Voraussetzungen für seinen
83 weiteren Weg bekommt.

84 Medienbildung von Anfang an

85 Medienbildung gehört für uns von Anfang an dazu. Dazu wollen wir insbesondere die Eltern
86 sensibilisieren. Weil digitale Medien den Familienalltag schon in den ersten Lebensjahren
87 prägen, verankern wir Medienkompetenz als festen Baustein der Frühen Hilfen: Wir
88 qualifizieren Fachkräfte, bauen niedrigschwellige Beratung aus und unterstützen Eltern
89 dabei, ihre Kinder von Anfang an sicher durch die digitale Welt zu begleiten.

90 Digitalisierung soll zugleich die Arbeit in unseren Kitas einfacher machen. Digitale
91 Anwendungen können Fachkräfte bei Dokumentation, Organisation und Verwaltung entlasten und
92 so mehr Zeit für die Arbeit mit den Kindern schaffen. Dafür wollen wir die digitale
93 Ausstattung der Kitas verbessern und auch Bundesmittel für die Finanzierung notwendiger
94 Endgeräte nutzen.

95 Wir geben Kindern, Jugendlichen und Familien Rückhalt

96 Familien im Alltag begleiten

97 Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Familien sind
98 so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Familien geben Halt, sind Ort von Fürsorge, Erziehung
99 und Pflege und sind damit von unverzichtbarem gesellschaftlichen Wert, der weit über das
100 Private hinausreicht. Deshalb ist es unsere Aufgabe, allen Familienformen echte
101 Wahlfreiheit, Anerkennung und verlässliche Unterstützung zu ermöglichen.

102 Eltern sind die ersten Bildungsbegleiter ihrer Kinder. Familien bewegen heute viele Fragen
103 und Herausforderungen und der Beratungsbedarf wächst. Deshalb stärken wir die
104 Familienbildung als wichtigen Teil der Bildungskette und unterstützen Familien frühzeitig
105 und niedrigschwellig in ihrer Erziehungs- und Bildungskompetenz. Familienzentren sind
106 hierfür gute Orte des Austauschs und der Beratung. Ihr Angebot in NRW wurde stetig
107 erweitert. Diese Struktur muss nun weiter verbessert werden. Deshalb bündeln wir bestehende
108 Angebote gezielt und verzahnen Familienbildung, -pflege und -beratung besser miteinander.
109 Dabei schauen wir besonders dorthin, wo der Bedarf am größten ist. Dort bauen wir die
110 Angebote gezielt aus und erleichtern Familien den Zugang, mitgestaltet von Kindern,
111 Jugendlichen und Eltern selbst.

112 Teilhabe ermöglichen: Mit der Kidz-/YouthCard

113 Jedes fünfte Kind in NRW wächst in Armut auf. Das ist eine gesamtgesellschaftliche
114 Herausforderung mit direkten Folgen für Bildungschancen und das spätere Leben.
115 Bildungsgerechtigkeit hängt nicht nur von guter Kita und Schule ab, sondern auch davon, ob
116 sich Familien Sportverein, Musikschule, Mittagessen, Nachhilfe oder die Klassenfahrt leisten
117 können. Wir setzen uns für eine landesweit einheitliche Kidz-/YouthCard ein, die Kindern und
118 Jugendlichen unkompliziert Zugang zu Teilhabe verschafft. Die Finanzierung der Karte soll an
119 die Bundesmittel für Bildung und Teilhabe gekoppelt werden, um diese besser auszuschöpfen.
120 Darüber hinaus sollen sowohl das Land als auch die Kommunen eigene Angebote ergänzen können
121 – etwa kostenlosen Nahverkehr, freien Eintritt in Museen oder weitere Vergünstigungen vor
122 Ort.

123 Kinderschutz, der wirkt

124 Kinder brauchen unseren Schutz, denn sie sind besonders verletzlich und überdurchschnittlich
125 von Gewalt betroffen. NRW nimmt eine Vorreiterrolle bundesweit im Kinderschutz ein – diese
126 wollen wir weiter ausbauen. Unser Ziel ist es, Kinderrechte im Alltag von Familien, Schulen,
127 Kitas, Vereinen und der Kinder- und Jugendhilfe sichtbar zu machen und ihre Umsetzung zu
128 stärken.

129 Wir entwickeln verbindliche Qualitätsstandards für Kinderschutzkonzepte, die wir gemeinsam
130 mit Kindern, Jugendlichen und Eltern erarbeiten. Wir konkretisieren das bewährte
131 Qualitätsentwicklungsverfahren der Jugendämter durch einen klaren Kriterienkatalog.
132 Jugendämter und freie Träger stärken wir mit einer Qualitätsoffensive aus Fortbildung,
133 Supervision und Vernetzung. Kinderschutzhäuser für kindgerechte, belastungsarme Vernehmungen
134 bauen wir aus, indem wir bestehende Kinderschutzambulanzen weiterentwickeln. In jedem
135 Regierungsbezirk soll mindestens eine Kinderschutzambulanz zur Verfügung stehen. Wir legen
136 ein Programm auf, das Kinderschutzfachkräfte, gerade bei kleineren Trägern, qualifiziert und
137 vernetzt. Auch bei kommerziellen Anbietern wollen wir den Kinderschutz stärken. Und weil ein
138 großer Teil des Kinderalltags in Schulen stattfindet, müssen Kinderschutz und
139 Gewaltprävention fest in der Schulentwicklung verankert werden.

140 Wenn Kinder oder Familien in Konflikt mit der Jugendhilfe geraten, brauchen sie unabhängige
141 Ansprechstellen. Wir legen landesweit verbindliche Mindeststandards für Ombudsstellen fest:
142 unabhängig, barrierefrei, mehrsprachig und flächendeckend erreichbar. Für uns steht fest:
143 Hilfe in Notsituationen für Kinder und Familien darf nie an der Finanzkraft einer Kommune
144 scheitern. Doch zugleich können aufwendige, individualpädagogische Hilfen kleinere
145 Jugendämter finanziell überfordern. Wir suchen daher gemeinsam mit den Kommunen nach
146 tragfähigen Lösungen.

147 Mit der unabhängigen Beauftragten für Kinderschutz und Kinderrechte ist in NRW eine wichtige
148 neue Struktur geschaffen worden. Wir wollen diese Stelle zu einer starken und sichtbaren
149 Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln. Dafür benötigen wir ausreichende
150 personelle und finanzielle Ressourcen und eine enge Verzahnung mit den kommunalen
151 Kinderschutznetzwerken.

152 Bei Verdacht auf Gewalt gegen Kinder leiten wir einen Paradigmenwechsel ein und verzahnen
153 familiengerichtliche und strafrechtliche Verfahren konsequent. Durch die Bündelung
154 richterlicher Zuständigkeiten und die enge Vernetzung von Gerichten, Polizei, Jugendämtern
155 sowie Hilfsangeboten beschleunigen wir Verfahren, verhindern Re-Traumatisierungen und
156 ersparen Kindern belastende Mehrfachvernehmungen. Kinder und Jugendliche müssen in
157 Verfahren, die sie betreffen, tatsächlich Gehör finden.

158 Erwachsenen Personen, die in ihrer Kindheit oder Jugend Opfer von sexualisierter Gewalt in
159 Institutionen oder auch in der Familie geworden sind, wollen wir eine Stimme geben. Zurecht
160 fordern sie ein Recht auf Aufarbeitung ein. Die Ergebnisse der Kommission für die
161 Aufarbeitung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche nehmen wir daher sehr ernst
162 und wollen die Umsetzung der Forderungen sorgfältig prüfen und angehen.

163 Besondere Lebenslagen begleiten

164 Manche Kinder und Jugendliche brauchen einen zweiten Blick. Pflegefamilien geben ihnen
165 Sicherheit und ein familiäres Zuhause. Wir entwickeln das Konzept der Westfälischen
166 Pflegefamilie zum Modell „Nordrhein-Westfälische Pflegefamilie“ weiter, mit einheitlichen
167 Qualitätsstandards, verbindlicher Fortbildung und einer landesweiten Hotline, die
168 Pflegefamilien in Krisen schnell und unbürokratisch berät und unterstützt. Jugendliche, die
169 aus der Jugendhilfe herauswachsen, dürfen danach nicht allein gelassen werden: Wir bauen
170 verlässliche kommunale Netzwerke auf, die sie beim Übergang in Ausbildung, Studium, Beruf
171 und eigenes Wohnen langfristig begleiten.

172 Mädchen sollen frei, sicher und selbstbestimmt aufwachsen und ihren eigenen Weg gehen
173 können. Deshalb stärken wir ihre Chancen in Bildung, Gesundheit, Sport und Beruf, schützen
174 sie vor geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung und machen vielfältige weibliche
175 Vorbilder sichtbarer.

176 Auch Jungen brauchen Unterstützung dabei, sich frei von starren Rollenbildern und
177 problematischen Vorbildern in sozialen Medien zu entwickeln und einen guten Umgang mit
178 Konflikten und Gewalt zu lernen. Wir treten für ein positives, verantwortungsvolles
179 Rollenbild von Jungen und männlichen Vorbildern ein. Deshalb stärken wir
180 geschlechterreflektierte Jungenarbeit gezielt mit präventiven Angeboten und qualifizierten
181 Fachkräften.

182 Jugendarbeit stärken

183 Gute Jugendarbeit erreicht junge Menschen dort, wo sie sind, und nimmt ihre Lebensrealität
184 ernst – von Sorgen um Armut, Ausbildung und Familie bis zu Krieg und Klimawandel. Der
185 Kinder- und Jugendförderplan NRW ist das wichtigste und zentrale Förderinstrument des
186 Landes, um Kinder und Jugendliche zu unterstützen und ihre Teilhabe zu stärken. Daher werden
187 wir die Dynamisierung fortsetzen und Kinder und Jugendliche selbst bei der Erarbeitung der
188 Schwerpunkte des nächsten Kinder- und Jugendförderplans einbeziehen.

189 Mit einem Landesprogramm „Digital Streetwork – Jugend NRW“ bringen wir aufsuchende
190 Sozialarbeit ins Netz, also dorthin, wo viele Jugendliche einen Großteil ihrer Zeit
191 verbringen und schützen sie so früher vor mentalen Krisen und Radikalisierung. Jugendarbeit
192 für geflüchtete Kinder und Jugendliche verankern wir dauerhaft im Kinder- und
193 Jugendförderplan, statt sie von Projekt zu Projekt zu finanzieren. Zugleich richten wir die
194 Jugendarbeit stärker auf die Herausforderungen aus, die junge Menschen heute beschäftigen –
195 von psychischer Gesundheit, Rollenbildern und unterschiedlichen individuellen Bedürfnissen
196 bis zu einem respektvollen, demokratischen und sicheren Miteinander, online wie offline.

197 Freiwilligendienstleistende sollen vom Land ein kostenfreies Deutschlandticket als
198 Anerkennung erhalten.

199 Im ländlichen Raum bauen wir zielgruppenspezifische Angebote, wie Mädchen- und Jungenarbeit,
200 queere und antirassistische Jugendarbeit, gezielt aus, damit gute Jugendarbeit keine Frage
201 des Wohnorts bleibt.

202 Junge Menschen brauchen Orte, die ihnen gehören und in denen sie sich wohlfühlen. Wir
203 schaffen Anreize, bestehende Jugendräume zu modernisieren und neue Treffpunkte zu schaffen.
204 Junge Menschen sollen dabei beteiligt werden, Spiel- und Bolzplätze, Skate-, Calisthenic-
205 und Dirlparks so zu gestalten, dass sie wirklich zu ihren Bedürfnissen passen.

206 Medienkompetenz stärken, digitale Räume schützen

207 Die Sozialen Medien sind für junge Menschen Orte der Kommunikation, Information und
208 Teilhabe. Es sind aber auch Orte, an denen sie Hass, digitaler Gewalt, Cybergrooming und
209 gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind. Kinder und Jugendliche müssen befähigt werden,
210 Desinformation, Hass und manipulative Algorithmen zu erkennen und einzuordnen. Das gilt
211 besonders für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz, denn Schüler*innen und Lehrer*innen
212 müssen frühzeitig Chancen und Grenzen von KI kennenlernen. Wir bauen Medienkompetenz und
213 Medienbildung für Kinder, Jugendliche, Eltern und pädagogisches Personal weiter konsequent
214 aus. Dabei bauen wir auf erfolgreichen Angeboten in NRW auf: Angebote wie das „Internet-ABC“
215 und die „Mediencouts NRW“ vermitteln Kindern und Jugendlichen Wissen und Kompetenzen für
216 einen sicheren, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit digitalen Medien. Wir wollen
217 solche Angebote stärken und weiter in die Fläche bringen. Gleichzeitig stärken wir mit
218 Angeboten wie „Eltern und Medien“ die Zusammenarbeit von Kitas, Schulen und Eltern, denn
219 gute Medienbildung gelingt am besten gemeinsam.

220 Gleichzeitig reicht Bildung allein nicht: Suchtverstärkende Algorithmen, zielgenaues
221 Targeting und gesundheitsgefährdende Inhalte treffen Kinder und Jugendliche besonders hart.

222 Wir setzen uns deshalb für eine verbindliche Altersgrenze von 13 Jahren für Social-Media-
223 Plattformen ein. Für 13- bis 15-Jährige sollen nur Plattformen zugänglich sein, die den
224 Jugendschutzanforderungen des Digitale-Dienste-Gesetzes (Digital Services Act) entsprechen.
225 Dafür nehmen wir die Plattformen in die Verantwortung. Die Altersprüfung muss
226 datenschutzkonform erfolgen, ohne biometrische Daten. So verbinden wir Schutz und digitale
227 Teilhabe, statt Verantwortung allein auf junge Menschen und ihre Eltern abzuwälzen. Kinder
228 und Jugendliche beziehen wir in die Weiterentwicklung des Jugendmedienschutzes ein und
229 setzen die Handlungsempfehlungen der Unabhängigen Expertenkommission „Kinder- und
230 Jugendschutz in der digitalen Welt“ für NRW konsequent um.

231 Wir machen Schulen und Ausbildung zukunftsfest

232 Für eine neue Schulfreiheit

233 Wir wollen Schulen, in denen Kinder eigenständig und verantwortungsvoll lernen können. Zu
234 oft erstickt ihr Schulalltag in starren Regeln für Lehrpläne, Organisation und Personal. Wir
235 finden: Lehrkräfte sollten bei ihrer pädagogischen Arbeit viel mehr Freiheit haben –
236 getragen von Vertrauen, gemeinsamen Werten, Teilhabe und der Orientierung am Wohl der
237 Kinder. Schulen sollen ihren eigenen Weg gestalten und Profile entwickeln, die zu ihren
238 Schüler*innen, ihren Teams und ihrem Umfeld passen. Vertrauen bildet dabei die Grundlage der
239 Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulträgern, Schulaufsicht, Eltern, Schüler*innen und
240 Politik. Schulen sollen Neues erproben, aus Erfahrungen lernen und Konzepte verändern
241 dürfen, wenn sie sich im Alltag nicht bewähren. Eine Vielfalt von Schulkonzepten erleben wir
242 als Stärke, die wir sichtbar machen wollen.

243 Bildung soll sich am Kind orientieren: Ganzheitliches Lernen heißt für uns, Leistung und
244 Persönlichkeit zusammenzudenken, mit weniger Bürokratie und mehr Wirkung. Wir wollen das
245 Schulsystem mit seinen Bildungsgängen übersichtlicher gestalten und die Durchlässigkeit
246 zwischen ihnen verbessern. Die Strukturen im Schulsystem verschlanken wir dort, wo es
247 pädagogisch sinnvoll ist.

248 Einzelschulen erhalten mehr Verantwortung für ihr eigenes Budget. Dazu gehört auch, dass
249 Grundschulen mit hohem Sozialindex die Schulzeit flexibel auf fünf statt vier Jahre
250 verteilen können, wenn das dem Lerntempo der Kinder entspricht. Jugendliche, deren Abschluss
251 gefährdet ist, fangen wir auf durch feste Kooperationsklassen zwischen Schule und Betrieb,
252 mit eigens dafür bereitgestellter Begleitung. Schulleitungen erhalten gezielte Fortbildung
253 in Organisationsentwicklung.

254 Wie Schulentwicklungsplanung und Schulfinanzierung künftig zwischen Land und Kommunen
255 verteilt werden, wollen wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden neu verabreden.

256 Das System zur Steuerung von Schulen ist derzeit sehr kompliziert und wenig effizient. Das
257 erschwert es, Schüler*innen gezielt zu unterstützen. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit
258 von Schulen, Schulträgern, Schulaufsicht und Land neu ordnen und Abläufe vereinfachen.

259 Schulen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, gemeinsam mit den Kommunen passende Lösungen für
260 ihre Lernorte in der Region zu entwickeln. Dabei geben wir den einzelnen Schulen mehr
261 Entscheidungsspielraum. So wird Verantwortung stärker vor Ort verankert und Bildungsangebote
262 können besser auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schüler*innen zugeschnitten werden.

263 Lernen, das ins 21. Jahrhundert passt

264 Wir setzen die erfolgreiche Förderung von Einrichtungen der Bildung für nachhaltige
265 Entwicklung und Umweltbildungseinrichtungen weiter fort und ermöglichen Naturerlebnisse für
266 jedes Kind. In den vergangenen fünf Jahren haben wir das Netzwerk geförderter Einrichtungen

267 im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung und Umweltbildung in NRW massiv ausgebaut;
268 dieses Engagement setzen wir fort und stärken dafür auch die regionalen BNE-Zentren
269 strukturell und finanziell weiter. Konkret wollen wir einen Exkursionstag in jedem Kita- und
270 Schuljahr verankern, ergänzt um jährliche Aktionen an Schulen und Kitas selbst. Etwa dort,
271 wo Außenanlagen im Rahmen der Landesförderprogramme „Coole Schulhöfe“ und „Grüne Kitas“
272 naturnah und unter Beteiligung der Kinder umgestaltet werden.

273 Schule darf nicht bei vorgegebenen Lehrplänen stehen bleiben. Wir setzen auf
274 Gestaltungskompetenzen und auf Projektlernen über Fachgrenzen hinaus. Schulen erhalten
275 regelmäßig Zeit im Stundenplan, um sich fächer- und jahrgangsübergreifend mit aktuellen
276 Themen zu beschäftigen. Wir stimmen Unterricht und den offenen Ganztag besser aufeinander ab
277 und schaffen so einen kindgerechten Tagesablauf mit klarem Rhythmus für Lernen, Spielen und
278 Erholen.

279 Wir machen Schluss mit der Unübersichtlichkeit aus rund 130 Lehrplänen in NRW: wir ersetzen
280 schulformbezogene durch schulstufenbezogene Fachlehrpläne auf Grundlage eines
281 Rahmenlehrplans, wie es andere Bundesländer bereits vormachen. So lernen alle Schüler*innen
282 in einer Altersstufe dieselben Themen, flexibel angepasst an ihr persönliches
283 Leistungsniveau. Das schafft Transparenz, ermöglicht durchlässigere Bildungswege,
284 individuelle Förderung unabhängig von der Schulform und reduziert zugleich Bürokratie und
285 den Aufwand der Schulaufsicht. So erleben Kinder und Jugendliche eine durchgängige,
286 Bildungsbiografie ohne Brüche.

287 Damit trotzdem niemand durchs Raster fällt, legen wir landesweit verbindliche
288 Mindeststandards und darauf aufbauende Kernlehrpläne fest. Sie müssen am Ende der
289 Primarstufe und der Sekundarstufe I erreicht sein, überprüft durch regelmäßige Tests und
290 Monitoring, verantwortet von den einzelnen Schulen gemeinsam mit der Schulaufsicht. In der
291 Sekundarstufe I ermöglichen wir individualisierte Formen von Klassenarbeiten und mündlichen
292 Prüfungen.

293 Wir stärken den Stellenwert von Politik, Sozialwissenschaften und Gesellschaft im Unterricht
294 wieder deutlich, damit junge Menschen unsere Demokratie aktiv mitgestalten können.

295 Gute Schule braucht gutes Personal

296 Unsere Schulen in NRW kämpfen weiter mit Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall. Wir wollen
297 dagegen vorgehen, mit Entbürokratisierung und mit Maßnahmen, die den Lehrberuf attraktiv
298 halten und neues Personal gewinnen.

299 Gute Schule braucht starke Teams und weiß selbst am besten, welches Personal und welche
300 Mittel sie dafür braucht. Schulen sollen flexibel und eigenständig entscheiden können, wie
301 sie Personal- und Sachmittel einsetzen. Dabei orientieren wir uns an den Freiräumen, die
302 Ersatzschulen schon heute nutzen. Auf Grundlage eines schulbezogenen Stellenplans verwalten
303 Schulen künftig auch multiprofessionelle Personalstellen (u.a. Schulsozialarbeiter*innen,
304 Schulpsycholog*innen, Verwaltungsstellen in IT und Administration) selbst, damit Schulen ihr
305 Personal unkompliziert entsprechend ihrer akuten Bedarfe einsetzen können. Jede Schule kann
306 sich so selbst das Team bauen, das sie wirklich braucht. Wir entlasten das pädagogische
307 Personal gezielt von Verwaltungsaufgaben, damit mehr Zeit für das Lehren bleibt. Fach-,
308 Werkstatt- und technische Lehrkräfte sollen eingestellt werden können. Schulsozialarbeit
309 wird mit verbindlichen Standards fester Bestandteil von Schule, mit engerem Austausch
310 zwischen Jugendhilfe und Schule.

311 Wir schaffen gezielte Angebote für Gesundheitsförderung und Prävention gegen Überlastung von
312 Lehrkräften.

313 Für den Seiten- und Quereinstieg in den Lehrberuf möchten wir weiter Hürden abbauen,
314 ebenfalls bei der Anerkennung von ausländischen Studienabschlüssen und Berufserfahrung.

315 Lehrkräfte verstehen wir dabei als Begleiter*innen individueller Lernwege. Kinder und
316 Jugendliche können ihr Lernen aktiv mitgestalten und eigene Stärken entdecken. Fort- und
317 Weiterbildung gestalten wir gemeinsam mit den Hochschulen neu und verbindlicher: mit
318 verpflichtenden Fortbildungen zur wachsenden Heterogenität der Klassen und zum Umgang mit
319 Inklusion und Einwanderungsgesellschaft, zu Vielfalt, Bildung für nachhaltige Entwicklung
320 sowie mit ausgeweiteten Angeboten zu digitalen, auch KI-gestützten Lehr- und Lernformaten.
321 Die Lehramtsausbildung selbst öffnen wir für duale Elemente und Studiengänge.

322 Schulleitungen stärken wir konsequent durch mehr Leitungszeit, größere Autonomie in
323 Personal- und Unterrichtsentwicklung sowie kontinuierlicher Begleitung durch Coaching und
324 Supervision. Mit den Lehrer*innenverbänden gehen wir zudem die überfällige Neubewertung der
325 Lehrer*innenarbeitszeit an. Und wir reformieren das Referendariat mit dem Ziel eines fairen,
326 modernen Vorbereitungsdienstes: flexibel zwischen 18 und 30 Monaten, modular strukturiert
327 und an den individuellen Bedürfnissen der Lehramtsanwärter*innen orientiert.

328 Für einen guten und verlässlichen Ganzttag

329 Der Ganzttag ist und bleibt für uns der Schlüssel zu echter Chancengerechtigkeit und zur
330 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir halten an der Ausbauoffensive der Offenen
331 Ganzttagsschule (OGS) in NRW fest und schreiben sie fort. Klar ist: Der Rechtsanspruch allein
332 reicht nicht, solange Fachkräftemangel und angespannte Haushaltslage Tempo und Qualität
333 begrenzen. Deshalb setzen wir parallel auf neue Ausbildungswege wie die Sozialassistenten mit
334 Schwerpunkt Grundschulbetreuung und auf eine engere, gleichberechtigte Zusammenarbeit von
335 Schule und Jugendhilfe. Wir wollen landesweit verlässliche Qualitätsstandards für den
336 Ganzttag schaffen, damit gute Betreuung und Förderung nicht von der Finanzkraft der Kommune
337 oder den Bedingungen vor Ort abhängen. Gleichzeitig stärken wir die Beteiligung von Kindern
338 und Eltern sowie den Kinderschutz. Den gebundenen Ganzttag an Grund- und weiterführenden
339 Schulen bauen wir gekoppelt an den Sozialindex und somit den sozialen Herausforderungen in
340 den Nachbarschaften aus. Unser Ziel bleibt ein Ganzttag, der nicht nur verlässlich, sondern
341 auch in seiner Qualität allen Kindern und Beschäftigten gerecht wird.

342 Inklusion: Schule als Ort ohne Ausgrenzung

343 Jedes Kind soll genau die Unterstützung erhalten, die es für seinen eigenen Weg braucht,
344 unabhängig von Herkunft, familiärer Situation, Geschlecht, Sprache oder Behinderung. Bei
345 Behinderung ist die Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention die Leitlinie unserer
346 Bildungspolitik.

347 Individuelle Schulbegleitung bleibt für Kinder unverzichtbar, die ohne sie nicht am
348 Unterricht teilnehmen können. Bei dauerhaftem Bedarf wollen wir längerfristige Bewilligungen
349 ermöglichen, damit Familien nicht jährlich erneut Anträge stellen müssen. Zugleich
350 integrieren wir Schulbegleitung stärker in das multiprofessionelle Team der Schule, mit
351 verbindlich geregelter Qualifikation, pädagogischer Einbindung und fairen
352 Arbeitsbedingungen. Perspektivisch wollen wir pädagogische Klassenbegleitungen als festen
353 Bestandteil multiprofessioneller Teams etablieren. Pflegerische Tätigkeiten müssen fachlich
354 benannt, professionell eingeordnet und entsprechend vergütet werden.

355 Perspektivisch wollen wir jeder Klasse der Primar- und Sekundarstufe I eine pädagogische
356 Klassenbegleitung an die Seite stellen und eine feste, qualifizierte Ansprechperson für
357 Kinder, Lehrkräfte und Schulsozialarbeit. Über den Schulsozialindex erhalten Schulen mit
358 besonderem Bedarf zusätzliche Klassenbegleitungen. Multiprofessionelle Teams bauen wir
359 gezielt um Sonderpädagog*innen und weitere Professionen aus und verankern

360 Inklusionskoordinator*innen auf Schulleitungsebene. Landesweite Baustandards sorgen für
361 Barrierefreiheit und inklusionsfördernde Raumausstattung. Gemeinsam mit der Monitoring-
362 Stelle in NRW erstellen wir einen Aktionsplan Inklusion mit klaren Zielen und verbindlicher
363 Zeitachse. Individuelle Hilfen sollen wo nötig erhalten bleiben, integrieren sich aber
364 künftig in die strukturelle Verantwortung der Schule. Erstmals erarbeiten wir für NRW einen
365 Dyskalkulie- Erlass, um Leitlinien im Umgang mit Rechenschwäche zu geben.

366 So lernen Kinder gemeinsam in vielfältigen Gruppen, in denen Unterschiede selbstverständlich
367 dazugehören, und erfahren Schule als sicheren Ort ohne Ausgrenzung.

368 Kein Kind bleibt zurück: flexible Wege durch die Schulzeit

369 Bildungserfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb streben wir
370 beitragsfreie Bildung an. Wir wollen Ganztagschulen mit Gebührenbefreiung für
371 Geringverdienende und die finanzielle Unterstützung beim Schulstart oder für Schulausflüge,
372 damit kein Kind zurückbleibt. Auf dem Weg dorthin legen wir Höchstgrenzen für die
373 Elternbeiträge in Kitas, Kindertagespflege und offenen Ganztagschulen fest, um insbesondere
374 Familien mit kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten.

375 Erfolgreiche Ansätze aus dem Startchancen-Programm werten wir systematisch aus und sorgen
376 dafür, dass bewährte Konzepte schnell allen Schulen in NRW zugutekommen.

377 Unser Ziel ist, Abschlüssen und unfreiwillige Klassenwiederholungen durch bessere
378 individuelle Förderung so weit wie möglich zu vermeiden. Schwierigkeiten beim Lernen wollen
379 wir frühzeitig erkennen und Schüler*innen gezielt unterstützen, damit sie ihren Bildungsweg
380 erfolgreich fortsetzen können, statt durch Rückstufungen zusätzliche Hürden zu erleben. Die
381 Kita kennt die Entwicklung eines Kindes besonders gut und kann deshalb Eltern beim richtigen
382 Zeitpunkt für die Einschulung fachkundig beraten. Mit der Kita-Pflicht im letzten Jahr
383 stellen wir sicher, dass jedes Kind und seine Familie von dieser Beratung profitieren. Das
384 Modell der PRIMUS-Schulen mit längerem gemeinsamen Lernen von der Primarstufe bis zur
385 Sekundarstufe I bauen wir aus.

386 Damit Unterstützung dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird, entwickeln wir den
387 Schulsozialindex weiter. Dabei berücksichtigen wir stärker die tatsächlichen Voraussetzungen
388 und Förderbedarfe der Schüler*innen. Zusätzliche Mittel sollen gezielt Schulen zugutekommen,
389 an denen besonders viele Kinder die Mindeststandards noch nicht erreichen – vor allem in den
390 Grundschulen. Eine datenschutzkonforme Bildungs-ID begleitet Bildungsbiografien über
391 Einrichtungsgrenzen hinweg, vereinfacht Verwaltungsprozesse und verbessert den
392 Datenaustausch zwischen Bildungseinrichtungen. Unterstützung für Familien endet nicht an der
393 Schultür: Wir bauen die Zahl der Familiengrundschulzentren deutlich aus und docken sie an
394 den Sozialindex an, damit sie als multiprofessionelle Netzwerke genau dort ankommen, wo der
395 Bedarf am größten ist.

396 Eine Schule, die trägt

397 Schule muss tragen; gerade dann, wenn junge Menschen krank werden. Psychische Belastungen
398 bei Kindern und Jugendlichen haben spürbar zugenommen: Angst- und Essstörungen, Depressionen
399 und psychosomatische Beschwerden treten früher auf, verlaufen intensiver und bleiben oft
400 unbehandelt. Deshalb braucht Schule Raum und Zeit für echte Beziehungen und Zuhören, Lernen
401 ohne übermäßigen Druck sowie eine an jeder Schule präsente Unterstützung für seelische und
402 soziale Fragen, die Kinder, Jugendliche, Mitarbeitende und Familien gleichermaßen einbindet.
403 Wir wollen, dass diagnostizierte psychische Erkrankungen verbindlich unter den
404 Nachteilsausgleich fallen. Dafür braucht es landesweite Richtlinien, Fortbildungen für
405 Lehrkräfte und transparente, niedrigschwellige Verfahren. Für Schüler*innen mit Long Covid
406 und anderen chronischen Krankheiten wie ME/CFS fordern wir flexible Leistungsbewertungen,

407 individualisierte Präsenzpfllichten im Rahmen der Oberstufenreform sowie rechtssicher
408 abgesicherte hybride und digitale Teilhabe. Kein junger Mensch darf zurückgelassen werden,
409 nur weil das System nicht flexibel genug ist. Bildungsgerechtigkeit heißt für uns,
410 Strukturen so zu gestalten, dass sie wirklich tragen.

411 Schule als Lebensort: Zeit, Bewegung, Beziehung

412 Ein guter Schulalltag braucht mehr als einen vollen Stundenplan. Wir geben Schulen die
413 Möglichkeit, per Beschluss der Schulkonferenz den Schulbeginn auf bis zu 9 Uhr zu legen,
414 damit der Tag besser zum Biorhythmus junger Menschen passt. Gesundes, nachhaltiges
415 Schulessen unterstützen wir gezielt mit Förderprogrammen für Schulen und Schulträger. Mit
416 einer Sport- und Schwimmoffensive bringen wir mehr Bewegung in den Schulalltag. Den
417 Schulsport entwickeln wir weiter und verzahnen ihn enger mit dem Ganzttag. Kulturelle Bildung
418 gehört für uns genauso zur Schule wie Mathematik oder Deutsch: Wir wollen Schulen
419 ermöglichen, die Zusammenarbeit mit Kulturinstitutionen und der Freien Szene nach ihren
420 Bedürfnissen auszubauen. Schulen leben von den Menschen, die sich für sie engagieren.
421 Deshalb bauen wir bürokratische Hürden für ehrenamtliches Engagement an ihnen ab.

422 Schulen als Orte der Demokratie und Toleranz

423 Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener
424 Menschenfeindlichkeit sind Realität im Alltag vieler Menschen, auch in unseren Schulen.
425 Deshalb müssen Schüler*innen und Lehrkräfte gerade auch im Netz für Hass, Hetze und
426 sexualisierte Gewalt sensibilisiert werden. Stigmatisierung und Diskriminierung haben in
427 unserer Gesellschaft genau so wenig zu suchen wie in der Schule. Wir wollen Angebote für
428 Schüler*innen mit Diskriminierungserfahrung schaffen und aufklären. Schüler*innen sind so
429 unterschiedlich wie unsere Gesellschaft es auch ist. Ein Land, das in Vielfalt zusammenhält,
430 zeigt sich gerade in der Schule, egal ob im Lehrplan oder im Klassenzimmer. Dazu gehört auch
431 ein diskriminierungsfreier Sexualkundeunterricht.

432 Wir verstehen Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Chance, die wir ausschöpfen wollen. Wer
433 neben Deutsch eine andere Sprache beherrscht, bringt eine zusätzliche Kompetenz mit. Wir
434 stärken deshalb Mehrsprachigkeit von der Kita bis zur Schule und entwickeln den
435 herkunftssprachlichen Unterricht weiter. Damit jedes Kind die gleichen Bildungschancen
436 erhält, stärken wir die durchgängige Bildungssprache Deutsch. Demokratiebildung,
437 Sensibilität für Diskriminierung, Radikalisierungsprävention und rassismuskritische
438 Aufklärungsarbeit etablieren wir verbindlich in den Schulen des Landes. Entsprechende
439 Inhalte nehmen wir in die Fort- und Weiterbildungsplanung auf, damit Lehrkräfte durch
440 regelmäßige Fortbildungen und Handreichungen Handlungssicherheit gewinnen. Dazu gehört auch
441 eine geschlechtersensible Sprache.

442 Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und „Schule der Vielfalt“ sind
443 wichtige Bekenntnisse – aber ein Schild an der Schultür allein verändert noch keinen
444 Schulalltag. Auch an ausgezeichneten Schulen erleben Schüler*innen Rassismus,
445 Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen von Diskriminierung. Entscheidend ist
446 deshalb, wie Schulen damit umgehen.

447 Wir wollen solche Programme weiterentwickeln und mit verbindlichen Standards koppeln:
448 regelmäßige Fortbildungen, verlässliche Ansprech- und Beschwerdestrukturen, die Beteiligung
449 von Schüler*innen sowie eine regelmäßige Überprüfung der vereinbarten Maßnahmen. Schulen
450 sollen nicht behaupten müssen, frei von Diskriminierung zu sein – sie sollen zeigen, dass
451 sie Diskriminierung erkennen, Betroffene ernst nehmen und konsequent handeln.

452 Gleichzeitig stärken wir rassistis- und diskriminierungskritische Bildung in Unterricht,
453 Lehrplänen und Schulbüchern. Dafür ist es ebenfalls wichtig, die deutsche und europäische
454 Kolonialgeschichte und ihre Auswirkungen bis in die Gegenwart verbindlicher zu behandeln.

455 Wir wollen den islamischen Religionsunterricht als dauerhaftes Regelangebot in NRW sichern
456 und qualitativ weiterentwickeln. Dabei stärken wir eine religiöse Bildung, die die
457 Lebensrealität junger Muslim*innen aufgreift und Demokratie, gesellschaftliche Teilhabe und
458 einen reflektierten Umgang mit Religion fördert. Wir wollen die Stimmen

459 liberaler Muslim*innen in der Kommission für islamischen Religionsunterricht stärken. Die
460 religiösen Inhalte des Unterrichts müssen unabhängig von der Einflussnahme ausländischer
461 Staaten bestimmt werden. Deshalb sollen Verbände, die der Steuerung oder maßgeblichen
462 Einflussnahme ausländischer Regierungen unterliegen, nicht in der Kommission vertreten sein.

463 Angesichts wachsender konfessioneller und religiöser Vielfalt öffnen wir als Angebot den
464 Religionsunterricht für interreligiöse Modelle. Dazu stoßen wir einen institutionalisierten
465 Dialogprozess mit allen beteiligten Kirchen und Religionsgemeinschaften an. Weil der Anteil
466 nicht religiös gebundener Schüler*innen wächst, bauen wir Praktische Philosophie schon ab
467 der Grundschule sowie das Fach Philosophie in den weiterführenden Schulen aus.

468 Schulen sind für uns Orte gelebter Demokratie. Kinder und Jugendliche sollen erleben, dass
469 ihre Stimme zählt, dass sie ihr Umfeld mitgestalten und mitentscheiden können, wann, wo und
470 wie ihr Lernen stattfindet. Mitbestimmung soll für alle Altersstufen selbstverständlich zum
471 Schulalltag gehören, und demokratisches Denken sowie politisches Lernen sollen den gesamten
472 Unterricht durchziehen. Bestehende Maßnahmen zur Demokratieförderung, Antidiskriminierung,
473 Extremismusprävention und zum Mentoring bauen wir aus. Die Expertise zivilgesellschaftlicher
474 Akteur*innen binden wir dabei aktiv in Entwicklungsprozesse ein. Die Mitwirkung der
475 Elternvertretung wird von einer Kann-Regelung zum verbindlichen Standard auf kommunaler
476 Ebene.

477 Gute Räume, gute Technik

478 Digitale Bildung darf nicht vom Wohnort, der Schulform oder dem Schulträger abhängen. Wir
479 setzen uns dafür ein, dass alle Schüler*innen und Lehrkräfte in NRW dauerhaft Zugang zu
480 funktionierender technischer Infrastruktur sowie sicheren, datenschutzgerechten und
481 kostenfreien digitalen Bildungswerkzeugen erhalten. Wir sorgen dafür, dass
482 informationstechnische Grundlagen und eine kritisch-reflektierte KI-Grundbildung allen
483 zugänglich werden. Wir wollen, dass jedes Kind und jede Lehrkraft ein digitales Endgerät hat
484 und wollen die Kommunen auf diesem Weg begleiten. Dazu gehören auch ein Glasfaseranschluss
485 mit mindestens 1 GBit/s symmetrisch, leistungsfähiges WLAN und IT-Assistenz vor Ort. Mit den
486 Städten und Gemeinden entwickeln wir die Lernmittelfreiheit weiter und öffnen sie für neue
487 digitale Inhalte und Anbieter. Digitale Werkzeuge helfen uns zudem, Bildungsqualität
488 sichtbar zu machen: Wir bauen ein durchgängiges Bildungsmonitoring auf, das individuelle
489 Lernverläufe in den Blick nimmt und als verlässliche Grundlage für politische wie
490 pädagogische Entscheidungen dient. So steuern wir Bildung datengestützt und systematisch
491 weiter, statt sie nur zu verwalten.

492 Statt isolierter Softwarelösungen einzelner Schulen oder Kommunen entwickeln wir sie
493 gemeinsam mit anderen Bundesländern, dem Bund und europäischen Partner*innen. Dabei setzen
494 wir prioritär auf quelloffene europäische Angebote. So schaffen wir eine verlässliche,
495 zukunfts feste Grundlage, die gleichzeitig Lehrkräfte entlastet. Dabei ist uns wichtig: Der
496 Betrieb digitaler Werkzeuge darf nicht von Konzernen außerhalb des Rechtsraums der EU
497 abhängen. Daten von Schüler*innen und Lehrkräften müssen in europäischer Hand bleiben und
498 dürfen nicht in die Geschäftsmodelle einzelner Anbieter einfließen. Ergänzend benötigen wir

499 praxisnahe Fortbildungen, die Lehrkräfte befähigen, digitale Werkzeuge im Unterricht
500 einzusetzen und ihren sachgerechten Umgang damit zu vermitteln. Gemeinsam mit
501 Stakeholder*innen erarbeiten wir eine "White List", die datenschutzrechtliche Empfehlungen
502 für digitale Lernwerkzeuge gibt. Zudem fördern wir digitale Lernräume gezielt über die
503 Schule hinaus und verbinden so, bspw. über Bibliotheken, Werkstätten und Jugendzentren,
504 schulisches und außerschulisches Lernen.

505 Auch die Gebäude müssen mithalten: Mit dem "NRW.Plan" investieren wir bereits gemeinsam mit
506 den Kommunen in die Sanierung und Modernisierung unserer Schulen, während wir mit der
507 Altschuldenhilfe des Landes hoch verschuldeten Kommunen neue finanzielle Spielräume
508 verschaffen. Diesen Weg setzen wir fort und unterstützen Schulträger dabei, nachhaltige,
509 innovative und flexible Lösungen umzusetzen. Auch den Hitzeschutz an Schulen treiben wir
510 weiter voran: Unser Programm "Coole Schulhöfe" zur klimaangepassten Gestaltung von 1.000
511 Schulhöfen setzen wir fort und entwickeln es mit dem Ziel weiter, perspektivisch alle
512 Schulhöfe in NRW zu entsiegeln und klimaangepasst zu gestalten. So bleiben die Schulhöfe
513 auch an Hitzetagen kühl. Außerdem wollen wir mit Klimaanlage und Wärmepumpen dafür sorgen,
514 dass die Schulräume in solchen Zeiten erträglich bleiben. Dafür gehen wir auf die
515 Schulträger zu und unterstützen sie bei der Umrüstung.

516 Ausbildung stärken

517 Unser Ausbildungssystem schafft Wohlstand und eröffnet einen verlässlichen Weg ins
518 Berufsleben. Obwohl in NRW jedes Jahr zehntausende junge Menschen vergeblich einen
519 Ausbildungsplatz suchen, bleiben gleichzeitig zehntausende Plätze frei. NRW braucht diese
520 Fachkräfte. Deshalb wollen wir die Ausbildung attraktiver und zugänglicher machen.

521 Bei der Berufsorientierung erhalten Jugendliche Hilfe, um den passenden Ausbildungsberuf zu
522 finden, an jeder Schulform und unabhängig von Abschluss und Geschlecht. Das gilt auch an
523 Hochschulen, für Studierende, die sich beruflich neu orientieren wollen. Wir bauen das
524 bewährte Modell "Kein Abschluss ohne Anschluss" (KAoA) weiter aus, ebenso die
525 Berufseinstiegsbegleitung und Angebote wie "Kurs auf Ausbildung". Für Menschen mit
526 Behinderung verbessern wir die Beratung, bei der Chancen und berufliche Möglichkeiten im
527 Mittelpunkt stehen. Wir unterstützen dafür theoriereduzierte Ausbildungswege und statten
528 Berufsschulen entsprechend barrierefrei aus. Zusätzliche Schulabschlüsse neben der
529 beruflichen Qualifikation sollen leichter erreichbar werden, wodurch auch die Berufskollegs
530 gestärkt werden. Auch berufsbegleitende Weiterqualifizierungen, beispielsweise von
531 Kinderpfleger*in zu Erzieher*in und weiteren Bereichen mit Fachkräftebedarf, sollen möglich
532 gemacht werden.

533 Um Schulabsolvent*innen eine fundierte und breite Berufserkundung im Handwerk zu bieten,
534 gibt es das Pilotprojekt Freiwilliges HandwerksjahrPLUS der Handwerkskammer Ostwestfalen-
535 Lippe. Dabei können Freiwillige innerhalb eines Jahres bis zu vier Ausbildungsberufe
536 kennenlernen. Wir unterstützen die Handwerkskammern bei der flächendeckenden Einführung im
537 Land.

538 Berufskollegs haben eine zentrale Rolle in der beruflichen Bildung. Wir statten sie
539 zeitgemäß digital aus, unterstützen sie mit Personalressourcen sowie mehr eigener
540 Personalverantwortung bei der Stellenbesetzung. Wir initiieren Innovationslabore an bzw. mit
541 Berufskollegs im Zusammenwirken mit den Kammern. Leistungen im Rahmen der dualen Ausbildung
542 sollen stärker für das Studium anerkannt werden. Exzellenz in der beruflichen Bildung wollen
543 wir fördern.

544 Schüler*innen sollen die Möglichkeiten der beruflichen Bildung systematischer und früher als
545 bisher kennenlernen und sich schon in der Schule von den Chancen einer dualen Ausbildung

546 überzeugen können. Dazu setzen wir verstärkt auf Ausbildungsbotschafter*innen,
547 Orientierungstage an Schulen, digitale Beratung, mehr Praxisabschnitte und gendersensible
548 Berufsorientierung. Bei Berufserkundung oder bei Praktika geben wir allen Schüler*innen die
549 Chance, Handwerks- oder Industriebetriebe kennenzulernen, und nehmen Schüler*innen ohne
550 Abschluss gezielt in den Blick.

551 Um mehr Menschen niedrigschwellig den Einstieg in Arbeit zu ermöglichen, setzen wir auf
552 Teilqualifikationen: Berufe werden in einzelne Segmente zerlegt, so dass
553 Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung oder Zuwanderungsgeschichte schrittweise bis
554 zur vollständigen Berufsprüfung gelangen können. IHKen und Handwerkskammern in NRW
555 unterstützen wir dabei, dieses Angebot landesweit auszubauen. Gleichzeitig sollen die
556 Berufsbildungszentren technisch auf den neuesten Stand gebracht werden. Hybride Lernformate
557 sorgen dafür, dass niemand wegen zusammengelegter Kurse wochenlang stundenlange Anfahrtswege
558 in Kauf nehmen muss.

559 Wir wollen die Internationalisierung der Ausbildung fördern und mehr Auslandsaufenthalte
560 ermöglichen. Mit einer Informationskampagne zu Erasmus+ und dem direkten Austausch mit
561 kleinen und mittleren Betrieben werben wir für Auslandspraktika während der Ausbildung.

562 Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig. Sie schließen sich nicht aus, sondern
563 ergänzen sich: Wir erleichtern das berufsbegleitende Studium und schaffen zusätzliche duale
564 Studiengänge. Der Meisterabschluss bleibt ein Gütesiegel handwerklicher Arbeit, das wir
565 sichern wollen. Seine Gleichwertigkeit mit dem akademischen Bachelor im Deutschen
566 Qualifikationsrahmen (DQR) muss endlich rechtlich festgeschrieben werden.

567 Azubis unterstützen

568 Für viele junge Menschen scheitert die Ausbildung schon an der Miete, weshalb gerade in
569 Großstädten reihenweise Ausbildungsplätze nicht besetzt werden. Aus diesem Grund möchten wir
570 nach dem Vorbild der Studierendenwerke Auszubildendenwerke schaffen, die bezahlbare
571 Wohnheimplätze, günstiges Essen, Kinderbetreuung und Beratung rund um BAföG und finanzielle
572 Unterstützung bereitstellen.

573 Ausbildung muss sich außerdem flexibler an die Lebensrealität anpassen. Deshalb machen wir
574 Teilzeitausbildungen unter anderem durch flexiblere Modelle der Berufsschulbildung
575 flächendeckend möglich, und führen das erfolgreiche Programm "Teilzeitberufsausbildung –
576 Einstieg begleiten – Perspektiven öffnen" (TEP) landesweit konsequent fort. Das Programm ist
577 besonders wichtig für Eltern nach der Elternzeit und für Menschen, die parallel zu ihrem
578 Sprachkurs eine Ausbildung beginnen möchten. Mit den Handwerkskammern und IHKen wollen wir
579 gemeinsam ein Modell entwickeln, wie die finanzielle Verantwortung für mehr
580 Ausbildungsplätze auf mehr Schultern verteilt werden kann. Gemeinsam mit Betrieben und
581 weiteren Akteuren helfen wir benachteiligten Jugendlichen gezielt dabei, einen
582 Ausbildungsplatz zu finden und zu halten. In noch mehr Branchen wollen wir ein Azubi-Ticket
583 – das vergünstigte Deutschlandticket – umsetzen. Mehr Anerkennung und finanzielle Anreize in
584 den Betrieben machen die Ausbildung insgesamt attraktiver.

585 Wer eine Ausbildung beginnt, braucht die Sicherheit, sie auch beenden zu können. Deshalb
586 setzen wir uns für verlässliche Bleibeperspektiven für Azubis mit ungesichertem
587 Aufenthaltsstatus während der Ausbildung und beim anschließenden Einstieg in das
588 Berufsleben ein. Junge Menschen sollen trotz erfolgreicher Ausbildung und guter Perspektiven
589 nicht um ihren Aufenthalt fürchten müssen. Gleichzeitig geben wir Ausbildungsbetrieben die
590 Sicherheit, dass ihre Investition in Ausbildung und Integration nicht durch eine drohende
591 Abschiebung zunichte gemacht wird.

592 Wir ermöglichen Weiterbildung für ein ganzes Leben

593 Lebenslang lernen – Chancen für alle

594 Weiterbildung darf kein Privileg für Menschen in Großunternehmen sein. Digitale
595 Grundkompetenz gehört für uns in jedes Lebensalter. Gerade ältere Menschen wollen wir mit
596 niedrigschwelligen Angeboten für den Umgang mit digitaler Verwaltung und sozialen Medien fit
597 machen. Auch akademische Weiterbildung gehört für uns dazu: Wir bauen sie an den Hochschulen
598 nach den neuen Möglichkeiten des Hochschulgesetzes aus und verzahnen Hochschulen stärker mit
599 der Arbeitswelt, damit lebensbegleitendes Lernen auf jedem Bildungsniveau möglich wird.

600 Neue Wege in die Berufe, die NRW jetzt braucht

601 Ob Handwerk, Pflege oder frühkindliche Bildung: Wo Fachkräfte fehlen, öffnen wir zusätzliche
602 Türen. Den zweiten Bildungsweg über Volkshochschulen und freie Träger bauen wir aus, damit
603 niemand ohne Schulabschluss oder Ausbildung zurückbleibt. Die Berufskollegs entwickeln wir
604 zu echten regionalen Zentren der beruflichen Weiterbildung. Wir schaffen berufsbegleitende
605 Qualifizierungswege in Mangelberufen wie der Kindertagespflege und dem Lehrpersonal in der
606 Pflege und nutzen konsequent die Fördermöglichkeiten von Arbeitsagentur, Jobcentern und
607 Rentenversicherung, damit mehr Menschen sich einen Quer- oder Seiteneinstieg überhaupt
608 leisten können.

609 Wer sich zum Meister oder zur Meisterin weiterbildet, investiert in die eigene Zukunft und
610 stärkt zugleich unser Handwerk. Mit der Meisterprämie und der ausgebauten
611 Meistergründungsprämie haben wir die berufliche Weiterbildung und den Schritt in die
612 Selbstständigkeit bereits deutlich attraktiver gemacht. Diese Instrumente wollen wir
613 verstetigen und weiterentwickeln – gerade auch, um die Übernahme bestehender Betriebe zu
614 erleichtern und die anstehende Welle von Betriebsnachfolgen zu unterstützen. Zugleich setzen
615 wir uns für mehr Stipendien und eine stärkere Begabtenförderung in der beruflichen Bildung
616 ein. Unser Ziel bleibt die finanzielle und gesellschaftliche Gleichwertigkeit von
617 beruflicher und akademischer Bildung.

618 Der Bildungsscheck bleibt

619 Wer sich beruflich weiterbildet, verdient Verlässlichkeit. Der Bildungsscheck hat sich
620 bewährt und läuft aktuell als Bildungsscheck 2.0 bis 2029. Wir wollen ihn über dieses Datum
621 hinaus dauerhaft fortführen, unabhängig von EU- Förderzyklen, und ihn so weiterentwickeln,
622 dass er einfacher und schneller zugänglich wird. Denn wer erst mühsam Anträge stellen muss,
623 verzichtet im Zweifel lieber ganz auf die Weiterbildung. Auf das Potential, das NRW damit
624 verloren ginge, können und wollen wir nicht verzichten.

625 Damit der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel des Landes für alle gelingt, wollen
626 wir möglichst viele Menschen für lebensbegleitendes Lernen gewinnen. Wir unterstützen den
627 Ausbau der akademischen Weiterbildung an den Hochschulen nach den neuen Möglichkeiten des
628 Hochschulgesetzes und verzahnen Hochschulen stärker mit der Arbeitswelt, um den
629 Anforderungen der Transformation gerecht zu werden

630 Wir stärken freie und exzellente Hochschulen

631 Verlässliche Finanzierung in schwierigen Zeiten

632 Wissenschaft und Forschung in NRW sind schon heute Weltklasse: von Gesundheitsforschung bis
633 hin zu Cybersicherheit. Genau diese Stärke wollen wir erhalten und ausbauen, denn ohne
634 exzellente Hochschulen keine Innovation „made in NRW“. Freie, von Neugier getriebene
635 Forschung und Grundlagenforschung sind dafür unverzichtbare Grundsteine. Kostenlose
636 Hochschulbildung ist eine Errungenschaft, die wir verteidigen: Sie öffnet Perspektiven und
637 Aufstiegsmöglichkeiten und ist damit ein zentraler Baustein für soziale Gerechtigkeit in

638 NRW. Ebenso wichtig ist inter- und transdisziplinäre sowie anwendungsorientierte Forschung,
639 die konkrete Beiträge zu gesellschaftlichen Herausforderungen erarbeitet, aber genau diese
640 kommt bislang oft zu kurz. Deshalb fördern wir sie gezielter und bauen dazu auch die
641 Johannes-Rau- Forschungsgemeinschaft institutionell weiter aus. Mit den Hochschulen als
642 Orten gesellschaftlicher Verantwortung gehen wir konsequent den Weg zur Klimaneutralität.

643 Wissenschaft braucht Verlässlichkeit, keine Zufallsfinanzierung von Projekt zu Projekt.
644 Unser Ziel: Öffentliche Förderung muss stärker in die Grundfinanzierung der Hochschulen
645 fließen und weniger in befristete Projektmittel, damit Hochschulen wirklich unabhängig von
646 Drittmitteln planen können, auch personell. Wir stehen für eine Wissenschaftspolitik, die
647 Dialog fördert, Perspektiven und Innovation schafft und Spitzenforschung ermöglicht – für
648 Studierende, Lehrende, Forschende und die Gesellschaft als Ganzes. Wir wollen zu einem
649 resilienten Wissenschaftssystem kommen, das ökonomische Krisen und gesellschaftlichen Wandel
650 besser bewältigen kann, das internationalen Spannungen und Konflikten mit Aufklärung und
651 einer klaren Haltung begegnet und das einer vielfältigen, sich stetig wandelnden
652 Gesellschaft entspricht.

653 Kooperation statt Konkurrenz

654 Die Studierendenzahlen gehen etwas zurück und gerade die Umstellung auf G9 führt aktuell zu
655 deutlich weniger Studierenden. Dies führt dazu, dass Hochschulen mehr um Studierende
656 konkurrieren. Damit daraus aber kein Verdrängungswettbewerb wird, setzen wir auf
657 Kooperation, auf gemeinsame Infrastrukturen, aufeinander abgestimmte Studiengänge und den
658 bedachten Abbau echter Doppelstrukturen. Studienangebote und Standorte wollen wir
659 vorausschauend und stärker landesweit abgestimmt weiterentwickeln. Wir sorgen dafür, dass
660 die Studienkapazitäten in Bereichen, die einen besonders hohen Fachkräftebedarf haben –
661 insbesondere wo es darum geht, staatliche Funktionen zu erfüllen –, bedarfsgerecht zeitnah
662 erhöht werden. Kleine Fächer und die regionale Bildungsbeteiligung sichern wir ab.
663 Ausgewählte Studiengänge mit landesweiter Bedeutung etablieren wir als Fernstudiengänge,
664 damit Angebote erhalten bleiben, auch wenn sie sich an einem einzelnen Standort nicht mehr
665 tragen.

666 Machtstrukturen hinterfragen, Mitbestimmung stärken

667 Wer gemeinsam entscheidet, entscheidet besser: Deshalb stärken wir den Senat gegenüber
668 Rektorat und Hochschulrat und machen eine ausgewogene Beteiligung aller Statusgruppen wieder
669 zum Standard, damit nicht über die Köpfe von wissenschaftlichem Mittelbau, Verwaltung und
670 Studierenden hinweg entschieden werden kann. Wir setzen zudem Anreize für studentische
671 Mitwirkung in der Selbstverwaltung der Hochschulen und evaluieren das
672 Hochschulstärkungsgesetz mit dem Ziel, notwendige Verbesserungen vorzunehmen. Das Lehrstuhl-
673 Modell ist ein Relikt, deshalb unterstützen wir Hochschulen beim Umstieg auf
674 Departmentstrukturen, die nicht nur Machtmissbrauch vorbeugen, sondern auch neue
675 Karrierewege unterhalb der Professur eröffnen.

676 Innerhalb der Hochschulen tragen Rektorate und Professor*innen besondere Verantwortung –
677 deshalb stärken wir gezielt ihre Führungskompetenzen. Gute Führung heißt für uns: Vertrauen
678 schaffen, Verantwortung übernehmen und Mitgestaltung ermöglichen. Sie fördert Talente, sorgt
679 für faire Arbeitsbedingungen, schützt vor Machtmissbrauch und zeigt eine klare Haltung gegen
680 Demokratiefeinde.

681 Gute Arbeit an Hochschulen

682 Exzellente Lehre und Forschung gibt es für die, die sie leisten, nicht zum Nulltarif. Auch
683 studentische und wissenschaftliche Beschäftigte verdienen gute und faire Löhne. Dafür wollen
684 wir arbeiten, zum Beispiel mit mehr Verträgen innerhalb des Tarifvertrags der Länder (TVL).

685 Studentische und wissenschaftliche Beschäftigte müssen vollständig nach dem Tarifvertrag der
686 Länder besoldet werden. Wer dauerhafte Aufgaben in Forschung, Lehre, Verwaltung oder
687 Infrastruktur übernimmt, muss auch eine dauerhafte Stelle statt endloser Befristung
688 erhalten. Wir unterstützen die Weiterentwicklung des "Vertrags über gute
689 Beschäftigungsbedingungen" sowie neue Karrierewege neben der Professur und im
690 Wissenschaftsmanagement. Um die Qualität der Lehre zu verbessern, sollen Lehrende außerdem
691 stärker mit den Angeboten der Hochschuldidaktik zusammenarbeiten.

692 Ein Studium, das allen offensteht

693 Ob ohne akademischen Familienhintergrund, mit Zuwanderungsgeschichte oder mit Behinderung
694 und chronischer Erkrankung: Der Zugang zum Studium darf nicht am Geldbeutel, fehlender
695 Beratung oder mangelnder Barrierefreiheit scheitern. Wir bauen gezielte
696 Unterstützungsprogramme, bessere Beratung und konsequente Barrierefreiheit aus. Auch Hürden
697 innerhalb des Studiums schaffen wir ab. Starre Begrenzungen von Prüfungsversuchen können
698 dazu führen, dass eine einzelne Prüfung über das endgültige Scheitern eines ganzen Studiums
699 entscheidet. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Modulprüfungen ohne starre Obergrenze
700 für die Prüfungsversuche wiederholt werden können. Nach wiederholten Fehlversuchen soll eine
701 verbindliche Studienberatung gemeinsam mit den Studierenden Wege für einen erfolgreichen
702 Studienverlauf aufzeigen.

703 Hochschulen unterstützen wir dabei, sowohl Studierende als auch Beschäftigte dort zu
704 unterstützen, wo sie Bedarfe haben.

705 Gute Studienbedingungen beginnen bei Wohnen, Mensa und Beratung. Ihr soziales Rückgrat sind
706 die Studierendenwerke. Auf Grundlage der Organisationsuntersuchungen haben wir ihre
707 Modernisierung bereits angestoßen. Diesen Weg setzen wir fort: Wir stärken ihre
708 Zusammenarbeit und Digitalisierung, schaffen mehr Planungssicherheit und entwickeln ihre
709 Finanzierung und Strukturen so weiter, dass bezahlbares Essen, Wohnraum, Beratung und
710 weitere soziale Angebote dauerhaft gesichert werden können. Dabei rücken wir die psychische
711 Gesundheit von Studierenden stärker in den Fokus.

712 Hochschulen als Orte der Demokratie stärken

713 Wir schützen die Freiheit und Vielfalt in der Wissenschaft. Wissenschaft kann nur auf dem
714 Boden des Grundgesetzes stattfinden, denn die Wissenschaftsfreiheit und die freie Berufswahl
715 sind ihre Grundpfeiler. Der Unterwanderung von Hochschulen durch Rechtsextreme setzen wir
716 uns gemeinsam entgegen. Antisemitismus hat an unseren Hochschulen ebenfalls keinen Platz.
717 Wir unterstützen die Hochschulen darin, Studierende und Beschäftigte effektiv vor
718 Diskriminierung und Gewalt zu schützen und Vorfälle konsequent zu ahnden. Der
719 Wissenschaftsspionage durch ausländische Mächte begegnen wir mit abgestimmten Strategien.
720 Unsere Hochschulen erhalten dabei klare Rückendeckung. Wir unterstützen die Wissenschaft
721 dabei, noch besser in die Gesellschaft zu kommunizieren, und stärken die Demokratiebildung
722 an den Hochschulen.

WP-04 Ein Land der Solidarität

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Text

Für uns beginnt Solidarität mit der Überzeugung: Niemand wird in NRW allein gelassen, egal ob es um Miete, Gesundheit, Arbeit oder ein selbstbestimmtes Leben mit Behinderung geht. Wir richten unsere Politik danach aus, was Menschen wirklich brauchen, um gleichberechtigt durchs Leben zu kommen: bezahlbares Wohnen, faire Löhne, gute Gesundheitsversorgung und echte Teilhabe.

Wir wissen: Armut entsteht nicht im luftleeren Raum. Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen entscheiden mit darüber, welche Chancen Menschen haben und wie gut sie in schwierigen Situationen aufgefangen werden. Deshalb setzen wir dort an, wo Menschen im Alltag Unterstützung am dringendsten brauchen; bei Alleinerziehenden, bei Familien mit wenig Geld, bei Menschen, die wohnungslos sind oder zu werden drohen. Und wir sorgen dafür, dass Hilfe nicht an bürokratischen Zuständigkeiten scheitert, sondern Menschen verlässlich erreicht.

Zu einem solidarischen NRW gehört bezahlbares Wohnen für alle, ob zur Miete oder im Eigentum. Dazu gehören Löhne, von denen man leben kann, und sichere Arbeitsplätze mit fairen Arbeitsbedingungen. Dazu gehört eine wohnortnahe und geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung. Und dazu gehört Inklusion, die nicht über Menschen mit Behinderung entscheidet, sondern mit ihnen.

Wir wollen ein Land, in dem Nachbarschaften zusammenhalten, Generationen sich gegenseitig stützen und niemand mit seiner Notlage allein bleibt. Aus dieser Überzeugung heraus machen wir seit fast fünf Jahren Regierungsarbeit: Wir haben die Wohnraumförderung deutlich ausgeweitet, das Tarifentgeltsicherungsgesetz eingeführt und Kinder gezielt vor Armut geschützt. Daran wollen wir anknüpfen in den nächsten 5 Jahren: mit mehr bezahlbaren Wohnungen, einem starken sozialen Netz und verlässlicher Unterstützung dort, wo sie gebraucht wird. Denn ein solidarisches NRW gibt allen Menschen die Chance, selbstbestimmt und in Sicherheit zu leben.

Wir sichern ein Leben ohne Armut

Armut spürbar reduzieren

Ein solidarisches, inklusives und lebenswertes NRW ist ein Land, in dem kein Mensch in Armut leben muss. Wir wollen Menschen darin stärken, selbstbestimmt Wege aus der Armut zu finden, und sie dabei verlässlich unterstützen. Armut gemeinsam zu überwinden heißt, an die Fähigkeiten und Erfahrungen der Menschen anzuknüpfen und die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihre Anstrengungen Früchte tragen können. Armut ist dabei meist kein individuelles Versagen, sondern entsteht durch Schicksalsschläge, fehlende Chancen und ungerechte Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen wollen wir gemeinsam mit Wohlfahrtspflege, Kommunen, Gewerkschaften und den Betroffenen selbst verändern.

Wer mit wenig Geld lebt, weiß, wo Sozialpolitik gut wirkt und wo nicht. Trotzdem werden Armutsbetroffene selten gehört. Wir schaffen eine dauerhafte zentrale Struktur für Menschen mit Armutserfahrung und entwickeln landesweite Leitlinien zur Beteiligung Armutsbetroffener in kommunalen Entscheidungsprozessen, die über ihren Alltag vor Ort entscheiden.

40 Über Familienzentren in Kitas und Grundschulen, Frühe Hilfen und Kita-Sozialarbeit wollen
41 wir von Armut betroffene Familien auch dabei niedrigschwellig unterstützen, finanzielle
42 Hilfen zu beantragen. Insbesondere Alleinerziehende, darunter meist Frauen, haben ein
43 größeres Armutsrisiko. Deshalb wollen wir sie besonders unterstützen. Die Fachstelle
44 Alleinerziehende werden wir weiter fördern.

45 Wer in eine finanzielle Notlage gerät, darf nicht allein gelassen werden. Wir stehen für den
46 Zugang zu einer kostenlosen Schuldner- und Verbrauchersolvenzberatung aus einer Hand. Auch
47 Menschen, die noch nicht überschuldet sind, bei denen die Überschuldung aber absehbar ist,
48 sollen beraten werden können. Wir teilen die Zielsetzung des
49 Schuldnerberatungsdienstgesetzes des Bundes, mit dem die Schuldnerberatung für neue
50 Zielgruppen geöffnet wird, und wollen das Angebot entsprechend ausweiten.

51 Armut vor Ort bekämpfen: Sozialplanung und Energiearmut

52 Ob Unterstützung ankommt, entscheidet sich ganz konkret vor Ort. Wer in Armut oder mit
53 Einschränkungen lebt, hat oft nicht die Zeit, das Geld oder die Mobilität für lange Wege zu
54 Beratungsstellen. Deshalb bauen wir die landesweite Unterstützung für eine integrierte
55 kommunale Sozialplanung aus. Sie führt soziale und räumliche Daten zusammen und ermöglicht
56 den Kommunen, zielgenau zu erkennen, wo Familien Unterstützung brauchen, statt wie bisher
57 Fördermittel nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Mit einer neuen Landesstrategie
58 "Energiearmut und Klimaanpassung" legen wir zudem das Programm „NRW bekämpft Energiearmut“
59 neu auf. Wir wollen Nachbarschaften ermuntern, gemeinsame Energieprojekte zur Kostensenkung
60 in ihrem Wohnviertel umzusetzen. Bestehende Energieberatungsangebote richten wir deshalb
61 stärker auf Nachbarschaft und Wohnviertel aus und fördern gezielt Maßnahmen, die
62 einkommensschwache Haushalte vor Hitze und steigenden Energiekosten schützen.

63 Wer beim Öffnen der Stromrechnung zuerst überlegen muss, welche andere Ausgabe dafür warten
64 kann, lebt unter ständigem finanziellem Druck. Damit Beratungs- und Förderangebote für
65 Mietende auch tatsächlich bei Menschen mit niedrigem Einkommen ankommen, schaffen wir
66 niedrigschwellige Energie-Beratungsangebote in der Nachbarschaft. Mit ihnen schaffen wir das
67 Angebot von verlässlicher Begleitung vor Ort, die Einspar- und Fördermöglichkeiten aufzeigt
68 und den Kontakt zu qualifizierten Fachstellen herstellt.

69 Wir wollen, dass Mieter*innen noch mehr von der Energiewende profitieren. Von Landesseite
70 fördern wir sozial ausgerichtete Mieterstromprojekte. Insbesondere wollen wir dabei
71 einkommensschwache Mieter*innen unterstützen, damit günstiger Solarstrom vom eigenen Dach
72 direkt bei den Bewohner*innen ankommt.

73 Kinder und Jugendliche vor Armut schützen

74 Wer als Kind eine Geburtstagsfeier ausschlagen muss, weil das Geld für ein Geschenk
75 fehlt, erlebt früh, was es bedeutet, nicht dazugehören. Armut bedeutet für Kinder und
76 Jugendliche häufig: weniger soziale Teilhabe, schlechtere Bildungschancen und weniger
77 Möglichkeiten, eigene Interessen und Talente zu entfalten. Armut in der Kindheit kann sich
78 dadurch bis ins Erwachsenenleben fortsetzen. Mit einer besseren Ausstattung von Programmen
79 wie "kinderstark - NRW schafft Chancen" wollen wir weiter die strukturellen Folgen von Armut
80 bekämpfen und Jugendhäuser sowie niedrigschwellige Angebote finanziell und personell besser
81 aufstellen. Junge Menschen aus der stationären Jugendhilfe sind bei Erreichen der
82 Volljährigkeit besonders gefährdet. Hier brauchen wir ausreichend ausgestattete, gut
83 begleitete Übergänge in ein selbstständiges Leben und die Möglichkeit, auch nach einem
84 gescheiterten Übergang unkompliziert wieder Jugendhilfe zu erhalten. Wir lassen keinen
85 jungen Menschen allein.

86 Wir machen Wohnungspolitik für alle

87 Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum

88 Bezahlbares Wohnen ist zur zentralen sozialen Frage unserer Zeit geworden. Die Miete
89 verschlingt immer größere Teile des Einkommens, bei vielen bleibt am Monatsende kaum noch
90 Geld für Lebensmittel, Bildung und Teilhabe. Das gefährdet den gesellschaftlichen
91 Zusammenhalt. Ein echtes kommunales Vorkaufsrecht zum Verkehrswert gibt Städten und
92 Gemeinden endlich die Möglichkeit, dem Höchstgebot etwas entgegenzusetzen und bezahlbaren
93 Wohnraum zu schaffen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften bleiben für
94 uns die zentralen Akteure einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik, denn sie garantieren
95 nicht nur, dass günstiger Wohnraum entsteht, sondern auch, dass er günstig bleibt.

96 Die öffentliche Wohnraumförderung haben wir in den vergangenen Jahren stark erhöht und
97 beispielsweise 2025 rund 2,4 Milliarden Euro Fördervolumen für bezahlbares Wohnen
98 bereitgestellt. Jetzt gehen wir den nächsten Schritt: Mit einer Bezahlbar-Wohnen-Milliarde
99 erhöhen wir die öffentliche Wohnraumförderung um zusätzlich eine Milliarde Euro pro Jahr und
100 schaffen damit mehr bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit niedrigen oder mittleren
101 Einkommen. Wir unterstützen damit insbesondere kommunale Wohnungsbaugesellschaften und
102 Genossenschaften vor Ort. Auch in Städten mit besonders hohen Mieten wollen wir bezahlbare
103 Wohnungen für Menschen schaffen, die die Voraussetzung für eine Sozialwohnung nicht
104 erfüllen, sich gleichzeitig die hohen Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt aber trotzdem kaum
105 leisten können. Wir richten die öffentliche Wohnraumförderung noch stärker auf langfristig
106 orientierte Investitionen aus. Denn öffentliche Förderung soll dauerhaft bezahlbaren
107 Wohnraum schaffen und nicht dazu beitragen, Immobilien kurzfristig aufzuwerten und
108 anschließend gewinnbringend weiterzuverkaufen. Bei der Vergabe der Mittel wollen wir daher,
109 dass diejenigen bevorzugt gefördert werden, die die Immobilien langfristig selbst
110 bewirtschaften. So stärken wir die Investoren, die sich langfristig um die Immobilie kümmern
111 und verhindern, dass öffentliche Fördermittel kurzfristigen spekulativen Geschäftsmodellen
112 zugutekommen.

113 Wir gehen konsequent gegen ausbeuterische Vermietung vor und schaffen mit der
114 Treuhandverwaltung ein neues Instrument, um bei schweren Missständen eingreifen zu können.
115 Als letztes Mittel ermöglichen wir die Enteignung besonders problematischer Immobilien.
116 Übernachtungsplattformen wie Airbnb regulieren wir in angespannten Wohnungsmärkten, damit
117 der begrenzte Wohnraum zum dauerhaften Wohnen, statt zur touristischen Vermietung zur
118 Verfügung steht.

119 Wir schützen Mieter*innen zudem wirksamer vor steigenden Mieten, Verdrängung und
120 Preisspekulationen. Wir wollen die Mietpreisbremse auf mehr Städte ausweiten und die
121 Handlungsspielräume für Kappungsgrenzen und Umwandlungsschutz öffnen. So sollen Kommunen
122 dort eingreifen, wo der Markt am angespanntesten ist. Wir gehen mit einer "Miet-Schutz-
123 Offensive", gemeinsam mit den Kommunen, dem Mieterbund und den Verbraucherzentralen
124 konsequent gegen überhöhte Mieten und Abzocke vor. Wir wehren uns, gegen Diskriminierung von
125 Alleinerziehenden, Menschen mit kinderreichen Familien oder Menschen mit
126 Migrationsgeschichte im Mietmarkt.

127 Mieten-Apps, die auf qualifizierten Mietspiegeln basieren, machen Mietpreise transparenter
128 und helfen Mieter*innen, die Höhe ihrer Miete besser einzuordnen. Wir wollen einen digitalen
129 Mieten-Check einrichten, der Mieter*innen die ortsübliche Vergleichsmiete für eine Wohnung
130 anzeigt und Mietwucher transparent macht. So stärken wir Mieter*innen dabei, ihre Rechte zu
131 kennen und wahrzunehmen und schaffen gleichzeitig Klarheit für Vermieter*innen, welche
132 Miethöhe angemessen und rechtlich zulässig ist.

133 Für viele Menschen ist Wohneigentum weit mehr als nur ein Ort zum Wohnen – es steht für
134 Freiheit, Selbstverwirklichung und Sicherheit. Doch inzwischen ist der Traum vom

135 Wohneigentum für weite Teile der Gesellschaft, gerade für junge Menschen, völlig
136 unerreichbar. Damit werden wir uns nicht abfinden. Wir wollen mehr Menschen ermöglichen,
137 sich den Wunsch nach den eigenen vier Wänden zu erfüllen. Dafür entwickeln wir die
138 Eigentumsförderung des Landes weiter. Wir nehmen insbesondere die finanziellen Hürden beim
139 Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums in den Blick und stärken den Erwerb und die Sanierung
140 bestehender Immobilien.

141 Wir setzen Eigentumsförderung gezielt dort ein, wo sie bezahlbares Wohnen und im ländlichen
142 Raum die Entwicklung der Ortskerne stärkt. So ermöglichen wir Eigentum, beleben bestehende
143 Viertel und Dörfer und verbinden bezahlbares Wohnen mit Klimaschutz und einem sparsamen
144 Umgang mit Fläche.

145 Bezahlbarer Wohnraum muss auch zu unterschiedlichen Lebenssituationen passen. Deshalb
146 brauchen wir mehr kleine Wohnungen für Einpersonenhaushalte ebenso wie ausreichend große,
147 bezahlbare Wohnungen für Familien und mehr barrierefreien und altersgerechten Wohnraum.

148 Wohnungs- und Obdachlosigkeit entschlossen bekämpfen

149 Immer mehr Menschen in NRW sind wohnungs- oder sogar obdachlos. Wir verfolgen weiterhin das
150 gemeinsame Ziel von EU, Bund und Land, Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden
151 und wollen alle Hebel auf Landesebene dafür in Gang setzen. Wir sichern das bewährte
152 Housing-First-Konzept flächendeckend und verlängern dafür konsequent Landesinitiativen wie
153 „Endlich ein ZUHAUSE!“.

154 Jede neue Wohnungslosigkeit ist nicht nur eine persönliche Tragödie, sondern auch eine
155 langfristige, kostenintensive Belastung unserer Sozialsysteme. Deshalb sorgen wir für eine
156 frühzeitigere Information der Wohnungsfachstellen bei drohendem Wohnraumverlust.

157 Für wohnungslose junge Menschen und Frauen braucht es den Ausbau gezielter Angebote, die ein
158 sicheres Zuhause als Grundlage schaffen, um wieder Stabilität, Perspektiven und
159 Selbstständigkeit zu gewinnen.

160 Nachbarschaften, die zusammenhalten

161 Ein gutes Zuhause ist mehr als eine Wohnung: Es ist auch die Nachbarschaft, in der man sich
162 kennt, aushilft und zusammen älter wird. Deshalb wollen wir gemeinschaftliche und
163 generationenübergreifende Wohnformen erleichtern. Wir passen das Baurecht besser an ihre
164 Bedürfnisse an und unterstützen Kommunen dabei, geeignete Flächen auch für
165 Mehrgenerationenwohnen, Genossenschaften und andere gemeinschaftliche Wohnprojekte zu
166 nutzen. Gemeinsam mit Genossenschaften und sozialen Trägern wollen wir bestehende Hürden bei
167 Planung und Umsetzung abbauen. So wird Wohnraum effizienter genutzt, sinken die Kosten für
168 die Einzelnen, und es entstehen soziale Netze, die soziale Isolation abbauen und den
169 Zusammenhalt zwischen den Generationen im Alltag stärken.

170 Wir gestalten darüber hinaus eine Quartierspolitik, die gute Nachbarschaft und
171 gesellschaftliche Teilhabe in den Mittelpunkt stellt. Dazu unterstützen wir Kommunen bei der
172 Entwicklung altersfreundlicher Quartiere. Wohnortnahe Begegnungs- und Beratungsangebote, gut
173 erreichbare Dienstleistungen und die aktive Beteiligung älterer Menschen an der Gestaltung
174 ihres Lebensumfelds ermöglichen es, möglichst lange selbstbestimmt im vertrauten Umfeld zu
175 leben.

176 Wir setzen uns für faire Löhne und gute Arbeit ein

177 Tarifbindung stärken

178 Gute Löhne und angemessene Arbeitsbedingungen werden am besten von starken Gewerkschaften
179 und Arbeitgeberverbänden verhandelt. Daher unterstützen wir regionale und
180 branchenspezifische Dialoge der beiden Tarifpartner. Klar ist: Wer für das Land NRW Aufträge
181 erfüllt, sollte seine Beschäftigten anständig bezahlen. Mit dem Tarifentgeltsicherungsgesetz
182 haben wir deshalb bei öffentlichen Aufträgen in NRW dafür gesorgt, dass dort künftig
183 Tarifentgelte zum Maßstab werden. Damit stärken wir faire Löhne und schützen tarifgebundene
184 Unternehmen vor einem Wettbewerb, der auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen wird. Wir
185 wollen hier nicht stehen bleiben und regelmäßig überprüfen, ob das Gesetz wirksam ist.
186 Dienstleistungsjobs in der Landesverwaltung, wie etwa Reinigung und Pförtnerdienste, werden
187 wir nicht weiter outsourcen.

188 Wir fördern den regelmäßigen Austausch zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und
189 Landesregierung und erarbeiten gemeinsam mit ihnen einen landesweiten Aktionsplan zur
190 Stärkung der Tarifbindung. Wir unterstützen Allgemeinverbindlichkeitserklärungen gerade in
191 Branchen mit geringer Tarifbindung und hohem Unterbietungsdruck durch Branchendialoge und
192 eine bessere Datengrundlage, und setzen uns auf Bundesebene für den Abbau rechtlicher
193 Hürden dafür ein. Tarifbindung und Mitbestimmung sollen künftig auch bei
194 Wirtschaftsförderung, Bürgschaften und Transformationsmitteln eine Rolle spielen.

195 Mitbestimmung stärken, prekäre Arbeit zurückdrängen

196 Die Behinderung von Betriebsratsgründungen und Betriebsratsarbeit ist kein Kavaliersdelikt
197 und muss konsequent verfolgt werden. Deshalb bauen wir die Beratung für
198 Betriebsratsgründungen und die Technologieberatungsstelle NRW aus. Besonders in der
199 Paketbranche, bei Lieferdiensten oder in Teilen der Kosmetik- und Beautybranche wollen wir
200 prekäre Beschäftigung zurückdrängen. Missbräuchliche Ketten aus Werkverträgen und
201 Subunternehmen dürfen nicht länger dazu genutzt werden, Verantwortung für faire Löhne,
202 Arbeitszeiten und Arbeitsschutz zu umgehen. Unser Ziel ist reguläre, tarifgebundene
203 Beschäftigung statt undurchsichtiger Ketten.

204 Arbeitsschutz-Mindeststandards müssen für alle, die in NRW arbeiten, gelten, auch für EU-
205 Arbeitnehmer*innen auf den Feldern, in Fleischbetrieben oder in der Logistik. Wir stärken
206 den Arbeitsschutz und unterstützen die Einrichtungen der fairen Mobilität.

207 Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz

208 Arbeitspolitik wollen wir stärker mit psychischer Gesundheit verbinden und psychische
209 Belastungen systematischer in den Arbeitsschutz einbeziehen. Dazu gehören Prävention und
210 Entstigmatisierung sowie eine bessere Beratung für Beschäftigte und Betriebe. Betriebliches
211 Eingliederungsmanagement, Beratungsangebote zu gesunder Arbeit und die Rückkehr nach
212 längeren Erkrankungen sollen verbessert werden, um Beschäftigte bei der Rückkehr an den
213 Arbeitsplatz besser zu begleiten. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sollen bei der
214 Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen unterstützt werden.

215 Wir stärken Gesundheit und Pflege für alle Generationen

216 Gesundheitschancen für alle – gerecht von Anfang an

217 Gesundheit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und entscheidet über Teilhabe
218 und Chancengerechtigkeit. Armut macht krank und Krankheit macht arm. Menschen in
219 benachteiligten Lebenslagen erkranken häufiger, leben oft kürzer und haben schlechteren
220 Zugang zu Prävention und Versorgung. Deshalb wollen wir eine barrierefreie,
221 diskriminierungssensible und wohnortnahe Gesundheitsversorgung sichern, bauen Sprachmittlung
222 aus und fördern verständliche Gesundheitsinformationen. Weil Diagnostik und Therapie noch
223 immer zu oft am männlichen „Normkörper“ ausgerichtet sind, bauen wir den Gender Health Gap

224 konsequent ab, fördern Frauengesundheit in Forschung und Versorgung und sichern einen
225 verlässlichen, wohnortnahen Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung. Den Zugang zu
226 HIV-Tests sowie zu PrEP und PEP wollen wir spürbar verbessern, unter anderem durch mehr
227 kostenlose Testangebote. Gemeinsam mit den Akteur*innen im Gesundheitswesen stärken wir
228 zudem die Diversitäts- und Antidiskriminierungskompetenz in Aus-, Fort- und Weiterbildung
229 und bauen kultursensible, barrierefreie Versorgungsangebote aus.

230 Rund 86 Prozent der Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt, meist von
231 Angehörigen. Bis 2050 wird laut Modellrechnung des Statistischen Landesamts jede zehnte
232 Person in NRW pflegebedürftig sein. Besonders belastet sind Alleinerziehende mit
233 Pflegeverantwortung, Eltern von Kindern mit Behinderung oder chronischer Erkrankung. Wir
234 wollen ihre Lebensrealität verbessern.

235 Gesund aufwachsen: 1.000 Tage für einen guten Start

236 Den Grundstein für ein gesundes Leben legen wir in den ersten Lebensjahren. Mit einem neuen
237 Projekt „Willkommen NRW-Babys – 1.000 Tage für einen gesunden Start ins Leben“ schaffen wir
238 eine landesweite Präventionskette von der Schwangerschaft bis zum zweiten Geburtstag und
239 beziehen dabei bewährte Programme wie „Elternstart NRW“ ein. Gesundheits-Lots*innen
240 begleiten Familien von Anfang an, vermitteln passgenaue Unterstützung und vernetzen
241 Hebammen, Kinder- und Jugendärzt*innen, Frühe Hilfen und Beratungsstellen. Zugleich stärken
242 wir die Kinder- und Jugendgesundheitsdienste der Gesundheitsämter, bauen Präventions- und
243 Beratungsangebote in Kitas und Schulen aus und nutzen die Ergebnisse der
244 Schuleingangsuntersuchungen gezielt dort, wo Kinder besonders häufig von Armut und
245 gesundheitlichen Belastungen betroffen sind.

246 Sichere Geburtshilfe und Versorgung von Schwangeren und Familien

247 Die Geburtshilfe in NRW steht unter erheblichem Druck. Fast jede zweite Hebamme denkt laut
248 Studien darüber nach, den Beruf zu verlassen. Lange Anfahrtswege, Personalmangel und
249 fehlende Eins-zu-Eins-Betreuung stehen einer sicheren und selbstbestimmten Geburt entgegen.
250 So wird auch Gewalt bei der Geburt begünstigt, deren gesundheitliche Folgen häufig
251 lebenslang bestehen bleiben und gesellschaftlich noch immer tabuisiert werden.

252 Besonders freiberufliche Hebammen werden zusätzlich durch hohe Kosten für die
253 Berufshaftpflicht aus dem Beruf gedrängt. Die Folgen zeigen sich unmittelbar in der
254 Versorgungsrealität: Kreißsaalschließungen gefährden gerade im ländlichen Raum die
255 Versorgungssicherheit von Schwangeren und Familien. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die
256 Erreichbarkeit und Qualität von Geburtsstationen zu sichern und Hebammen-Kreißsäle zu
257 verstetigen. Um Hebammen im Beruf zu halten und neue Hebammen zu gewinnen sind bessere
258 Arbeitsbedingungen, faire Vergütung und verlässliche Strukturen nötig. Die physische und
259 psychische Gesundheit von Gebärenden gehört ins Zentrum einer respektvollen und
260 bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung.

261 Sichere Schwangerschaftsabbrüche und eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung

262 Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein Grundrecht und eine zentrale Voraussetzung
263 für gesellschaftliche, berufliche und wirtschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir den
264 Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung in ganz NRW verlässlich sichern.
265 Schwangerschaftsabbrüche müssen wohnortnah, niedrigschwellig und ohne Stigmatisierung Teil
266 der regulären medizinischen Versorgung sein. Es darf nicht vom Wohnort abhängen, ob Frauen
267 Zugang zu einer sicheren medizinischen Versorgung erhalten. Deshalb wollen wir bestehende
268 Versorgungslücken schließen und sicherstellen, dass reproduktive Gesundheitsversorgung im
269 Rahmen der Krankenhausplanung flächendeckend berücksichtigt wird. Gleichzeitig setzen wir

270 uns dafür ein, dass Kenntnisse über Schwangerschaftsabbrüche verbindlich in der
271 gynäkologischen Aus- und Weiterbildung verankert werden.

272 Eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung endet jedoch nicht bei der reproduktiven
273 Gesundheit. Frauen müssen in allen Bereichen des Gesundheitswesens die Versorgung erhalten,
274 die ihren Bedürfnissen entspricht. Deshalb wollen wir Geschlechterunterschiede in
275 Diagnostik, Behandlung und medizinischer Versorgung stärker berücksichtigen und
276 Benachteiligungen abbauen. Die Angebote für Endometriose-Betroffene wollen wir ausbauen.
277 Auch die Wechseljahre gehören selbstverständlich zu einer geschlechtergerechten
278 Gesundheitsversorgung. Noch immer werden Beschwerden nicht ausreichend erkannt und
279 Betroffene finden nicht überall die Beratung und Behandlung, die sie benötigen. Wir wollen
280 deshalb das Wissen über alle Phasen der Wechseljahre in der medizinischen Versorgung
281 stärken, Fachkräfte besser qualifizieren und den Zugang zu evidenzbasierter Beratung und
282 Behandlung verbessern. Gleichzeitig wollen wir die Wechseljahre weiter enttabuisieren und
283 auch in der Arbeitswelt stärker ins Bewusstsein rücken. Unser Ziel ist eine
284 Gesundheitsversorgung, die allen Frauen unabhängig von Alter, Herkunft, Behinderung oder
285 Lebensrealität einen gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung und
286 gesundheitlicher Selbstbestimmung ermöglicht.

287 Psychische Gesundheit darf keine Frage des Geldes sein

288 Psychische Gesundheit ist eine wesentliche Grundlage für Lebensqualität, Selbstbestimmung
289 und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb behandeln wir sie als Querschnittsaufgabe und wollen
290 psychischen Belastungen möglichst früh begegnen. Unser Ziel ist es, Prävention,
291 Früherkennung sowie wohnortnahe und niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote
292 auszubauen, damit Menschen frühzeitig die Hilfe erhalten, die sie benötigen.

293 Dabei müssen Angebote die unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen berücksichtigen:
294 Wir wollen mehrsprachige und kultursensible Zugänge stärken, Barrieren für Menschen mit
295 Behinderungen abbauen und inklusive Angebote der psychosozialen und psychotherapeutischen
296 Versorgung sicherstellen. Menschen mit Fluchterfahrung brauchen zudem gezielte und
297 niedrigschwellige Unterstützungsangebote.

298 Kein Kind und kein junger Mensch darf mit seelischen Belastungen allein gelassen werden.
299 Kinder und Jugendliche brauchen frühzeitig und unkompliziert dort Unterstützung, wo sie
300 leben, lernen und ihren Alltag verbringen. Dabei braucht nicht jede psychische Belastung
301 sofort eine umfassende Psychotherapie. Deshalb wollen wir Psychotherapie neu denken,
302 zusätzliche niedrigschwellige Angebote schaffen und die Prävention deutlich stärken.
303 Gleichzeitig fördern wir die interdisziplinäre Zusammenarbeit, damit Psychotherapie,
304 Jugendhilfe und Sozialarbeit enger zusammenarbeiten und Hilfen besser aufeinander abgestimmt
305 werden.

306 Wir fördern niedrigschwellige Beratungsangebote und Peer-Beratung an Schulen, Hochschulen,
307 in der Arbeitswelt, in den Quartieren, der Suchthilfe und bei der Einsamkeitsprävention.
308 Darüber hinaus wollen wir innovative Versorgungs- und Behandlungskonzepte erproben und
309 wissenschaftlich begleiten. So gewinnen wir Erkenntnisse darüber, wie psychotherapeutische
310 und psychosoziale Hilfen künftig schneller, bedarfsgerechter und besser miteinander verzahnt
311 angeboten werden können. Angesichts zunehmender psychischer Belastungen und wachsender
312 Einsamkeit unter jungen Menschen prüfen wir zudem die Einrichtung niedrigschwelliger
313 psychotherapeutischer und psychosozialer Ambulanzen.

314 Einsamkeit kann gesellschaftliche Teilhabe erschweren und den Zusammenhalt schwächen.
315 Deshalb wollen wir Orte schaffen, an denen Menschen einander begegnen, Gemeinschaft erleben
316 und Unterstützung finden können. In unseren Städten und Gemeinden sollen offene

317 Begegnungsangebote für alle Generationen entstehen. Besonders wichtig ist uns, Kinder und
318 Jugendliche frühzeitig vor sozialer Isolation zu schützen und ihnen Räume für Austausch,
319 Zugehörigkeit und gemeinsames Erleben zu eröffnen.

320 Kinder- und Jugendmedizin neu denken und besser aufstellen

321 Kinder und Jugendliche werden im Gesundheitssystem seit Jahren systematisch benachteiligt,
322 obwohl Investitionen in ihre Gesundheit auch volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Wir wollen
323 Gesundheitsfachpersonen stärker im Lebensumfeld von Kindern verankern, die Zusammenarbeit
324 des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit Kitas und Schulen ausbauen, die Kinderkrankenpflege
325 durch gezielte Ausbildungsförderung unterstützen und über telemedizinische Vorschaltangebote
326 die Fehlinanspruchnahme von Notfallstrukturen reduzieren. Auch Prävention beginnt früh: Wir
327 bauen Information, Wissensvermittlung und Beratungsangebote für Jugendliche zu sexuell
328 übertragbaren Krankheiten und Drogen konsequent aus. Denn wer Risiken kennt, Warnsignale
329 früh erkennt und weiß, wo es vertrauliche Unterstützung gibt, kann selbstbestimmter und
330 verantwortungsvoller mit der eigenen Gesundheit umgehen. Prävention soll deshalb
331 niedrigschwellig, altersgerecht und nah an der Lebenswelt junger Menschen stattfinden.

332 Sucht- und Drogenpolitik ohne Kriminalisierung

333 Drogen wie Fentanyl, Crack und andere Substanzen zerstören Leben. Ein Ausstieg funktioniert
334 aber nur, wenn die betroffenen Menschen diesen auch wollen. Eine moderne Sucht- und
335 Drogenpolitik setzt deshalb so weit wie möglich auf Selbstbestimmung, klärt über Risiken auf
336 und hilft suchtkranken Menschen dabei, Schäden durch riskanten Konsum zu verringern. Bei
337 dieser Arbeit unterstützen wir die Kommunen und ihre bestehenden Angebote, um Menschen mit
338 ihrem Konsumdruck nicht in lebensbedrohliche Lagen zu bringen. Die zielgruppenspezifischen
339 Hilfsangebote und Beratungsstrukturen bauen wir aus. Damit wollen wir der Ausbreitung neuer
340 Substanzen, wie Fentanyl und Crack, und damit einhergehenden Herausforderungen begegnen.

341 Wir setzen uns dafür ein, dass es in NRW Modellkommunen nach dem Züricher Modell geben wird.
342 Prävention, Therapie, Schadensminderung und konsequentes Vorgehen gegen den illegalen
343 Drogenhandel müssen zusammengedacht werden. Menschen mit Suchterkrankungen brauchen Hilfe
344 statt Ausgrenzung, zugleich wollen wir offene Drogenszenen verhindern und den öffentlichen
345 Raum schützen.

346 Glücksspiel kann süchtig machen und Existenzen zerstören. Indem wir Zahlungsströme und den
347 Zugang zu illegalen Online-Angeboten unterbinden, bekämpfen wir wirksam illegales
348 Glücksspiel im analogen wie im digitalen Raum. Bei der Regulierung des legalen Marktes
349 setzen wir auf Spieler*innen- und Jugendschutz, mit einem Verbot für Glücksspielwerbung,
350 Glücksspiel-Streams und Glücksspielmechanismen in Videospielen. Gezielte Werbung bei
351 Risikogruppen unterbinden wir wirksam.

352 Auch neuere Erscheinungsformen der Sucht, wie zum Beispiel Online- und Gaming-Sucht, von
353 denen besonders jüngere Menschen betroffen sind, sind besorgniserregend. Jugend-, Suchthilfe
354 und das Gesundheitssystem müssen dafür zielgruppengerecht zusammenarbeiten und Betroffene
355 wie Angehörige einbeziehen; Therapieübergänge wollen wir spürbar verbessern. Rechtlichen
356 Entwicklungen im Gaming-Sektor begegnen wir bei Bedarf mit gezielten Aufklärungskampagnen.

357 Die richtige Versorgung am richtigen Ort

358 Mit der Krankenhausplanung haben wir die Versorgung in NRW grundlegend neu aufgestellt.
359 Diesen Weg gehen wir weiter: Eine verlässliche Grund- und Notfallversorgung muss für die
360 Menschen wohnortnah erreichbar bleiben, während spezialisierte Leistungen dort gebündelt
361 werden, wo die notwendige Erfahrung, Qualität und Ausstattung vorhanden sind. Dabei richten
362 wir die Krankenhausplanung am tatsächlichen regionalen Versorgungsbedarf aus und entwickeln

363 die Standorte gemeinsam mit der ambulanten Versorgung weiter. Wir investieren weiter in die
364 Modernisierung unserer Krankenhäuser und sorgen dafür, dass sie ihren Versorgungsauftrag
365 auch angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels zuverlässig erfüllen
366 können. Dabei denken wir ambulante Versorgung, Rettungsdienst und Krankenhäuser stärker
367 zusammen und sorgen für verlässliche Übergänge zwischen Prävention, Behandlung und
368 Nachsorge.

369 Wer im Notfall den Notruf wählt, muss sich darauf verlassen können, dass schnell die
370 richtige Hilfe kommt. Dafür entwickeln wir das Rettungsgesetz weiter, erarbeiten mit den
371 Kommunen eine landesweit einheitliche Rettungsdienstbedarfsplanung einschließlich der
372 Luftrettung und setzen uns beim Bund dafür ein, dass alle Leistungen des Rettungsdienstes
373 als Gesundheitsleistungen über die Krankenkassen abgerechnet werden können, damit Menschen,
374 wo fachlich vertretbar, vor Ort versorgt werden und ein Krankenhausaufenthalt vermieden
375 werden kann.

376 Ein gutes Gesundheitssystem orientiert sich an den Menschen, nicht an Zuständigkeiten.
377 Deshalb soll jede*r Bürger*in eine Hausarztpraxis oder ein Primärversorgungszentrum haben,
378 das die gesundheitliche Begleitung über alle Lebensphasen übernimmt. Wir fördern
379 multiprofessionelle Primärversorgungszentren, in denen Ärzt*innen, Pflegefachpersonen,
380 Community Health Nurses, Therapeut*innen, Hebammen und Apotheker*innen Hand in Hand
381 arbeiten. Wir bauen Telemedizin und regionale Gesundheitsnetzwerke aus und stärken
382 Gesundheitsregionen, die Kommunen, den Öffentlichen Gesundheitsdienst, Krankenhäuser und
383 niedergelassene Gesundheitsberufe besser vernetzen. So vermeiden wir unnötige
384 Krankenhausaufenthalte und sorgen dafür, dass Menschen schneller die passende Behandlung
385 erhalten.

386 Pflege stärken, Leiharbeit fair regulieren

387 Nur 30 Prozent der Pflegekräfte können sich vorstellen, ihren Beruf bis zur Rente auszuüben.
388 Obwohl das Tarifniveau in der Pflege in NRW bundesweit am höchsten ist, bleiben die
389 Lohnunterschiede zwischen Menschen in Leiharbeit und direkt Angestellten hoch. Wir fordern,
390 den Korridor für übertarifliche Bezahlung in der Refinanzierung auf 15 Prozent zu erhöhen
391 und Nacht- und Wochenendzuschläge steuer- und abgabenfrei zu stellen. Die Vorteile von
392 Leiharbeit – wie ein flexiblerer und selbstbestimmterer Arbeitseinsatz – können auch im
393 Regelsystem erreicht werden. Gleichzeitig wollen wir den Bedarf an Leiharbeit durch
394 Pflegepools, eine verbindliche und quartiersorientierte Pflegebedarfsplanung sowie mehr
395 ambulante und wohnortnahe Pflegeangebote reduzieren. Wo Leiharbeit dennoch notwendig ist, um
396 kurzfristige Personalengpässe aufzufangen, wollen wir sie zum Beispiel durch ein Verbot
397 aggressiver Abwerbekampagnen, Zertifizierungspflichten und einrichtungsbezogene Obergrenzen
398 stärker regulieren.

399 Gesund älter werden – selbstbestimmt bis ins hohe Alter

400 Gute Gesundheits- und Pflegepolitik beginnt lange vor dem Beginn von Pflegebedürftigkeit.
401 Wir investieren in kommunale Präventionsangebote, Bewegungsförderung und Sturzprävention
402 sowie die Vernetzung von Reha-Angeboten mit der gesundheitlichen und pflegerischen
403 Versorgung. Wir fördern altersgerechte Quartiere mit kurzen Wegen, barrierefreien Angeboten
404 und Begegnungsorten, stärken Wohnberatung und diversitätssensible Pflege und bauen
405 demenzfreundliche Kommunen sowie regionale Demenznetzwerke aus. Wir denken Bewegung und
406 Gesundheitsförderung bei der Stadt- und Quartiersentwicklung mit und schaffen insbesondere
407 für ältere Menschen mehr niedrigschwellige Bewegungs- und Trainingsmöglichkeiten im
408 öffentlichen Raum. Nachbarschaftstreffs und Mehrgenerationenorte wirken zugleich der
409 Einsamkeit entgegen, die als ernst zu nehmendes Gesundheitsrisiko gilt.

410 Digitalisierung und Innovation im Gesundheitswesen

411 Digitalisierung, Forschung und neue Technologien eröffnen enorme Chancen, wenn sie den
412 Menschen dienen. Wir unterstützen Krankenhäuser, Gesundheitsämter und weitere
413 landesgeförderte Einrichtungen dabei, interoperable, barrierefreie und datenschutzkonforme
414 digitale Verfahren einzuführen, fördern digitale Modellprojekte und telemedizinische
415 Netzwerke und setzen uns auf Bundesebene für eine nutzerfreundliche elektronische
416 Patientenakte ein. Wir wollen NRW zum Vorreiter für einen verantwortungsvollen Einsatz
417 Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen machen und dafür eine KI-Strategie entwickeln,
418 die Forschung, Versorgung und Gesundheitswirtschaft zusammenbringt und den konkreten Nutzen
419 für Patient*innen und Beschäftigte in den Mittelpunkt stellt. Künstliche Intelligenz kann
420 Diagnostik, Therapie und Forschung unterstützen, ersetzt aber nicht die Verantwortung
421 medizinischer Fachkräfte. Ihr Einsatz muss transparent, nachvollziehbar und
422 diskriminierungsfrei bleiben. Wir fördern die Zusammenarbeit von Hochschulen,
423 Krankenhäusern, Gesundheitswirtschaft und Start-ups, damit Innovationen schneller in die
424 Versorgung gelangen.

425 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

426 Wir unterstützen Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen, den Rettungsdienst und den
427 Öffentlichen Gesundheitsdienst dabei, sich mit Hitzeschutzkonzepten, Hitzewarnketten,
428 klimaresilienten Gebäuden und Notfallplänen besser auf die Folgen des Klimawandels
429 vorzubereiten. Green Hospitals sollen zu einem festen Bestandteil der Krankenhausentwicklung
430 in NRW werden. Dazu gehören insbesondere wirksame Kühl- und Hitzeschutzmaßnahmen für
431 Patient*innen und Beschäftigte, Klimaanlage, energieeffiziente Gebäude, Photovoltaikanlagen
432 auf geeigneten Dachflächen, Batteriespeicher, nachhaltige Beschaffung und
433 ressourcenschonende Prozesse. Von der Bundesregierung fordern wir, endlich für mehr
434 Hitzeschutz und die notwendigen Voraussetzungen für Klimaanlage in Gesundheits- und
435 Pflegeeinrichtungen zu sorgen. So investieren wir in den Klimaschutz, senken langfristig
436 Betriebskosten und sorgen dafür, dass Krankenhäuser auch bei Hitzewellen und anderen Krisen
437 leistungsfähig bleiben.

438 Gleichzeitig bauen wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst weiter aus und verbessern Krisen-
439 und Notfallpläne, damit unser Gesundheitswesen auch in künftigen Pandemien und anderen
440 Krisen handlungsfähig bleibt.

441 Wir bauen Inklusion und Teilhabe aus

442 Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, sowie
443 Neurodivergente selbstbestimmt und selbstverständlich mitten in unserer Gesellschaft leben
444 können. Dass sie lernen und arbeiten können, wo andere es auch tun, dass sie verstanden
445 werden und dazugehören – und dass sie selbst entscheiden können, wie sie ihr Leben
446 gestalten. Das ist für uns Inklusion. Daher setzen wir uns entschlossen für die Umsetzung
447 der UN-Behindertenrechtskonvention in NRW ein. Dabei gilt für uns der Grundsatz „Nichts über
448 uns ohne uns“: Wer über die Belange von Menschen mit Behinderungen entscheidet, muss sie von
449 Anfang an einbeziehen, statt nur über sie zu sprechen.

450 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die im Bundesrat eingebrachte Initiative zur
451 finanziellen Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Eingliederungshilfe endlich
452 umgesetzt wird und fordern eine Dynamisierung dieser Entlastung, damit Länder und Kommunen
453 bei den steigenden Kosten nicht allein gelassen werden. Die Transparenz über Leistungs-,
454 Kosten- und Organisationsstrukturen der Eingliederungshilfe verbessern wir weiter.

455 Wir wollen das Gesetz über die Hilfen für Blinde und Gehörlose gerechter machen und die
456 Leistungen konsequenter an den tatsächlichen Mehrbedarfen ausrichten. Zugleich wollen wir

457 die Rechte auf barrierefreie Kommunikation und Information stärken. Denn wer Informationen
458 nicht verstehen oder erreichen kann, wird von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

459 Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist sozial gerecht und angesichts des Fachkräftemangels
460 wirtschaftlich klug. Arbeit bedeutet aber noch mehr: Sie schafft Selbstständigkeit und
461 Anerkennung. Diese Erfahrung muss allen Menschen offenstehen. Dafür spielen Werkstätten für
462 Menschen mit Behinderungen eine wichtige Rolle. So wird durch den „NRW-Weg“ in NRW als
463 einzigem Bundesland Menschen mit Schwerst- und Mehrfachbehinderungen und sehr hohen
464 Assistenzbedarfen als Werkstattbeschäftigte eine Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht.

465 Der aktuelle Teilhabebericht zeigt positive Entwicklungen, aber auch, dass der Übergang aus
466 Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
467 ausbaufähig ist. Wir bauen Inklusionsbetriebe aus, verbessern Übergänge in reguläre
468 Beschäftigung und fordern von der Bundesregierung, den Prozess zur fairen Entlohnung von
469 Werkstattbeschäftigten zügig und verlässlich finanziert fortzusetzen.

470 Inklusionspolitik muss sich an konkreten Fortschritten messen lassen. Auch das Land selbst
471 muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Das neu eingeführte Fünf-Prozent-Ziel bei
472 Neueinstellungen von schwerbehinderten und ihnen gleichgestellten Menschen in der
473 Landesverwaltung wollen wir weiter verfolgen und dafür Hürden in Bewerbungsverfahren abbauen
474 sowie die Landesverwaltung stärker als inklusiver Arbeitgeber sichtbar machen.

WP-05 Ein Land der Freiheit, Sicherheit und Erneuerung

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Text

Wir wollen einen Staat, der für die Menschen da ist und dabei einfach funktioniert. Es ist kein Naturgesetz, dass der Kontakt mit Ämtern und Behörden oft müßig ist. Wir wollen, dass der Staat mit digitalen Diensten und einer offenen, nahbaren Kommunikation schnell, gut und hilfreich funktioniert. Wir denken nicht von der Akte her, sondern vom Menschen.

Wir wollen, dass der Staat für Menschen Probleme löst und keine neuen schafft. Da wo Verwaltungsstrukturen zu kompliziert und zu träge geworden sind, werden wir sie effizienter und schlanker machen. Wir bauen bürokratische Vorgaben ab, wo sie nicht benötigt werden.

Unser Staat muss handlungsfähig sein. Dazu gehören die digitale Unabhängigkeit von anderen Staaten und eine klare Haltung zu KI: Wir nutzen sie, wo es sinnvoll ist, machen aber gleichzeitig klar, dass wir die Regeln bestimmen. Zu einem handlungsfähigen Staat gehören auch finanziell besser ausgestattete Kommunen, damit es auch in Zukunft Schwimmbäder, Bibliotheken und gute Schulgebäude vor Ort gibt. Das stärkt den Zusammenhalt und ist die beste Prävention gegen Extremismus und Gewalt.

Gegenüber jenen, die unsere Gesellschaft und genau diesen Zusammenhalt aber angreifen, braucht es einen starken Staat; eine professionelle Polizei und eine handlungsfähige Justiz. Gegenüber den Feinden der Demokratie und unserer liberalen Gesellschaft werden wir Zähne zeigen, ob im Aus- oder im Inland.

Wir wollen einen modernen Staat; einen, der bei den Alltagsproblemen hilft, bei der Transformation unterstützt und uns als vielfältige Gesellschaft stark macht. Einen Staat, der Freiheit schützt, Sicherheit gewährleistet und Erneuerung möglich macht. Wir wissen, wie das geht, weil wir es unter anderem seit fast fünf Jahren in der Landesregierung tun. Ob Energiekrise, oder Pandemie oder die Folgen der Hochwasserkatastrophe, wir haben Verantwortung übernommen und NRW erfolgreich durch Krisen geführt. Wir machen Politik mit klarem Kopf und ohne die Menschen allein zu lassen. Diese Erfahrung nehmen wir mit in die nächsten Jahre: für alle 18 Millionen Menschen in diesem Land, entlastend und immer mit dem Ziel, dass sich Vertrauen in den Staat aus echten Erfahrungen speist.

Ein moderner Staat ist für uns die Grundlage dafür, dass wir als Gesellschaft zusammenhalten, wenn es darauf ankommt – heute und in Zukunft. Diesen Weg gehen wir weiter: anpackend, ehrlich und mit der Zuversicht, dass NRW jeden Tag ein Stück besser werden kann.

Wir machen Verwaltung digital und einfach

Digitale Dienste, die alle erreichen

Personalausweis verlängern, Auto ummelden, Gewerbe anmelden: Noch immer bedeutet das für viele Menschen in NRW Behördengang, Wartenummer und Papierkram. Wir wollen, dass das auch per Swipe zu Hause am Küchentisch geht. Wir wollen digitale Dienste für Bürger*innen und Unternehmen ausbauen. Das reduziert Verwaltungsgänge, macht sie effizienter und spart Kosten. Durch Digitalisierung machen wir unsere Verwaltung zu einer Ermöglichungsverwaltung, die die Angebote zu den Menschen und Unternehmen bringt: Bei bereits vorliegenden Daten sollen Leistungen und ein Datenaustausch zwischen unterschiedlichen Behörden automatisch angeboten werden.

40 Digitale Verwaltung darf niemanden zurücklassen. Unser Ziel sind barrierefreie und
41 mehrsprachige digitale Dienste, die wirklich alle Bevölkerungsgruppen nutzen können. Für
42 alle diejenigen, die sie brauchen, bleibt daneben selbstverständlich eine persönliche
43 Beratung vor Ort bestehen. Auch digitale Beteiligungs- und Debattenräume zwischen
44 Bürger*innen und Staat müssen diesen Standards entsprechen.

45 Für Standardaufgaben der Verwaltung schaffen wir gemeinsame digitale Lösungen, die
46 landesweit genutzt werden können. Nicht jede der 396 Kommunen in NRW soll für die gleichen
47 Aufgaben eigene Lösungen entwickeln oder beschaffen müssen. Stattdessen setzen wir auf
48 gemeinsame, offene Systeme, die einen sicheren und automatisierten Datenaustausch
49 ermöglichen. So können Daten zwischen den zuständigen Stellen fließen und Verfahren vom
50 ersten Kontakt der Bürger*innen bis zum fertigen Bescheid medienbruchfrei digital bearbeitet
51 werden. Das spart Personal- und Sachkosten, entlastet insbesondere kleinere Kommunen und
52 ermöglicht Bürger*innen, ihre Anliegen digital, einfach, unabhängig und jederzeit vom
53 Wohnort aus zu erledigen. Die kommunalen IT-Dienstleistungen stärken wir als regionale
54 Ansprechpartner*innen und organisieren ihre Zusammenarbeit stärker arbeitsteilig und
55 standardisiert.

56 Darauf aufbauend ermöglichen wir Bürger*innen einen einheitlichen Verwaltungszugang. Niemand
57 soll sich mehr fragen, welche App oder Website für den Behördengang gebraucht wird, weil es
58 eine einheitliche Deutschland-App gibt. In Kooperation mit den anderen Ländern und dem Bund
59 wollen wir dafür sorgen, dass häufig genutzte und weitgehend einheitlich geregelte
60 Leistungen wie Personalausweis, Kfz-Zulassung, Wohnsitzan- und -ummeldung oder
61 Gewerbeanmeldung in Hamm und Hannover gleichermaßen funktionieren und an derselben Stelle
62 digital zugänglich sind. Wir setzen dabei auf Kooperation unter den Ländern, unterstützen
63 andere Länder aktiv in ihren Entwicklungen, passen ggf. eigene Verwaltungsprozesse und
64 Lösungen an, um die Nachnutzung aus anderen Ländern zu beschleunigen, und verzichten dabei
65 konsequent auf teure Doppellösungen aus NRW.

66 Die digitale Umsetzung von Gesetzen ist komplex. Deshalb möchten wir prüfen, ob innovative
67 Ansätze, wie ein Pilotprojekt „Law as Code“, also die zusätzliche maschinenlesbare Abbildung
68 gesetzlicher Regelungen, die digitale Umsetzung von Gesetzen erleichtern können.

69 Für viele Bereiche haben wir die Genehmigungsverfahren schon beschleunigt, nun wollen wir
70 sie weiter vereinfachen. Nach dem Vorbild des Projekts „Gründen in 24 Stunden“, wollen wir
71 für ausgewählte Vorhaben digitale Genehmigungsverfahren aus einer Hand erproben: Ein Antrag,
72 eine Stelle, die alle beteiligten Fachbehörden intern koordiniert. Verbindliche
73 Bearbeitungsfristen mit echter Genehmigungsfiktion sorgen dafür, dass die Fachbehörde in
74 angemessenem Zeitraum liefern muss. Förderprogramme nützen nur, wenn man sie findet. Deshalb
75 ergänzen wir das Förderportal „Nordrhein-Westfalen fördert“ um eine KI-gestützte
76 Lotsenfunktion, die passende Programme automatisch vorschlägt und verständlich erklärt.

77 Digitale Infrastruktur: flächendeckend

78 Schnelles Internet gehört heute einfach zum Alltag: Es ermöglicht Homeoffice auf dem Land,
79 Videosprechstunden bei der Ärztin, digitalen Unterricht in der Schule und moderne Produktion
80 im Betrieb. Wir haben den Glasfaser- und Mobilfunkausbau in NRW spürbar vorangetrieben und
81 setzen diesen Kurs fort. Unser Ziel bleibt: flächendeckend Glasfaser und 5G bis Ende des
82 Jahrzehnts, damit die Gleichwertigkeit von Stadt und ländlichem Raum keine Frage der
83 Internetverbindung mehr ist. Das Kompetenzzentrum „Gigabit.NRW“ und die geförderten Gigabit-
84 und Mobilfunkkoordinator*innen in den Kreisen unterstützen die Kommunen dabei weiterhin. Mit
85 dem Breitband-Portal können Genehmigungsverfahren für den Breitbandausbau bereits digital
86 abgewickelt werden. Wir wollen seine Nutzung in NRW weiter voranbringen und dafür sorgen,

87 dass die Verfahren beim Ausbau digitaler Infrastruktur möglichst einfach, standardisiert und
88 medienbruchfrei ablaufen. Wo noch kein Glasfaserkabel liegt, schließt Mobilfunk die Lücke.

89 Digitale Souveränität: raus aus der Abhängigkeit

90 Digitale Souveränität bedeutet für uns, selbst über die digitale Zukunft Nordrhein-
91 Westfalens entscheiden zu können. Deshalb reduzieren wir einseitige Abhängigkeiten von
92 außereuropäischen Anbietern und setzen beim Ausbau der Landes-IT konsequent auf offene
93 Standards, offene Schnittstellen und Open-Source-Software. Öffentlich finanzierte Software
94 soll grundsätzlich als Open Source veröffentlicht und von anderen Behörden nachgenutzt
95 werden können. Den Wandel gestalten wir gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren
96 Personalvertretungen. Wir verfolgen einen Derisking-Ansatz: Nicht Autarkie ist das Ziel,
97 sondern die Fähigkeit, technische Entscheidungen selbstbestimmt treffen und Anbieter
98 wechseln zu können. Wo Cloud-Lösungen eingesetzt werden, setzen wir auf den Aufbau und die
99 Nutzung leistungsfähiger öffentlicher, beziehungsweise in öffentlicher Verantwortung
100 betriebener Rechenzentren. So stärken wir Sicherheit, Resilienz und die digitale
101 Handlungsfähigkeit des Landes und seiner Kommunen.

102 Beim Zahlungsverkehr lösen wir uns weiter schrittweise von teuren außereuropäischen
103 Anbietern: Wir stärken die europäische Souveränität und wollen digitale Zahlweg-Alternativen
104 für Landes- und kommunale Dienstleistungen anbieten. So halten wir Steuergeld im
105 europäischen Wirtschaftsraum. Daten und Infrastruktur der NRW-Verwaltung sichern wir unter
106 europäischer Kontrolle, ohne Risiken durch den US-Cloud-Act. Das Vergaberecht wird für uns
107 zum Hebel: Wer Software beschafft, schaut nicht nur auf den Preis, sondern auch auf
108 Souveränität und Resilienz. So machen wir uns unabhängig von Tech-Oligarchen und stärken den
109 Wirtschaftsstandort NRW.

110 Cybersicherheit als gemeinsame Aufgabe

111 Mit unserem Informationssicherheitsgesetz haben wir die Grundlage für eine moderne
112 Cybersicherheitsarchitektur geschaffen. Künftig wollen wir auch die Kommunen systematisch
113 einbeziehen und sie bei der Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen finanziell, organisatorisch
114 und fachlich unterstützen. Denn Cybersicherheit darf nicht von der Größe einer Kommune
115 abhängen. Wir schaffen eine widerstandsfähige digitale Infrastruktur, die den realen
116 Bedrohungen unserer Zeit gewachsen ist. Angriffe auf die digitale Infrastruktur müssen
117 regelmäßig geübt werden wie Katastrophen- oder Brandschutzlagen. Deshalb etablieren wir
118 verbindliche Cybersicherheitsübungen und stärken die Zusammenarbeit zwischen Land und
119 Kommunen. Gleichzeitig bauen wir ein leistungsfähiges landeseigenes Cyber-Response-Team auf,
120 das Sicherheitsvorfälle erkennt, Kommunen und Behörden im Ernstfall unterstützt und Wissen
121 im gesamten öffentlichen Sektor verfügbar macht.

122 Über "Digital.Sicher.NRW" wollen wir insbesondere kleine und mittlere Unternehmen dabei
123 beraten und unterstützen, ihre digitale Resilienz auszubauen und zugleich europäische
124 Technologien und Anbieter voranbringen. Oft fehlen hier eigene große IT-Abteilungen,
125 Fachkräfte oder schlicht die Ressourcen, um sich ausreichend abzusichern. Gleichzeitig kann
126 ein erfolgreicher Cyberangriff Produktion und Geschäftsbetrieb lahmlegen und im schlimmsten
127 Fall die Existenz eines Unternehmens bedrohen. Deshalb begreifen wir Cybersicherheit als
128 Teil einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik. Wir wollen, dass NRW als Vorbild bundesweit
129 vorangeht. Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundesebene für einheitliche, digitaltaugliche
130 Standards ein.

131 Einen attraktiven öffentlichen Dienst schaffen

132 Wir wollen einen modernen Staat und brauchen dafür auch attraktive Rahmenbedingungen. Wir
133 haben bereits die rechtlichen Rahmenbedingungen für den öffentlichen Dienst in NRW

flexibilisiert und modernisiert. Diesen Weg wollen wir fortführen. Dazu gehören insbesondere der Ausbau von Co-Working-Spaces und faire Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten. Wir setzen uns für behördenübergreifende Weiterbildungsangebote ein, um die Zusammenarbeit zwischen Landesinstitutionen zu fördern und Synergieeffekte zu nutzen. Wir fördern den Wechsel zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst, insbesondere wollen wir die Anerkennung von Abschlüssen und beruflichen Erfahrungen erleichtern. Um die Durchlässigkeit weiter zu verbessern, setzen wir uns für das Recht für alle Beamt*innen ein zwischen individueller und pauschaler Beihilfe zu wählen und wollen die grundsätzliche Höchstaltersgrenze überwinden. Deshalb prüfen wir, wo sie erhöht oder gelockert werden kann.

Wir haushalten verantwortungsvoll für die Zukunft

Ein Haushalt, der Zukunft ermöglicht

Politik muss ehrlich sein, auch wenn es unbequem ist. Wir wissen: Angesichts der angespannten Haushaltslage werden Einsparungen auch in den kommenden Jahren notwendig sein. Dabei setzen wir klare Prioritäten und schützen, was für die Zukunft unseres Landes und den gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders wichtig ist. Gleichzeitig heben wir Effizienzpotenziale und bauen unnötige Strukturen und Bürokratie ab. Eine starke Wirtschaft und neues Wachstum schaffen Arbeitsplätze und Wohlstand und stärken gleichzeitig langfristig auch die finanzielle Basis unseres Landes. So sichern wir dauerhaft die finanzielle Handlungsfähigkeit unseres Landes, ohne die Zukunft kaputt zu sparen.

Damit Bürger*innen nachvollziehen können, wofür ihr Steuergeld eingesetzt wird, modernisieren wir das Rechnungswesen und wollen die wirkungsorientierte Haushaltssteuerung voranbringen. Wir machen im Landeshaushalt transparent, welchen sozialen, ökologischen und finanziellen Nachhaltigkeitszielen die Ausgaben des Landes dienen, und entwickeln dieses Nachhaltigkeitstracking konsequent weiter. Effizienzpotenziale wollen wir durch einfachere Verfahren, eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Landesverwaltung und die Bündelung geeigneter Aufgaben heben.

Auch unsere Förderpolitik richten wir stärker auf Wirkung und weniger auf immer neue Programme aus. Nicht für jedes neue politische Ziel braucht es einen neuen Fördertopf mit eigenen Antrags-, Bewilligungs- und Nachweisverfahren. Wir überprüfen alle bestehenden Förderprogramme darauf, ob sie ihre Ziele wirksam und mit möglichst wenig Bürokratie erreichen, bündeln Programme mit ähnlichen Zielen und richten bestehende Instrumente stärker auf neue politische Herausforderungen aus. Wo eine pauschale Finanzierung sinnvoller ist als kleinteilige Einzelförderungen, wollen wir auf Pauschalen umstellen. So reduzieren wir Bürokratie für Förderempfänger*innen und Verwaltung, setzen öffentliche Mittel effizienter ein und schaffen mehr Verlässlichkeit.

Die Arbeit und Wirkung von Landesbeauftragten soll regelmäßig evaluiert werden, um die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit zu überprüfen und Weiterentwicklungsbedarfe frühzeitig zu erkennen.

Wir wollen ein einfaches, transparentes und faires Grundsteuermodell für NRW nach dem Vorbild des Bodenwertmodells, wie es Baden-Württemberg bereits etabliert hat, einrichten, mit Zuschnitt auf die Bedürfnisse unseres Landes. Mit Blick auf die nächste Hauptfeststellung 2029 korrigieren wir die Messzahlen, damit Wohnen bezahlbar bleibt.

Finanz- und Haushaltskontrolle schaffen Vertrauen in den Staat. Wir versetzen Landtag und Landesrechnungshof stärker in die Lage, auch die finanziellen Auswirkungen von Gesetzesvorhaben im Blick zu behalten.

Gemeindefinanzierung verlässlich aufstellen

180 Wir sichern die Gemeindefinanzierung dauerhaft und geben den Kommunen mehr Geld für ihre
181 gestiegenen Aufgaben, indem wir den Verbundsatz im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) weiter
182 schrittweise anheben. Tempo und Umfang der weiteren Umsetzung richten wir nach der
183 allgemeinen Steuerentwicklung – je besser sie verläuft, desto schneller gehen wir voran. Das
184 verbessert unmittelbar die Finanzlage der Kommunen und erleichtert die Finanzierung sowohl
185 pflichtiger als auch freiwilliger Leistungen in Bildung, Sozialem, Kultur und Sport sowie
186 kommunaler Investitionen.

187 Wir entwickeln das GFG hin zu einer bedarfsgerechteren, wissenschaftlich fundierten
188 Finanzverteilung, die vor allem für kleinere Gemeinden besser planbar ist. Dies tun wir
189 zulasten pauschaler Zuweisungen wie der Aufwands- und Unterhaltungspauschale und ergänzen es
190 um einen Mechanismus zur mehrjährigen Stabilisierung der Finanzkraftbetrachtung.

191 Kommunen entlasten

192 NRW hat mit seiner Altschuldenlösung und der Übernahme von fast neun Milliarden Euro
193 kommunaler Altschulden bereits einen historischen Schritt zur Entlastung überschuldeter
194 Kommunen gemacht. Damit geben wir insbesondere den Städten und Gemeinden wieder mehr
195 finanziellen Handlungsspielraum, die über Jahrzehnte hohe Liquiditätskredite aufnehmen
196 mussten, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Denn hohe Altschulden und die damit
197 verbundenen Zinslasten nehmen Kommunen das Geld, das sie für Investitionen in Schulen und
198 Kitas, Straßen und Brücken, sozialen Zusammenhalt, Klimaschutz, Kultur und Sport dringend
199 brauchen. Die Bundesregierung muss jetzt endlich ihr langjähriges Versprechen einer
200 umfassenden Altschuldenlösung einlösen und ihren Teil zur Entlastung der Kommunen beitragen.
201 Die bislang vorgesehene Beteiligung des Bundes reicht dafür nicht aus und ist zudem nur bis
202 2029 vorgesehen. Wir erwarten, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern eine tragfähige
203 Lösung schafft, die besonders hoch verschuldete Kommunen dauerhaft von ihren übermäßigen
204 Altschulden befreit und ihnen damit einen echten finanziellen Neustart ermöglicht. Zugleich
205 müssen Bund und Land für eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung der Kommunen sorgen, damit
206 nicht neue Altschulden entstehen.

207 Die Eingliederungshilfe ist eine der am schnellsten wachsenden kommunalen Transferleistungen
208 und trägt erheblich zur strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen bei. Die
209 Eingliederungshilfe ist für die Kommunen mit erheblichen und weiter steigenden Kosten
210 verbunden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Bund sich dauerhaft und verlässlich an
211 ihrer Finanzierung beteiligt und die Kommunen strukturell entlastet.

212 Wir stehen zum verfassungsrechtlichen Prinzip der Veranlassungskonnexität in NRW und
213 gleichen Mehrbelastungen der Kommunen durch Landesgesetze weiterhin finanziell aus. Das
214 Konnexitätsprinzip muss endlich auch für den Bund verbindlich gelten. Dafür setzen wir uns
215 mit einer Grundgesetzänderung ein.

216 Wir entwickeln die Kommunale Haushaltsverordnung (KomHVO) weiter, um nachhaltige
217 Investitionen in Kreislaufwirtschaft, Energieeffizienz, CO₂-Reduktion und soziale Standards
218 gezielt zu fördern und die Nutzung klimaschädlicher Technologien zeitlich stärker zu
219 begrenzen.

220 Mit dem Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur haben wir in der Landesregierung das
221 größte Infrastruktur- und Investitionsprogramm in der Geschichte unseres Landes auf den Weg
222 gebracht. Den Kommunen stellen wir daraus zehn Milliarden Euro für Investitionen pauschal
223 zur Verfügung mit einem besonderen Schwerpunkt auf Kitas, Schulen und Ganzttag sowie der
224 Sanierung kommunaler Gebäude und dem Klimaschutz. Damit schaffen wir langfristige
225 Planungssicherheit und ermöglichen den Kommunen, innerhalb breiter Investitionsbereiche
226 selbst zu entscheiden, was vor Ort gebraucht wird. Die bereitgestellten Mittel wollen wir

227 schnell in konkrete Investitionen umsetzen. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass auch
228 über die Laufzeit des Nordrhein-Westfalen-Plans hinaus dauerhaft ausreichend in die
229 kommunale Infrastruktur investiert wird, damit kein neuer Investitionsstau entsteht.

230 Wir reduzieren aufwendige Antrags-, Bewilligungs- und Nachweisverfahren, entlasten die
231 Verwaltungen in Land und Kommunen und sorgen dafür, dass Fördermittel schneller vor Ort
232 ankommen, indem wir Programme grundsätzlich pauschalisieren und nur im Ausnahmefall
233 Einzelförderungen vornehmen. Zugleich stärken wir so die kommunale Selbstverwaltung und
234 geben Städten und Gemeinden mehr Planungssicherheit und Handlungsspielraum, weil sie selbst
235 am besten wissen, welche Investitionen vor Ort notwendig sind. Davon profitieren
236 insbesondere kleinere und finanzschwächere Kommunen, denen häufig die personellen Ressourcen
237 fehlen, um aufwändige Förderprogramme zu beantragen und abzuwickeln.

238 Wir überprüfen, wo eine Zentralisierung beim Land Synergien ergibt, beispielsweise bei
239 kommunalen Pflichtaufgaben nach Weisung mit wenig örtlichem Bezug und hohem
240 Digitalisierungspotenzial, etwa Wohngeld, Elterngeld und Hilfen zur Pflege. Aufgaben mit
241 deutlichem Ortsbezug oder eigenem Ermessensspielraum wie Bauleitplanung oder Kita-Planung
242 bleiben im Sinne der Subsidiarität ausdrücklich bei den Kommunen.

243 Nachhaltig investieren

244 Das Erfolgsrezept der Nachhaltigkeitsanleihen des Landes bauen wir aus, damit privates
245 Kapital weiterhin gezielt in nachhaltige Landesprojekte investiert wird. Beim landeseigenen
246 Pensionsfonds haben wir Investitionen in fossile Energieträger und Atomenergie konsequent
247 ausgeschlossen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Bei den Sparkassen und insbesondere der
248 NRW.BANK setzen wir uns ebenfalls dafür ein, dass sie mit ihren Finanzierungs- und
249 Förderangeboten Mittelstand, Handwerk und Kommunen bei Investitionen in Modernisierung und
250 die klimaneutrale Transformation unterstützen. Das Ziel der klimaneutralen Landesverwaltung
251 bis 2030 verfolgen wir bei Bau und Beschaffung weiter konsequent.

252 Mit ihrer Beschaffung und ihren Investitionen kann die öffentliche Hand zu Nachhaltigkeit
253 und fairem Handel beitragen und zugleich langfristig Kosten senken. Die Landesverwaltung
254 muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Wir richten die Vergabeentscheidungen der
255 Landesverwaltung deshalb an verbindlichen sozialen und ökologischen Kriterien aus. Darüber
256 hinaus unterstützen wir die Kommunen im Land bei der Umsetzung einer fairen, nachhaltigen
257 Beschaffung und stärken dafür Beratung und Wissenstransfer.

258 Wo öffentliche Mittel in Neubau, Ausbau oder Sanierung von Gebäuden und Infrastruktur
259 fließen, denken wir Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz von Anfang an mit. Investitionen
260 sollen dazu beitragen, Energie und Ressourcen zu sparen, Gebäude und Infrastruktur gegen
261 Hitze, Starkregen und andere Folgen der Klimakrise zu wappnen sowie ihre langfristigen
262 Betriebs- und Folgekosten zu senken. Ein verbindlicher Teil öffentlicher Investitionen in
263 Baumaßnahmen soll in Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Kreislaufwirtschaft fließen.
264 Dieses Prinzip wollen wir auch in bestehenden Förderprogrammen des Landes stärker verankern.
265 Damit nutzen wir die öffentliche Nachfrage gezielt, um innovative, klimafreundliche und
266 zirkuläre Lösungen in die Anwendung zu bringen, ihnen den Weg in den Markt zu erleichtern
267 und ihre Skalierung voranzutreiben. Dabei setzen wir auf wirtschaftliche Lösungen über den
268 gesamten Lebenszyklus hinweg: Was heute sinnvoll investiert wird, spart morgen Energie,
269 Reparaturen und öffentliche Mittel. So verbinden wir die Modernisierung unserer
270 Infrastruktur mit Klimaschutz und einem verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld.

271 Europäische Mittel wirksam für NRW einsetzen

272 Europäische Strukturfördermittel sind für NRW ein zentraler Hebel, um Transformation und
273 Strukturwandel sozial gerecht zu gestalten, bessere Ausbildungs- und Berufschancen zu

274 schaffen und Ressourcen nachhaltig zu nutzen. Der Entwurf für den neuen mehrjährigen
275 Finanzrahmen der Europäischen Union sieht jedoch grundlegende strukturelle Veränderungen für
276 die Kohäsionspolitik vor. Wir setzen uns dafür ein, dass die zentrale Rolle der Regionen und
277 ihre Kompetenzen erhalten bleiben, dass wichtige Fonds wie der ESF+ fortbestehen und NRW
278 auch künftig im bisherigen Umfang von den europäischen Strukturfonds profitieren kann,
279 einschließlich tragfähiger Kofinanzierungssätze, die unsere Kommunen nicht überfordern. Die
280 europäischen Strukturfördermittel wollen wir noch zielgerichteter im Sinne der
281 Nachhaltigkeits- und Klimaziele sowie der sozial-ökologischen Transformation einsetzen.

282 Wir schützen Recht und Freiheit

283 Justiz personell und digital zukunftsfest machen

284 Ob ein Rechtsstreit Monate oder Jahre dauert, entscheidet maßgeblich darüber, wie sehr
285 Menschen dem Rechtsstaat vertrauen. Gerichte und Staatsanwaltschaften kämpfen mit
286 Personalmangel, unbesetzten IT-Stellen und einer bevorstehenden Pensionierungswelle, die
287 überdurchschnittlich viele Richter*innen und Staatsanwälte*innen betreffen wird. Wir bauen
288 deshalb zusätzliche Stellen auf, damit Verfahren spürbar schneller und Arbeitsbelastungen
289 erträglicher werden.

290 Wir setzen uns weiterhin für familienfreundliche und flexible Arbeitsstrukturen in der
291 Justiz ein, denn das macht sie als Arbeitgeberin gerade für Eltern attraktiver. Gleichzeitig
292 setzen wir uns dafür ein, dass unser Personal diverser wird und die Vielfalt NRWs
293 widerspiegelt. Dabei knüpfen wir an die erfolgreiche Frauenförderung in der Justiz an,
294 stärken die Diversitätsförderung und verankern Rechtsstaatsbildung stärker im Arbeitsalltag
295 der gesamten Justiz.

296 Künstliche Intelligenz bietet echte Chancen, Gerichte bei Massenverfahren und riesigen
297 Datenmengen spürbar zu entlasten. Für uns gilt dabei ein unverrückbarer Grundsatz: KI ist
298 Assistenz, kein Ersatz für Menschen. Wir nutzen KI, aber KI muss sich an unsere Regeln
299 halten. Ein Algorithmus darf Fakten strukturieren und Daten aufbereiten, urteilen darf er
300 nie. Die Letztentscheidung und die richterliche Unabhängigkeit bleiben ausnahmslos in
301 menschlicher Hand, mit systematischen Kontrollmechanismen gegen diskriminierende Vorurteile
302 und technische Fehler. Kommen KI-Tools in einem Verfahren zum Einsatz, schaffen wir eine
303 lückenlose Informations- und Dokumentationspflicht und setzen auf souveräne, europäische
304 Modelle. Mit barrierefreien, KI-gestützten Justizlotsen schaffen wir einen einfachen,
305 verständlichen Zugang zum Recht für Bürger*innen.

306 Resilienztaskforce Justiz: Konsequenter Schutz für unsere Justizbediensteten

307 Richter*innen, Staatsanwälte*innen, Rechtspfleger*innen, Gerichtsvollzieher*innen und
308 Justizbedienstete geraten zunehmend ins Visier zielgerichteter Einschüchterungsversuche von
309 verschiedenen Seiten: Extremistische und demokratiefeindliche Akteure versuchen, die
310 Justizangehörigen in ihrer professionellen Unabhängigkeit zu beeinflussen, sie unter Druck
311 zu setzen oder persönlich zu diskreditieren; sei es durch mediale Anprangerung im Netz oder
312 durch gezielten Druck bis tief ins private Umfeld. Wer unseren Rechtsstaat mutig verteidigt,
313 darf bei solchen Bedrohungen nicht auf sich allein gestellt bleiben. Wir spannen einen
314 landesweiten Schutzschirm über die Mitarbeiter*innen in der Justiz und ihre Unabhängigkeit,
315 indem wir eine zentrale "Resilienztaskforce" im Ministerium der Justiz etablieren.

316 Justizvollzug: Sicherheit und neue Perspektiven schaffen

317 Guter Justizvollzug schützt die Gesellschaft – während der Haft und darüber hinaus. Deshalb
318 verbinden wir konsequente Sicherheit mit einem Vollzug, der Menschen dabei unterstützt, nach
319 ihrer Entlassung ohne neue Straftaten zu leben. Dazu fördern wir Behandlung, Therapie,

320 Bildung und Qualifizierung und verbessern die Zusammenarbeit mit der Straffälligenhilfe beim
 321 Übergang in Arbeit, Wohnung und ein stabiles Leben. Den offenen Vollzug wollen wir als
 322 wichtigen Baustein erfolgreicher Wiedereingliederung erhalten und zugleich besser gegen
 323 Missbrauch und Einflussnahme durch organisierte Kriminalität absichern. Aus bekannt
 324 gewordenen Sicherheits- und Korruptionsfällen ziehen wir Konsequenzen: Wir stärken
 325 Kontrollen und Korruptionsprävention, überprüfen besonders sensible Abläufe und entwickeln
 326 die Sicherheitsstandards in unseren Justizvollzugsanstalten kontinuierlich weiter.

327 Auch die Familien von Inhaftierten nehmen wir stärker in den Blick – insbesondere die
 328 Kinder, die von einer Inhaftierung ihrer Eltern besonders betroffen sind. Wir sichern die
 329 Landesfachstelle „Netzwerk Kinder von Inhaftierten NRW“ finanziell ab, stärken kind- und
 330 familiengerechte Besuchs- und Kontaktmöglichkeiten und erkennen enge soziale Bezugspersonen
 331 und Pflegefamilien im Justizvollzug als Familie an. Damit gestalten wir den Justizvollzug
 332 und die Justiz insgesamt kind-, jugend- und familiengerechter.

333 Für einen modernen Vollzug braucht es vor allem die Menschen, die täglich dort arbeiten. Wir
 334 wollen mehr Fachkräfte gewinnen, sie langfristig halten und durch zeitgemäße
 335 Arbeitsbedingungen entlasten. Zugleich treiben wir die Erneuerung der
 336 Justizvollzugsanstalten voran, damit Gebäude und Ausstattung den Anforderungen an
 337 Sicherheit, Behandlung und einen modernen Vollzug gerecht werden.

338 Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen

339 Unserem Gemeinwesen gehen bundesweit jedes Jahr geschätzt rund 100 Milliarden Euro durch
 340 Steuerhinterziehung verloren – Geld, das für Zukunftsinvestitionen fehlt. Wir sagen
 341 insbesondere organisierter Kriminalität den Kampf an. Dafür müssen wir die Strukturen
 342 zerschlagen und bei Finanzströmen und Geschäftsmodellen ansetzen. Wir haben mit der Gründung
 343 des Landesamtes zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (LBF) sowie der Zentral- und
 344 Ansprechstelle für die Verfolgung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität (ZeFin) wirksame
 345 Strukturen geschaffen, um die Kompetenzen im Kampf gegen Finanzkriminalität und Geldwäsche
 346 zu bündeln. Daran wollen wir anknüpfen und die Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten
 347 Behörden weiter fördern. Durch interdisziplinäre Teams sollen Polizei, Justiz und
 348 Finanzbehörden bei der Verfolgung spürbar schneller zusammenarbeiten. Hierbei ist eine
 349 konsequente Vermögensabschöpfung von Vermögen aus dubioser Herkunft ein entscheidender
 350 Schlüssel, um Kriminellen das Handwerk zu legen.

351 Gruppen der organisierten Kriminalität beuten Menschen aus und begehen schwerste
 352 Menschenrechtsverletzungen. Sie verstoßen gegen das Schwarzarbeitsgesetz und schmuggeln
 353 Menschen, beuten sie aus, insbesondere sexuell, und nutzen sie in ihrer Vulnerabilität
 354 brutal aus. Sie handeln über nationale Grenzen hinweg, in Zusammenarbeit mit anderen
 355 Staaten, terroristischen Vereinigungen und demokratiefeindlichen Ideologien. Daher verstehen
 356 wir den Kampf gegen organisierte Kriminalität interdisziplinär und international.

357 Umweltkriminalität ist kein Kavaliersdelikt. Millionenschwere illegale Müllentsorgung, die
 358 Verschmutzung von Gewässern oder der Handel mit toxischen Abfällen sind hochkriminelle, oft
 359 organisierte Machenschaften, die uns alle schaden und nachfolgende Generationen belasten.
 360 Die neu geschaffene Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität und die
 361 Vernetzungsstelle beim Landeskriminalamt wollen wir weiter ausbauen. Jede*r zusätzliche*r
 362 Ermittler*in rechnet sich für den Staatshaushalt um ein Vielfaches, weil Bußgelder und
 363 Gewinnabschöpfung das investierte Geld direkt an die Gesellschaft zurückgeben.

364 Die konsequente Aufklärung des Cum-Ex-Steuerraubs bleibt eine Aufgabe von besonderer
 365 Bedeutung für die Strafverfolgung und Justiz in ganz Deutschland. In der bundesweit
 366 einmaligen Spezialeinheit Cum-Ex bei der Staatsanwaltschaft Köln arbeiten so viele

367 Staatsanwält*innen wie nirgendwo sonst an der strafrechtlichen Aufarbeitung. Die
 368 Spezialeinheit in Köln werden wir weiterhin unterstützen. Wir stellen eine enge Vernetzung
 369 aller beteiligten Stellen im Land und im Bund und der Spezialeinheit in Köln sicher.

370 Kinder- und Jugendkriminalität früh begegnen

371 Die große Mehrheit der Kinder und Jugendlichen in NRW wächst auf, ohne Straftaten zu
 372 begehen. Für eine weitere Gruppe bleibt kriminelles Verhalten eine einmalige Episode in
 373 ihrer Entwicklung. Nur wenige Kinder und Jugendliche begehen mehrfach Straftaten. In diesen
 374 Fällen braucht es klare Reaktionen. Gerade in jungen Jahren ist es entscheidend, dass sich
 375 kriminelle Karrieren nicht verfestigen und ein Ausstieg gelingt. Wir wollen deshalb
 376 Konsequenzen und Prävention zusammendenken. Dazu müssen Schule, Jugendhilfe, Polizei und
 377 Justiz enger und verbindlicher zusammenarbeiten. Prävention muss dort ansetzen, wo Probleme
 378 entstehen. Straffällige junge Menschen müssen Verantwortung für ihre Taten übernehmen,
 379 gleichzeitig muss ihnen eine reale Chance auf einen Ausstieg gegeben werden. Insbesondere
 380 bei jungen Intensivtäter*innen wollen wir früh reagieren, bevor sich Kriminalität
 381 verfestigt. Das Programm "Kurve kriegen", das an diesen Punkten ansetzt, wollen wir deshalb
 382 gemeinsam mit den Trägern ausbauen.

383 In acht Häusern des Jugendrechts arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe
 384 bereits eng zusammen, um straffällig gewordenen jungen Menschen eine Perspektive für ein
 385 straffreies Leben zu eröffnen. Wir wollen flächendeckend in NRW solche Häuser für das
 386 Jugendrecht einrichten.

387 Für eine moderne Jurist*innenausbildung

388 Ein leistungsfähiger Rechtsstaat braucht exzellente Jurist*innen. Wir wollen eine
 389 grundlegende Reform der Jurist*innenausbildung. Wir wollen ein Studium, das für alle
 390 zugänglich ist und Jurist*innen hervorbringt, die fachlich gut ausgebildet sind. Dazu gehört
 391 auch ein kritischer Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge, denn Recht gestaltet
 392 Gesellschaft und Gesellschaft gestaltet Recht.

393 Mit dem integrierten Bachelor und der Digitalisierung des Landesjustizprüfungsamtes haben
 394 wir in NRW bereits wichtige Reformen auf den Weg gebracht. Darauf bauen wir auf. Studierende
 395 sollen ihr Können frei von Existenzängsten abrufen können. Dafür ermöglichen wir das
 396 Aufteilen von Prüfungsleistungen und bauen Kosten ab. Das E-Examen vollenden wir. Die
 397 Digitalisierung der juristischen Arbeit (Legal Tech) und Praxisbezug verankern wir fest im
 398 Studium, ebenso Antidiskriminierung und Diversität, damit Talent und Motivation entscheiden,
 399 nicht Herkunft oder Geldbeutel.

400 Staatsanwaltschaften vor politischer Einflussnahme schützen

401 Die Wehrhaftigkeit von Rechtsstaat und Demokratie gegen extreme Parteien und Ideologien
 402 entscheidet sich auch an einer Stelle, die selten im Blick ist. Anders als Gerichte
 403 unterstehen Staatsanwaltschaften der Dienst- und Fachaufsicht der jeweiligen
 404 Justizminister*innen. Politisch motivierte Weisungen spielen in der heutigen Praxis kaum
 405 eine Rolle. Doch wir müssen den Rechtsstaat auch für den Fall wappnen, dass extreme Parteien
 406 Regierungsverantwortung übernehmen. Denn wer ein Justizministerium führt, könnte
 407 grundsätzlich auch Einfluss auf staatsanwaltschaftliche Entscheidungen bis hin zu einzelnen
 408 Verfahren nehmen. Dieses Einfallstor für politischen Missbrauch wollen wir so weit wie
 409 möglich schließen. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Reform des Weisungsrechts nach
 410 dem Vorbild der Selbstbindung des Ministeriums der Justiz ein: Verbindliche Absicherung bei
 411 Einzelweisungen, Beschränkung auf eng begrenzte Ausnahmefälle und klare Begründungs-,
 412 Dokumentations- und Transparenzpflichten.

413 Wir sorgen für Sicherheit im ganzen Land

414 Eine starke und professionelle Polizei

415 Der Polizei kommt in einer liberalen Demokratie eine besondere und verantwortungsvolle
416 Aufgabe zu. Polizeibeamt*innen schützen uns nicht nur vor Kriminalität, sondern
417 gewährleisten, dass Demonstrationen, Kundgebungen, Versammlungen, Sportveranstaltungen und
418 sensible Orte sicher bleiben und sie schützen unsere Demokratie vor ihren Feinden. Jahr für
419 Jahr entscheiden sich Menschen bewusst für den Polizeidienst und verpflichten sich mit ihrem
420 Eid auf das Grundgesetz, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen.

421 Polizist*innen leisten jeden Tag unter anspruchsvollen Bedingungen unverzichtbare Arbeit für
422 unser Land. Dafür verdienen sie unseren Respekt, unsere Anerkennung und unser Vertrauen.
423 Zugleich gilt: Polizeiliche Arbeit ist dann besonders erfolgreich, wenn Bürger*innen darauf
424 vertrauen können, dass ihre Polizei demokratisch, transparent, offen und nahbar handelt.

425 Wir wollen, dass alle Menschen Vertrauen in ihre Polizei haben können. Dazu gehören
426 einerseits die klare Anerkennung der täglichen Leistung und der schwierigen Aufgaben von
427 Polizist*innen andererseits aber auch eine transparente Fehlerkultur.

428 Die Anforderungen an Polizeiarbeit sind in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Neue
429 Kriminalitätsformen, digitale Ermittlungen, gesellschaftliche Konflikte und eine veränderte
430 Sicherheitslage treffen auf einen zunehmenden Fachkräftemangel. Wir wollen deshalb eine
431 resiliente Polizei, die für neue Bedrohungslagen gut gerüstet ist und den Menschen in NRW
432 verlässlich Sicherheit gibt. Angriffe auf Polizist*innen und andere Einsatzkräfte haben
433 zugenommen – das verurteilen wir entschieden. Wer sich für die Sicherheit anderer einsetzt,
434 verdient den Schutz der Gesellschaft.

435 Wir sorgen für dauerhaft ausreichend Personal und eine moderne, praxistaugliche Ausstattung.
436 Dabei halten wir an den hohen Einstellungszahlen fest, das gilt auch für die
437 Tarifbeschäftigten. Auch bei hohen Einstellungszahlen halten wir an unseren
438 Qualitätsstandards für Ausbildung und Studium fest und stärken dafür das Landesamt für Aus-,
439 Fort- und Weiterbildung der Polizei (LAFP) sowie die Hochschule für Polizei und öffentliche
440 Verwaltung (HSPV). Einsatztraining und regelmäßige Fortbildung bauen wir weiter aus. Gute
441 Führung ist für gute Polizeiarbeit zentral, deshalb fördern wir die Qualifizierung von
442 Führungskräften und schaffen attraktive Fachkarrieren mit besseren Entwicklungsmöglichkeiten
443 innerhalb der Polizei.

444 Von digitalen Spuren bis zu internationalen Finanzströmen: Die Kriminalpolizei braucht mehr
445 Zeit, Fachwissen und Spezialisierung. Deshalb stärken wir sie personell, bauen Fachkarrieren
446 aus und sorgen für ausreichend spezialisierte Ermittler*innen bei Cybercrime, Organisierter
447 Kriminalität, Finanzkriminalität und sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Frauen. Die
448 Kriminalassistenzen wollen wir nach erfolgreicher Evaluation landesweit verankern. Sie
449 sollen Aufgaben übernehmen, für die nicht zwingend hochqualifizierte Ermittler*innen
450 gebraucht werden.

451 Die Polizei braucht außerdem leistungsfähige digitale Werkzeuge. Gerade bei komplexen
452 Ermittlungen müssen große Datenmengen ausgewertet und Zusammenhänge erkannt werden können.
453 Sensible staatliche Daten müssen dabei unter staatlicher Kontrolle bleiben. Aus der
454 Analysesoftware Palantir, die weder europäischen Datenschutzstandards noch demokratischer
455 Kontrolle in ausreichendem Maß unterliegt, steigen wir aus und setzen uns für eine
456 bürgerrechtssensible europäische Alternative ein. Beim Einsatz automatisierter Datenanalyse
457 gilt: klare gesetzliche Grundlagen statt Graubereiche, strenge Verhältnismäßigkeit und der
458 Vorrang menschlicher Entscheidung.

459 Transparente und bürgernahe Polizei

460 Wir wollen das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei stärken. Mit der Einführung einer
461 unabhängigen Polizeibeauftragten haben wir eine zentrale Forderung umgesetzt. Nun wollen wir
462 die Stelle als feste Institution in NRW etablieren, für angemessene Ausstattung sorgen und
463 ihren Bekanntheitsgrad erhöhen. Sie soll gleichermaßen Anlaufstelle für Bürger*innen wie für
464 Polizeibeamt*innen sein.

465 Mit einer Kontrollquittung dokumentieren wir polizeiliche Kontrollen auf Wunsch der
466 Betroffenen mit Ort, Zeitpunkt, Rechtsgrundlage und kontrollierender Dienststelle. Die Daten
467 werten wir zudem statistisch aus, um diskriminierende Kontrollmuster frühzeitig zu erkennen
468 und polizeiliches Handeln überprüfbar zu machen.

469 Wir entwickeln zudem den Einsatz von Bodycams ausgewogen weiter. Desweiteren halten wir an
470 der individualisierten, anonymisierten Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen fest.

471 Polizeistrukturen modernisieren und Präsenz vor Ort sichern

472 Nicht jede Spezialaufgabe muss in jeder Kreispolizeibehörde bearbeitet werden können.
473 Gleichzeitig darf eine modernere Struktur nicht dazu führen, dass die Polizei sich aus der
474 Fläche zurückzieht. Wir wollen deshalb Spezialisierung und Bürgernähe miteinander verbinden
475 und eine Polizeistrukturenreform schnellstmöglich auf den Weg bringen.

476 Wir entwickeln die Bezirksdienste zu modernen Quartiersdiensten weiter. Bezirksbeamt*innen
477 sollen als feste Ansprechpartner*innen für die Menschen vor Ort präsent sein, lokale
478 Akteur*innen, Schulen, Vereine und soziale Einrichtungen vernetzen und neben der
479 Gefahrenabwehr stärker auf Prävention, Konfliktvermittlung und die Lösung lokaler
480 Sicherheitsprobleme setzen. Dieses Prinzip übertragen wir auch auf die digitalen
481 Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen: Digitale Bezirksbeamt*innen sollen auf relevanten
482 Plattformen und in digitalen Räumen ansprechbar sein, Präventionsarbeit leisten, Fragen
483 beantworten und bei Bedarf an geeignete Beratungs- und Unterstützungsangebote
484 weitervermitteln.

485 Für den Kommunalen Ordnungsdienst schaffen wir verbindliche landesweite
486 Ausbildungsstandards. Einheitliche Mindeststandards für Ordnungs- und Polizeirecht,
487 Eingriffs- und Befugnisrecht, Kommunikation und Deeskalation, Einsatztraining sowie den
488 Umgang mit psychischen Ausnahmesituationen sorgen für eine vergleichbare Qualifikation und
489 mehr Handlungssicherheit. So stärken wir die Professionalität und Bürgernähe des Kommunalen
490 Ordnungsdienstes in ganz NRW.

491 Rassismus und Diskriminierung mit der Polizei entgegenwirken

492 Die große Mehrheit der Polizist*innen in NRW steht fest auf dem Boden unserer Verfassung,
493 schützt sie gegen ihre Feinde und leistet jeden Tag professionelle Arbeit für die Menschen
494 in unserem Land. Gerade weil die Polizei das staatliche Gewaltmonopol ausübt, müssen sich
495 alle Menschen darauf verlassen können, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Religion fair
496 und respektvoll behandelt zu werden. Zu oft gehört es zur Erfahrung von Menschen mit
497 Migrationshintergrund, dass sie schneller in polizeiliche Kontrollen oder Maßnahmen geraten
498 als andere. Rassismus und Diskriminierung haben in der Polizei keinen Platz. Wir wollen
499 professionelles Handeln stärken, Probleme ernst nehmen und dort konsequent reagieren, wo
500 Grenzen überschritten werden.

501 Wir verankern die Auseinandersetzung mit Rassismus, Diskriminierung und unbewussten
502 Vorurteilen weiterhin fest in die Aus- und Fortbildung aller Polizeikräfte. Die sogenannte
503 Alltagsreflexion für Polizeikräfte mit Bürger*innenkontakt wollen wir weiterentwickeln und

504 stärker in den polizeilichen Alltag integrieren. Wir fördern den regelmäßigen Austausch
505 zwischen Polizei und unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Vertrauen entsteht dort,
506 wo man miteinander spricht und die Perspektive des Gegenübers kennt.

507 Polizeibeamt*innen müssen häufig innerhalb weniger Sekunden schwierige Entscheidungen
508 treffen. Besonders Einsätze mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen stellen hohe
509 Anforderungen an sie und können schnell eskalieren. Wir wollen die Polizei dafür besser
510 vorbereiten und gleichzeitig dafür sorgen, dass medizinische und psychosoziale Hilfe
511 schneller verfügbar ist. Dafür bringen wir den Ausbau des Einsatztrainings der Polizei NRW
512 mit Fokus auf Deeskalation und den Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen
513 weiter voran. Wir wollen regionale Netzwerke zwischen Polizei, psychiatrischer Versorgung,
514 Medizin und psychosozialen Hilfen. Die Polizei soll dort entlastet werden, wo eigentlich
515 gesundheitliche oder psychosoziale Hilfe gebraucht wird.

516 Polizeieinsätze, bei denen Menschen getötet oder lebensgefährlich verletzt werden, müssen
517 unabhängig untersucht werden. Deshalb ist es unser Ziel, dass die Ermittlungen künftig von
518 einer nicht benachbarten Kreispolizeibehörde geführt werden.

519 Unsere Demokratie gegen Rechtsextremismus und neue Bedrohungen schützen

520 Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für unsere Demokratie. Gleichzeitig haben sich
521 die Bedrohungslagen verändert: Islamismus, Spionage, Cyberangriffe, hybride Einflussnahme,
522 digitale Radikalisierung und Linksextremismus in Form von Sabotage – all dies oft durch
523 fremde Länder gesteuert – stellen unsere Sicherheitsbehörden vor neue Aufgaben. Wir wollen
524 einen Staat, der diese Entwicklungen früh erkennt und handlungsfähig bleibt.

525 Rechtsextreme Netzwerke und Strukturen verfolgen wir mit Nachdruck. Dabei nehmen wir
526 Finanzströme, digitale Radikalisierung und neue Tätertypen stärker in den Blick als bisher.
527 Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft müssen bei Prävention und Früherkennung enger
528 zusammenarbeiten, denn Extremismus wird oft zuerst dort sichtbar, wo Menschen ihn im Alltag
529 erleben, nicht erst in den Akten der Behörden. Auch innerhalb der Polizei selbst setzen wir
530 weiterhin auf Prävention, Extremismusbeauftragte und niedrigschwellige Meldewege, damit
531 rechtsextreme Tendenzen frühzeitig erkannt und geahndet werden.

532 Der Verfassungsschutz muss ebenfalls auf neue Bedrohungslagen vorbereitet sein. Wo sich
533 Bedrohungslagen verändern, müssen Sicherheitsbehörden handlungsfähig bleiben. Neue oder
534 weitergehende Befugnisse müssen dabei aber immer mit klaren gesetzlichen Grenzen und starker
535 Kontrolle verbunden sein. Deshalb stärken wir die parlamentarische Kontrolle des
536 Verfassungsschutzes fachlich und bauen sie weiter aus. Eingriffsbefugnisse überprüfen wir
537 regelmäßig darauf, ob sie notwendig, verhältnismäßig und wirksam sind.

538 Auslandsbezogene, rechtsextreme Ideologien gefährden ebenso unsere Demokratie und unser
539 vielfältiges Zusammenleben. Ihre Anhänger*innen organisieren Vereinsstrukturen, verbreiten
540 ihre Ideologie über das Netz und rekrutieren in unterschiedlichen Räumen neue
541 Anhänger*innen. Wir wollen die Arbeit gegen ihre Ideologie interdisziplinär stärken. Dazu
542 zählt, dass wir nicht nur die gesellschaftliche Auseinandersetzung fördern, sondern auch
543 Lehrstühle, Fach- und Anlaufstellen stärken und Fachkräfte, etwa aus Polizei und
544 Verfassungsschutz, sensibilisieren wollen.

545 Der transnationalen Repression sagen wir den Kampf an der Seite demokratischer Stimmen in
546 der Diaspora an. Wir wollen politisch Verfolgte, die bei uns eine neue Heimat gefunden
547 haben, vor der Spionage ausländischer Geheimdienste, ihrer Aktivitäten und Einschüchterungen
548 besser schützen. Dafür wollen wir auch die Expertise von Diasporagesellschaften stärker in
549 behördliche Aufklärungsarbeit einbeziehen.

550 Sicherheitspolitik auf belastbare Erkenntnisse stützen

551 Gute Sicherheitspolitik darf nicht danach entschieden werden, welcher Einzelfall gerade die
552 größte Aufmerksamkeit bekommt oder gar, welche Nationalität die oder der Täter*in hat. Wir
553 wollen genauer wissen, welche Kriminalitätsentwicklungen tatsächlich stattfinden, welche
554 Ursachen dahinter stehen und welche Maßnahmen wirken. Dafür führen wir einen periodischen
555 Sicherheitsbericht ein, der neben der Polizeilichen Kriminalstatistik auch das Dunkelfeld,
556 Viktimisierung, Strafverfolgungsverläufe und das Sicherheitsgefühl der Menschen einbezieht.
557 Ebenso wollen wir die Herkunftsnennung beenden, dort wo sie unnötige Stigmatisierung von
558 Menschen mit Migrationshintergrund schafft. Unabhängige Wissenschaft binden wir dabei
559 stärker ein, und neue Maßnahmen und Befugnisse überprüfen wir regelmäßig auf ihre
560 tatsächliche Wirkung.

561 Katastrophenschutz als zentrale Aufgabe des Landes stärken

562 Sabotage, Cyberangriffe, Hochwasser, Hitzewellen, Waldbrände und Stromausfälle zeigen:
563 Katastrophenschutz ist längst mehr als die Reaktion auf einzelne Naturereignisse. Wir
564 brauchen Strukturen, die Risiken früh erkennen, Fähigkeiten planen und Kommunen im Ernstfall
565 unterstützen. Deshalb bauen wir den Katastrophenschutz konsequent weiter aus. Zur weiteren
566 Stärkung des Katastrophenschutzes bündeln wir Kompetenzen, Planung und operative
567 Unterstützung in einem Landesamt für Katastrophenschutz. Es stärkt die Zusammenarbeit mit
568 den Kommunen und verbessert die Vorbereitung auf Krisen wie Hochwasser, Waldbrände oder
569 großflächige Stromausfälle. Wir entwickeln die Katastrophenschutzbedarfsplanung verbindlich
570 weiter, erfassen Risiken, vorhandene Fähigkeiten und Lücken nach einheitlichen Maßstäben und
571 schaffen ein belastbares, landesweites Lagebild mit klaren Zuständigkeiten bei
572 überregionalen Krisen. So erhöhen wir die Resilienz unseres Landes und sorgen für schnellere
573 Hilfe im Ernstfall.

574 Ein handlungsfähiger Katastrophenschutz und eine gut vorbereitete Bevölkerung gehören
575 zusammen. Menschen, die wissen, wie sie sich in einer Krise verhalten können, überbrücken
576 die Zeit bis zum Eintreffen professioneller Hilfe besser und entlasten die Einsatzkräfte.
577 Das entbindet den Staat aber nicht von seiner Verantwortung. Deshalb sorgen wir dafür, dass
578 Informationen zur Krisenvorsorge verständlich und niedrigschwellig zugänglich sind und die
579 Menschen wissen, wie Warnungen funktionieren und wie sie sich bei Stromausfällen, Hochwasser
580 oder anderen Krisen richtig verhalten. Auch in Schulen und Kommunen wollen wir
581 Krisenvorsorge stärker vermitteln. Die spontane Hilfsbereitschaft vieler Menschen wollen wir
582 besser vorbereiten und in bestehende Einsatzstrukturen einbinden. Denn klar ist:
583 Selbsthilfefähigkeit ergänzt einen starken Katastrophenschutz, aber sie ersetzt ihn nicht.

584 Einen krisenfesten Staat aufbauen – auch gegen Sabotage und hybride Bedrohungen

585 Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat erreichbar und handlungsfähig
586 bleibt, wenn Strom, Kommunikation oder digitale Systeme ausfallen – sei es durch
587 Naturereignisse, Cyberangriffe oder gezielte Sabotage. Deshalb bauen wir eine krisenfeste
588 Infrastruktur auf: ausfallsichere Rechenzentren, redundante Kommunikationswege, geschützte
589 Datenzugänge, Notstromversorgung und klare Notfallstrukturen für Verwaltung, Polizei,
590 Justiz, Katastrophenschutz und kritische Landesaufgaben. Kritische Daten und Systeme müssen
591 auch in Krisen verfügbar bleiben; sicherheitsrelevante Daten werden dabei nicht
592 veröffentlicht. Für Kriegs- und Katastrophenlagen sowie großflächige Cyberangriffe benötigen
593 wir verbindliche Szenarienplanungen, regelmäßige Stresstests, regelmäßige Aus- und
594 Fortbildung von Krisenstäben und ressortübergreifende Übungen, damit Landesbehörden auch bei
595 Stromausfällen, Angriffen auf Netze oder gestörter Kommunikation handlungsfähig bleiben.
596 Bestehende Notfall- und Krisenstrukturen überprüfen und modernisieren wir und stattdessen sie
597 technisch so aus, dass der Staat auch im Ernstfall erreichbar, entscheidungsfähig und

598 arbeitsfähig bleibt. Dabei unterstützt das Land insbesondere kleinere Kommunen, die
599 spezielle Fähigkeiten nicht dauerhaft selbst vorhalten können.

600 Strom, Wasser, Telekommunikation und Gesundheitsversorgung müssen auch in einer veränderten
601 Sicherheitslage funktionieren. Der Schutz kritischer Infrastrukturen ist deshalb eine
602 zentrale Sicherheitsaufgabe. Wir bündeln die ressortübergreifende Koordinierung des KRITIS-
603 Schutzes, also des Schutzes kritischer Infrastrukturen, und bauen die vorhandenen Strukturen
604 zu einer leistungsfähigen zentralen Stelle aus. Mit einer regelmäßigen Betreiberkonferenz
605 bewerten Land, Kommunen, Sicherheitsbehörden und Betreiber gemeinsam Bedrohungen,
606 Schutzbedarfe und Unterstützungsbedarf. Für besonders gefährdete und versorgungsrelevante
607 Anlagen wie Umspannwerke, entwickeln wir abgestufte Schutzkonzepte, bei erhöhter Gefährdung
608 auch mit zeitweisem personellem Schutz. Auch schaffen wir klare rechtliche Voraussetzungen
609 für den gezielten Einsatz moderner Video- und Sensorsysteme sowie für Drohnerdetektion und -
610 abwehr im Umfeld besonders gefährdeter Anlagen. Beim Bund setzen wir uns dafür ein, dass
611 Mittel für Bevölkerungsschutz und Resilienz tatsächlich bei Ländern und Kommunen ankommen
612 und fordern klare Zuständigkeiten zwischen Bund, Land, Kommunen und Betreibern.

613 Feuerwehren bestmöglich ausstatten und ausbilden

614 Die Feuerwehren tragen jeden Tag Verantwortung für die Sicherheit der Menschen in NRW. Wir
615 wollen, dass die Feuerwehren insgesamt gut ausgebildet und gut ausgestattet sind. Die
616 Klimakrise verändert außerdem ihre Arbeit spürbar: Einsätze bei Wald- und
617 Vegetationsbränden, bei Starkregen oder Hochwasser werden häufiger und anspruchsvoller. Wer
618 neue Aufgaben wie diese bewältigen soll, braucht dafür die richtige Technik: Wir sorgen für
619 moderne Fahrzeuge und zeitgemäße persönliche Schutzausrüstung. Spezialtechnik, wie Drohnen
620 oder digitale Lageführung, gehört für uns zu einer modernen Feuerwehr, ebenso wie weitere
621 Investitionen in Gerätehäuser und Infrastruktur. Weil sich Waldbrände nicht an
622 Zuständigkeitsgrenzen halten, arbeiten Feuerwehr, Forst, Landwirtschaft und Kommunen enger
623 zusammen als bisher.

624 Eine gute Ausstattung braucht auch eine gute Ausbildung: Wir stärken das Institut der
625 Feuerwehr und bauen Ausbildungskapazitäten aus. Wartezeiten bei Lehrgängen sollen weiter
626 sinken. Neue Einsatzlagen verankern wir stärker in Aus- und Fortbildung und legen weiterhin
627 einen besonderen Schwerpunkt auf die Führungskräfteausbildung.

628 Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz

629 Ohne die mehr als 100.000 ehrenamtlichen Einsatzkräfte in Freiwilliger Feuerwehr,
630 Hilfsorganisationen und Technischem Hilfswerk wäre der Katastrophenschutz in NRW nicht
631 aufrechtzuerhalten. Dafür haben sie unsere bestmögliche Unterstützung verdient. Wir sorgen
632 dafür, dass sie die fundierte Ausbildung erhalten, die im Ernstfall nötig ist, denn wenn
633 jede Minute zählt, entscheiden eingespielte Strukturen und gut ausgebildete Einsatzkräfte
634 über Menschenleben. Damit sich Ausbildung, Übungen und Einsätze leichter mit Beruf und
635 Familie vereinbaren lassen, vereinfachen wir Freistellungsregelungen und schaffen echte
636 Anreize fürs Engagement, statt finanzielle oder berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu
637 müssen.

638 Es darf keinen Unterschied machen, in welchem Bereich jemand sich engagiert: Alle
639 ehrenamtlichen Einsatzkräfte stellen wir rechtlich gleich, unabhängig davon, ob sie bei der
640 Freiwilligen Feuerwehr oder einer Hilfsorganisation aktiv sind. Dies gilt insbesondere bei
641 Freistellung, Verdienstausschlag und sozialer Absicherung. Diese Gleichstellung muss auch vor
642 Ort in den Kommunen gelebt werden.

643 Hilfsorganisationen beziehen wir verlässlich in die Katastrophenschutzplanung ein und geben
644 ihnen Planungssicherheit bei Ausstattung und Fahrzeugen. Ihr Finanzierungssystem überprüfen

645 wir grundlegend und entwickeln es so weiter, dass notwendige Strukturen dauerhaft
646 vorgehalten werden können.

WP-06 Ein Land der Vielfalt

Gremium: Landesvorstand NRW
Beschlussdatum: 01.10.2026
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge Landtagswahlprogramm

Text

NRW ist ein vielfältiges Land und ein Land, das zusammenhält. Unsere Demokratie und das Engagement der Menschen in NRW, sich dafür einzusetzen, ist stark. Das soll so bleiben. Dabei darf niemand außen vor bleiben, weil Alter, Herkunft oder sprachliche Barrieren Beteiligung erschweren. Wir wollen wissen, was die Menschen in NRW bewegt und ihnen ermöglichen, sich einzubringen – egal ob im Bürgerrat, im Stadtrat, in der Schule oder in der Nachbarschaft.

Vielfalt und Wehrhaftigkeit gehören für uns zusammen. Frauen gehört die Hälfte der Macht, queere Menschen müssen in NRW angstfrei leben können, und niemand darf wegen seines Glaubens, seiner Herkunft oder der Person, die sie oder er liebt, ausgegrenzt werden. Wir gestalten unsere Einwanderungsgesellschaft so, dass Menschen unabhängig von ihrer Herkunft selbstbestimmt und gleichberechtigt an allen Bereichen der Gesellschaft teilhaben können. Wer vor Krieg und Verfolgung flieht, findet bei uns Schutz; dafür brauchen wir ein funktionierendes Asylsystem. Die Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit halten wir wach, damit sie sich nicht wiederholen. Und wir schaffen Transparenz darüber, wer Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt.

Eine lebendige Demokratie zeigt sich im Kleinen wie im Großen. Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, dürfen dafür keine Nachteile in Kauf nehmen müssen. Für ihr Engagement schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen. Und dort, wo Kinder, Jugendliche oder Menschen mit Einwanderungsgeschichte bisher zu wenig mitentscheiden können, öffnen wir echte Wege zur Mitsprache. Auch Kultur, Medien und Sport schaffen Räume für Begegnung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Räume wollen wir stärken.

Wir stellen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit entgegen. Wer unsere offene und vielfältige Gesellschaft angreift, trifft auf unseren entschiedenen Widerstand, einen wehrhaften Rechtsstaat und eine starke Zivilgesellschaft – online wie offline, hier wie international.

Uns geht es um eine Demokratie, die junge Menschen einbindet, Vielfalt als Stärke versteht und niemanden mit Gewalterfahrung oder Diskriminierung allein lässt. Um eine Demokratie, die Teilhabe schafft, schützt und zusammenführt.

In den letzten fünf Jahren haben wir wichtige Ziele für mehr demokratische Teilhabe in NRW erreicht: Wir haben das Wahlalter auf 16 Jahre bei Landtagswahlen herabgesetzt, den ersten Bürger*innenrat des Landtags auf den Weg gebracht und sind gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Gewalt gegen Frauen entschieden vorgegangen. Auf dieser Grundlage wollen wir weiterarbeiten: für jeden Menschen in diesem Land, egal welcher Herkunft, welchen Geschlechts, welchen Glaubens und mit dem Anspruch, dass Teilhabe sich im Alltag beweist.

Eine vielfältige, wehrhafte Demokratie trägt unsere Gesellschaft dann, wenn es wirklich darauf ankommt. Dafür stehen wir: entschlossen, offen und in der festen Überzeugung, dass NRW ein Land ist, das in Vielfalt zusammenhält.

Wir stärken Beteiligung und demokratische Mitbestimmung

Direkte Demokratie und Bürger*innenräte

Unsere Demokratie stärken heißt für uns, die vielen Menschen zu unterstützen, die sie täglich mit Leben füllen. Millionen Ehrenamtliche in Initiativen, Verbänden, Vereinen und Menschen in der Nachbarschaft tragen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie sind eine unverzichtbare Stimme für Miteinander, Toleranz, Demokratie, Menschenrechte und den Schutz von Natur und Umwelt in NRW. Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir deshalb in ihrem Engagement unterstützen. Wir verteidigen staatliche Unterstützung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger gesellschaftliche Fragen mit eigenem Engagement angehen, statt alleine auf den Staat zu warten, und verteidigen auch ihre Meinungsfreiheit, gerade wenn sie sich aktiv für die Werte des Grundgesetzes und der Landesverfassung einsetzen.

Wir binden die Zivilgesellschaft systematisch und transparent in politische Entscheidungen ein. Das gelingt uns mit Beteiligungsverfahren, Expert*innenanhörungen, Begleitgremien und Mitwirkungsmöglichkeiten bei wichtigen Gesetzesvorhaben. Bürger*innenräte wollen wir dauerhaft als festen Bestandteil unserer demokratischen Kultur etablieren. Mindestens ein Bürgerrat pro Wahlperiode soll Empfehlungen zu einem zentralen Zukunftsthema erarbeiten.

Demokratie lebt vom Mitmachen und soll mehr bedeuten als Ja-oder-Nein-Entscheidungen. Deshalb erproben wir frühzeitige, digitale Beteiligungsverfahren wie etwa "Liquid Democracy". Echte Mitbestimmung setzt aber auch voraus, dass Menschen wissen, wer sonst noch Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt: Deshalb führen wir ein verbindliches, öffentliches Lobbyregister und den legislativen Fußabdruck für Landtag und Landesregierung ein, die politische Einflussnahme nachvollziehbar machen. Abgeordnete sollen von Lobbyorganisationen keine Nebeneinkünfte erzielen.

Demokratie vor Ort

In Bezirksvertretungen, Stadträten und Kreistagen sowie deren Ausschüssen leisten ehrenamtliche Politiker*innen in ihrer Freizeit täglich einen wichtigen Beitrag für die Demokratie. Hier gestalten sie zum Beispiel mit, wie ihre Kommune in Zukunft aussehen wird und welche sozialen oder kulturellen Angebote es gibt. Wir unterstützen die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen in ihrer Arbeit, stärken ihre Position gegenüber der hauptamtlichen Verwaltung und verbessern die Rahmenbedingungen, beispielsweise bei der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Mandat.

Kommunale Mandatsträger*innen werden zunehmend angefeindet und bedroht. Für eine starke Demokratie vor Ort müssen Strafverfolgungsbehörden und Justiz sensibilisiert und besser ausgestattet, die Privatsphäre von kommunalpolitisch Engagierten gewährleistet und letztlich Unterstützungsstrukturen etabliert werden.

Wer an einem Ort lebt, soll ihn auch mitgestalten können: Wir setzen uns dafür ein, das aktive kommunale Wahlrecht auf alle Menschen auszuweiten, die dauerhaft und mit festem Aufenthaltstitel in einer Kommune leben, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.

Kinder und Jugendliche ernst nehmen

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Gehör, auch weil sie zahlenmäßig bereits in der Minderheit in unserer Gesellschaft sind und am längsten mit den Folgen politischer Entscheidungen leben werden. Für Kitas und Schulen wirken wir darauf hin, dass sie verlässliche Beteiligungskonzepte verankern. Wir wollen NRW noch kinder- und familienfreundlicher gestalten. Städte und Gemeinden unterstützen wir dabei, die Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen mit altersgerechten Beteiligungsformaten systematisch in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Wir wirken auf eine kommunale Planung hin, die die Bedürfnisse junger Menschen frühzeitig berücksichtigt. Ihre Ziele sind sichere Mobilität, attraktive und sichere öffentliche Räume, wohnortnahe Spiel- und Bewegungsangebote sowie lebenswerte Quartiere, die den Bedürfnissen von Kindern,

87 Jugendlichen und Familien gerecht werden. Unsere Städte und Kommunen werden durch die
88 Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen für alle lebenswerter.

89 In der laufenden Legislaturperiode haben wir das Wahlalter-16 bei Landtagswahlen erreicht,
90 uns für stärkere Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene eingesetzt und die Absenkung des
91 Mindestalters für sachkundige Bürger*innen auf 16 Jahre auf den Weg gebracht. Wir setzen uns
92 weiter dafür ein, Jugendlichen ein verbindliches Mitspracherecht zu gewähren, etwa durch
93 Jugendvertretungen oder Jugendbeauftragte in den Gemeinderäten. Auf Landesebene richten wir
94 einen Bürger*innenrat für Jugendliche ein: Zufällig ausgewählte Jugendliche beraten über ein
95 landespolitisches Thema und erarbeiten konkrete Empfehlungen. Darüber hinaus wollen wir
96 durch Online-Plattformen einen einfachen Beteiligungsweg für alle Jugendlichen in NRW
97 ermöglichen. Den gestarteten "Aktionsplan Jugendbeteiligung" setzen wir fort und entwickeln
98 ihn weiter.

99 Zivilgesellschaft und Ehrenamt unterstützen

100 Ehrenamtliche tragen unsere Gesellschaft, ob in Hilfsorganisationen, Initiativen oder
101 Vereinen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement weiter verbessern.

102 Wir finden: Wer sich ehrenamtlich engagiert, soll bei Verdienstaussfällen nach dem
103 Sonderurlaubsgesetz auskömmlich abgesichert werden. Darauf prüfen wir einen Rechtsanspruch.
104 Wir fordern den Bund auf, die Ehrenamtspauschale auf das Niveau der Übungsleiterpauschale
105 anzuheben und damit ehrenamtliches Engagement steuerlich stärker anzuerkennen. Wir entlasten
106 Vereine, Verbände und Initiativen durch den Abbau unnötiger Bürokratie: durch einfache,
107 kostengünstige Tools für digitale Belegführung, leicht verständliche Antragsverfahren und
108 praxistaugliche Abrechnungsregelungen, eine Reform des Gemeinnützigkeits- und
109 Zuwendungsrechts sowie verlässliche und langfristige Förderung.

110 Erinnerung als Auftrag – Nie wieder ist jetzt

111 Erinnerungskultur ist unverzichtbar. Die Verbrechen des Nationalsozialismus prägen unsere
112 Gesellschaft bis heute. Wir tragen Verantwortung dafür, die Erinnerung an die Opfer
113 wachzuhalten und daraus für unsere Demokratie und gesellschaftliche Freiheit einzustehen.
114 Gerade in Zeiten wachsender Demokratiefeindlichkeit gilt für uns: Nie wieder ist Auftrag für
115 Gegenwart und Zukunft.

116 Deshalb setzen wir die Förderung, erfolgreiche Zusammenarbeit mit und Vernetzung von
117 Gedenkstätten, Initiativen und lokalen Erinnerungsorten weiter fort. Darüber hinaus stärken
118 wir eine vielfältige, inklusive und barrierefreie Erinnerungskultur. In unserer vielfältigen
119 Einwanderungsgesellschaft wollen wir neue Ansätze stärken, um alle Menschen unabhängig ihrer
120 Herkunft zeitgemäß anzusprechen. Wir wollen allen jungen Menschen den Besuch einer NS-
121 Gedenkstätte während ihrer Schulzeit ermöglichen und digitale Erinnerungsformate sowie neue
122 Vermittlungsangebote fördern.

123 Zur Erinnerungskultur gehört für uns auch die Erinnerung an die Opfer von Verbrechen vor und
124 nach der NS-Zeit. Das betrifft beispielsweise die Aufarbeitung der deutschen
125 Kolonialverbrechen. Zudem halten wir das Gedenken an die Opfer rechtsextremer und
126 islamistischer Gewalt in der jüngeren Vergangenheit wach. Auch die Geschichte der Verfolgung
127 queerer Menschen in der NS-Zeit und in der Bundesrepublik wollen wir sichtbar machen. Die
128 Erinnerung mahnt uns zum Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, gegen
129 Antisemitismus, Rassismus, Islamismus und Rechtsextremismus.

130 Konsequenz gegen Rechtsextremismus, Islamismus, Rassismus und Antisemitismus

131 Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie. Rassismus, Antisemitismus und
132 Rechtsextremismus gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Sicherheit von
133 Menschen in NRW – online wie offline. Das zeigt sich in vielen Formen: in der
134 Diskriminierung und Bedrohung aufgrund von (zugeschriebenen) Merkmalen wie Herkunft,
135 Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder geschlechtlicher Identität. Wir stärken deshalb die
136 Strukturen, die Betroffene unterstützen, Prävention leisten und demokratisches Engagement
137 vor Ort fördern.

138 Unsere Demokratie ist wehrhaft und sie muss wehrhaft bleiben. Wir setzen uns deshalb für ein
139 AfD-Verbotsverfahren ein. Es braucht einen Verbotsantrag gegen diese völkische,
140 rechtsextreme Partei, damit das Bundesverfassungsgericht über ihre Verfassungswidrigkeit
141 entscheiden kann.

142 Wir wollen die mobile Beratung, Opferberatung und Ausstiegsberatung absichern und auch
143 zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und
144 andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit besser unterstützen. Beratungsstellen
145 stärken wir ebenso wie die Bildungsarbeit für Demokratie und Vielfalt sowie den Schutz
146 zivilgesellschaftlicher Organisationen im digitalen Raum. Wir setzen das Handlungskonzept
147 gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus konsequent weiter um.

148 Mit der Ansiedlung der Landeszentrale für politische Bildung am Landtag haben wir ihre
149 Unabhängigkeit gestärkt. Jetzt wollen wir die politische Bildung noch stärker dorthin
150 bringen, wo Menschen tatsächlich leben: Wir setzen auf mehr aufsuchende Angebote, wie etwa
151 Demokratiewerkstätten vor Ort. Die Landeszentrale für politische Bildung soll neue Konzepte
152 entwickeln, um Menschen besser zu erreichen, die von klassischen Angeboten politischer
153 Bildung bislang zu selten angesprochen werden. So schaffen wir breitere Zugänge zu
154 politischer Bildung und stärken demokratische Teilhabe in der ganzen Gesellschaft. Zudem
155 leistet die Landeszentrale für politische Bildung Prävention gegen antidemokratische und
156 verfassungsfeindliche Haltungen. Neben Rechtsextremismus und Islamismus treten wir auch dem
157 Linksextremismus entschieden entgegen. Wo Gewalt gegen Menschen oder Sachen als Mittel
158 politischer Auseinandersetzung legitimiert, der demokratische Rechtsstaat abgelehnt oder
159 politische Gegner eingeschüchtert werden, ziehen wir eine klare Grenze. Wir stärken deshalb
160 die Prävention und die politische Bildung gegen linksextremistische Radikalisierung,
161 insbesondere bei jungen Menschen und im digitalen Raum.

162 Illegale Hassrede muss leicht aus dem Netz gelöscht werden können. Niedrigschwellige,
163 technisch unterstützte Meldewege für strafbare Inhalte wie die Initiative "Verfolgen statt
164 löschen" setzen wir fort. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen ihre Inhalte auf Social
165 Media frei und bewusst wählen können. Die aktuellen Algorithmen, die Hass und Gewalt mit
166 hoher Reichweite belohnen und andere Inhalte unterdrücken, lehnen wir ab. Dazu fordern wir
167 die Europäische Kommission auf, das Digital-Dienste-Gesetz (Digital Services Act)
168 entschlossener und konsequenter durchzusetzen.

169 Islamismus ist eine menschenfeindliche und faschistische Ideologie und eine ernsthafte
170 Bedrohung für unsere freiheitliche Demokratie. Er richtet sich gegen zentrale Werte unseres
171 Zusammenlebens: gegen das Recht auf Leben, die Glaubens- und Meinungsfreiheit, die
172 Gleichberechtigung der Geschlechter, gegen andere Ethnien und die Freiheit zu lieben, wen
173 man lieben möchte. Zunehmend geht der Islamismus auch mit nationalistischen Bewegungen Hand-
174 in-Hand. Wir sagen dem Islamismus, ob auf den Straßen, in Verbänden oder im Netz, den Kampf
175 an! Dabei setzen wir sowohl auf unsere Sicherheitsbehörden und eine starke Justiz als auch
176 auf Prävention und Intervention. Islamismus ist keine Frage von Herkunft, Nationalität oder
177 Religion. Deshalb setzen wir auf ein ganzheitliches Handlungskonzept gegen jeglichen, aber
178 insbesondere gegen gewaltbereiten Islamismus, das Prävention, Aussteigerprogramme und

179 konsequente Strafverfolgung verbindet. Dabei stärken wir insbesondere die digitale und
180 kommunale Präventionsarbeit sowie aufsuchende Angebote. Den Kampf gegen Islamismus führen
181 wir Seite an Seite mit der Mehrheit der Muslime, die ihn ebenfalls ablehnen, und deshalb
182 ohne Generalverdacht gegenüber zugewanderten Menschen. Denn viele Menschen, die aus
183 Krisengebieten zu uns fliehen, fliehen selbst vor islamistischem Terror und Verfolgung.

184 Um Radikalisierung frühzeitig zu erkennen, stärken wir die Sicherheits- und
185 Ermittlungsbehörden personell und technisch und verbessern die Bekämpfung islamistischer
186 Propaganda im Internet. Dabei nehmen wir insbesondere die Radikalisierung in den sozialen
187 Netzwerken und Messengerdiensten in den Blick.

188 Wir schaffen gezielt Räume für liberale muslimische Stimmen, die sich klar für Demokratie,
189 Menschenrechte und gegen Radikalisierung einsetzen und fördern den innermuslimischen und
190 interreligiösen Dialog sowie Initiativen für Demokratie und gegen Demokratiefeindlichkeit.
191 Wo Verbände sich nicht eindeutig vom Islamismus abgrenzen, von anderen Staaten vollständig
192 emanzipieren oder nicht für unsere demokratischen Grundwerte einstehen, beenden wir die
193 Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen.

194 Wir fördern Selbstbestimmung und Gleichstellung

195 Die Hälfte der Macht den Frauen

196 Frauen gehört die Hälfte der Macht: in Parlamenten und Regierungen, in Chefetagen und
197 Aufsichtsräten, in Wissenschaft und Justiz, in Medien und Kultur. Überall dort, wo Macht
198 ausgeübt und Zukunft gestaltet wird, müssen Frauen gleichberechtigt vertreten sein. Wir
199 GRÜNE NRW leben Parität und besetzen Gremien grundsätzlich mindestens zur Hälfte mit Frauen.

200 Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für Selbstbestimmung. Noch
201 immer arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit und häufiger unterhalb ihrer erworbenen
202 Qualifikation, sind seltener in Führungspositionen vertreten, verdienen durchschnittlich
203 weniger als Männer und tragen ein deutlich erhöhtes Risiko für Altersarmut. Besonders Frauen
204 in Minijobs und sozialen Berufen erleben geringe Löhne, unsichere Beschäftigung und fehlende
205 Aufstiegsperspektiven. Entscheidende Hebel sind deshalb: gleicher Lohn für gleichwertige
206 Arbeit, faire Arbeitsbedingungen und der gleichberechtigte Zugang zu Kapital und Netzwerken.
207 Die Kompetenzzentren "Frau und Beruf" sowie Programme für Gründerinnen und Unternehmerinnen,
208 etwa die Weiterentwicklung der Meistergründungsprämie, wollen wir weiterführen, ausbauen und
209 breiter zugänglich machen.

210 Care-Arbeit wird immer noch zu einem großen Teil von Frauen übernommen. Insbesondere
211 Alleinerziehende wollen wir daher unterstützen. Care-Berufe, ob im Gesundheitswesen, der
212 Pflege oder der Kinderbetreuung sind essentiell für unsere Gesellschaft – so müssen wir sie
213 auch bewerten.

214 Mutterschutz darf keine Frage des Beschäftigungsstatus sein. Deshalb wollen wir auch
215 selbstständige Frauen während des Mutterschutzes finanziell absichern. Auch werben wir
216 weiter für das in NRW entwickelte Modell für einen verlässlichen Einkommensausgleich und die
217 Finanzierung betrieblicher Vertretungen in der bundespolitischen Debatte.

218 Schon an Universitäten und Berufsschulen brauchen wir Mentoring, Empowerment und
219 Netzwerkveranstaltungen, um den Anteil von Frauen in Führungspositionen – im öffentlichen
220 Dienst wie in der Wirtschaft – zu erhöhen, wobei wir gezielt auch Frauen mit
221 Einwanderungsgeschichte, Schwarze Frauen und Frauen mit Behinderungen in den Blick nehmen,
222 die in Führungspositionen weiterhin besonders unterrepräsentiert sind.

223 Gewalt gegen Frauen entschieden bekämpfen

224 Gewalt gegen Frauen ist eine der größten Herausforderungen der inneren Sicherheit. Sie hat
225 viele Formen: körperliche, psychische, sexualisierte, digitale sowie wirtschaftliche Gewalt
226 und trifft Frauen aller sozialen Schichten und häufig im privaten Umfeld. Wir GRÜNE NRW
227 setzen uns für die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention und den Schutz vor
228 geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt ein. Dazu benötigen wir eine enge Verzahnung
229 unterschiedlicher Strukturen, etwa von Gewalthilfe, Polizei, Justiz und dem
230 Gesundheitsbereich. Die enge Zusammenarbeit erfolgt auf Grundlage des Landesaktionsplans
231 "NRW gemeinsam gegen Gewalt".

232 Unser Ziel ist es, dass keine Frau Gewalt erleben muss. Wir wissen aber auch, dass die
233 Realität leider anders aussieht. Wir stellen uns konsequent an die Seite von Frauen, die von
234 Gewalt bedroht oder betroffen sind. Wir wollen sicherstellen, dass jede von Gewalt
235 betroffene oder bedrohte Frau und ihre minderjährigen Kinder die Unterstützung erhalten, die
236 sie benötigen. Wir bauen Frauenhäuser, Frauenberatungs- und Interventionsstellen weiter aus.
237 Dafür setzen wir das Gewalthilfegesetz des Bundes konsequent auf Landesebene um. Unser Ziel
238 ist klar: Jede Frau, die Schutz und Beratung braucht, muss sie bekommen. Den dafür
239 notwendigen Ausbau von Frauenhausplätzen werden wir bis 2032 sicherstellen. Alle Betroffenen
240 müssen unabhängig von Wohnort, Behinderung, Herkunft, Fluchtgeschichte oder
241 Geschlechtsidentität schnellen Zugang zu Schutz und Beratung erhalten. Dazu gehören
242 barrierefreie und kultursensible Angebote sowie Schutzmöglichkeiten.

243 In dieser Legislaturperiode haben wir dafür gesorgt, dass zusätzliche Angebote für Kinder in
244 Frauenhäuser geschaffen und ausgebaut werden konnten. Kinder sind Mitbetroffene von
245 häuslicher Gewalt und müssen daher immer mitgedacht werden. Mütter müssen die Möglichkeit
246 bekommen, ihre minderjährigen Kinder mit in ein Frauenhaus nehmen zu können. Auch für
247 jugendliche Jungen müssen Plätze vorgehalten werden, damit Mütter mit ihren minderjährigen
248 Söhnen in ein Frauenhaus gehen können.

249 Polizei und Justiz müssen Gewalt gegen Frauen konsequent verfolgen. Wir stärken schnelle
250 Ermittlungen und Verfahren und verbessern die Risikoeinschätzung. Nach spanischem Vorbild
251 wollen wir zudem Spezialgerichte gegen häusliche Gewalt etablieren, die familien- und
252 strafrechtliche Verfahren besser verzahnen, Zuständigkeiten bündeln und Verfahren
253 beschleunigen. Darüber hinaus wollen wir die elektronische Aufenthaltsüberwachung zum Schutz
254 vor Partnerschaftsgewalt zunächst evaluieren und bei Bedarf weiter ausbauen. Zum Schutz von
255 Frauen vor Zwangskontrolle gewaltausübender Väter halten wir am bisherigen Sorgerechtsmodell
256 für nicht verheiratete Eltern fest und wollen die Deeskalationshaft als letztes Mittel.
257 Femizide, die extremste Form geschlechtsspezifischer Gewalt, wollen wir auf Bundesebene als
258 eigenständiges Mordmerkmal im Strafgesetzbuch verankern.

259 Digitale sexualisierte Gewalt betrifft vor allem Frauen und junge Menschen. Sie umfasst alle
260 Formen sexueller Belästigung, Nötigung und Angriffe, die im digitalen sozialen Nahraum
261 verübt werden und ist ein schwerwiegender Eingriff in die körperliche und seelische
262 Unversehrtheit. Ihre Folgen unterscheiden sich oft nicht von analoger Gewalt. Wir setzen uns
263 konsequent für eine Gesellschaft ein, in der Betroffene vor allen Gewaltformen wirksam
264 geschützt, unterstützt und ernst genommen werden. Digitale Gewalt muss wirksamer bekämpft
265 und genauso hart bestraft werden wie analoge Gewalt. Wir setzen uns für eine klare
266 Strafbarkeit voyeuristischer Bild- und Videoaufnahmen sowie bildbasierter sexualisierter
267 Gewalt und wollen Deepfakes ohne Einwilligung der Betroffenen unter Strafe stellen.
268 Plattformen müssen rechtswidrige Inhalte – ob in Bildform oder auch Hate Speech – zügig
269 löschen, Betroffene bei der Rechtsdurchsetzung unterstützen und ihrer Verantwortung zum
270 Schutz vor digitaler Gewalt gerecht werden. Des Weiteren rufen wir einen Aktionsplan „Kampf
271 gegen digitale sexualisierte Gewalt“ ins Leben. Als Teil davon vermitteln wir praktisches
272 Wissen zum Schutz vor digitaler Gewalt direkt an Betroffene sowie an Beschäftigte von

273 Beratungsstellen und Frauenhäusern, damit diese auch in akuten Bedrohungslagen sofort helfen
274 können.

275 Gewaltschutz beginnt jedoch vor der Tat. Deshalb stärken wir Gewaltprävention und
276 Medienkompetenz, bauen die Arbeit mit Jungen und Männern sowie Täterarbeit und Programme zur
277 Rückfallprävention aus. Wir treten Antifeminismus und frauen- und queerfeindlichen
278 Netzwerken mit Aufklärung, Demokratieförderung, vor allem in Schulen entschieden entgegen
279 und werden auch digitale Maßnahmen gegen Antifeminismus ausbauen.

280 Sexualdelikte professionell und mit Kontinuität verfolgen

281 Verfahren wegen sexualisierter Gewalt erfordern besondere Sensibilität und Fachkompetenz.
282 Deshalb richten wir Schwerpunkt-Amtsgerichte und spezialisierte Kammern für Sexualdelikte
283 ein. Wir stärken verpflichtende Fortbildungen, Supervision sowie den Einsatz audio-visueller
284 Vernehmungen, um Betroffene besser zu schützen und Verfahren zu beschleunigen.
285 Spezialisierungen in Justiz und Staatsanwaltschaft müssen sich auch bei Beförderungen
286 widerspiegeln.

287 Für uns gilt im Sexualstrafrecht der Grundsatz: Nur Ja heißt Ja. Sexuelle Handlungen dürfen
288 nur bei eindeutiger und freiwilliger Zustimmung als einvernehmlich gelten. Gemeinsam mit den
289 Ländern wollen wir bestehende Schutzlücken im Sexualstrafrecht schließen. Wir setzen uns für
290 härtere Strafen beim Einsatz von K.-o.-Tropfen bei Übergriffen ein.

291 Um zu vermeiden, dass Opfer ein wiederholtes Mal belastet oder psychisch verletzt werden,
292 verpflichten wir Staatsanwält*innen und Richter*innen zu Fortbildungen zu
293 geschlechtsspezifischer Gewalt und Traumafolgen, führen Gewalt-, Opfer- und
294 Kinderschutzbeauftragte an den Präsidialgerichten ein und bauen spezialisierte Ermittlungs-,
295 Staatsanwaltschafts- und Richter*innenstrukturen weiter aus.

296 Sexarbeit: Rechte stärken, Ausbeutung bekämpfen

297 Feministische Politik nimmt unterschiedliche Lebensrealitäten und Machtverhältnisse in den
298 Blick – dazu gehört auch Sexarbeit. Wir möchten deshalb die Rechte, Sicherheit und
299 Gesundheit von Sexarbeiter*innen in NRW stärken, Stigmatisierung abbauen und Ausbeutung,
300 Menschenhandel sowie Zwangsprostitution bekämpfen, ohne selbstbestimmt arbeitende
301 Sexarbeiter*innen einzuschränken. Um das zu erreichen, wollen wir Beratungsangebote
302 niedrigschwellig, diskriminierungssensibel und flächendeckend zugänglich machen,
303 Fortbildungen zur Sensibilisierung von Polizei, Ordnungsämtern, Gesundheitsämtern und Justiz
304 ausweiten und den Schutz für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution ausbauen. Das
305 Prostituiertenschutzgesetz muss auf Bundesebene dahingehend grundlegend reformiert werden.
306 Dabei ist es wichtig, Sexarbeiter*innen und auch Opfer von Menschenhandel sowie
307 Zwangsprostitution bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen. Sexarbeit
308 darf nicht pauschal kriminalisiert oder in unsichere Verhältnisse verdrängt werden.

309 Sicherheit und Sichtbarkeit für queere Menschen

310 NRW ist bunt und feiert alle Farben des Regenbogens. Wer queer ist, muss in NRW frei leben
311 können und niemals Angst haben müssen – nicht auf der Straße, nicht beim Amt, nicht im
312 eigenen Zuhause. Christopher Street Days und andere queere Veranstaltungen machen die
313 Vielfalt und Freiheit unserer Gesellschaft sichtbar. Sie sind Orte der Gemeinschaft, der
314 Sichtbarkeit und des politischen Kampfs für gleiche Rechte. Wir sorgen dafür, dass queeres
315 Leben überall in NRW sichtbar und sicher sein kann. Wir kämpfen weiter dafür, in Artikel 3
316 Grundgesetz die sexuelle Identität als Diskriminierungsmerkmal aufzunehmen.

317 Gegen Queerfeindlichkeit gehen wir konsequent vor. Dazu gehört der Schutz von CSDs, queeren
318 Einrichtungen und Engagierten vor rechtsextremen, islamistischen und queerfeindlichen
319 Angriffen, Bedrohungen und Hate Speech.

320 Mit einem Aktionsplan „Queer leben“ für NRW schaffen wir eine verlässliche Grundlage für die
321 Rechte und den Schutz queerer Menschen – mit konkreten Maßnahmen für mehr Sicherheit,
322 Akzeptanz und Teilhabe. Sichtbarkeit und queere Strukturen stärken wir gerade auch im
323 ländlichen Raum. Die Erkenntnisse der Lebenslagenstudie setzen wir konsequent in konkrete
324 Maßnahmen um. Wir stärken Prävention, Beratung und den Schutz vor Diskriminierung und
325 qualifizieren Polizei, Justiz und Verwaltung im Umgang mit Queerfeindlichkeit und
326 Hasskriminalität. Queerfeindliche Gewalt muss konsequent verfolgt werden. Auch Beschäftigte
327 in Schulen und Gesundheitseinrichtungen sensibilisieren und qualifizieren wir für den Schutz
328 queerer Menschen. Damit tragen wir zum Vertrauen in die Institutionen bei und reduzieren die
329 Scham, die oft dazu führt, dass Menschen sich keine Hilfe suchen. Vielfalt als
330 Querschnittsaufgabe öffentlicher Institutionen trägt dazu bei, dass alle Menschen in NRW
331 unabhängig von sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität frei, sichtbar und
332 ohne Angst leben können. Dafür sichern wir die Finanzierung queerer Strukturen langfristig
333 ab. Hier nehmen wir insbesondere auch Strukturen für migrantische und ältere queere Personen
334 in den Blick.

335 Weil Gewalt gegen queere Menschen zunimmt und bestehende Schutzstrukturen sie oft nicht
336 auffangen, schaffen wir als Modellprojekt ein eigenes Schutzhaus für LSBTIQ*-Personen, die
337 von Gewalt betroffen sind.

338 Lesbische Familien brauchen endlich die gleichen Rechte. Wir setzen uns auf Bundesebene
339 dafür ein, dass die Co-Mutter eines Kindes von Geburt an automatisch als rechtlicher
340 Elternteil anerkannt wird, wenn das Kind in eine Ehe oder entsprechend rechtlich
341 abgesicherte Partnerschaft hineingeboren wird. So beenden wir die Benachteiligung lesbischer
342 Familien im Abstammungsrecht und schaffen von Anfang an Rechtssicherheit für Kinder und
343 Eltern. Auch die Anerkennung anderer Co-Eltern wollen wir erleichtern.

344 Wir begreifen Vielfalt als Stärke

345 Einwanderungsgesellschaft gestalten – Integration verlässlich machen

346 Nordrhein-Westfalen ist ein Land, das in Vielfalt zusammenhält. Menschen mit
347 unterschiedlichen Herkunft, Sprachen und Erfahrungen prägen seit Generationen unser
348 Zusammenleben, unsere Wirtschaft und unsere Kultur. Ob die sogenannten Gastarbeiter*innen
349 und ihre Familien, Fachkräfte, die aus aller Welt zu uns gekommen sind, oder Menschen, die
350 vor Krieg und Verfolgung geflüchtet sind und sich hier ein neues Leben aufgebaut haben: Sie
351 alle sind Teil unserer Einwanderungsgesellschaft und gehören untrennbar zu dem, was NRW
352 ausmacht. Wir sind stolz auf unser Einwanderungsland. Und wir wissen, dass gleiche Chancen
353 noch immer keine Selbstverständlichkeit sind. Herkunft oder Name dürfen nicht darüber
354 entscheiden, welche Chancen ein Mensch in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt, bei der
355 Wohnungssuche oder im Alltag hat. NRW braucht die Ideen, Qualifikationen und Erfahrungen
356 aller Menschen, die hier leben und arbeiten. Unser Ziel ist ein NRW, in dem alle Menschen
357 ihr Leben selbstbestimmt gestalten und gleichberechtigt teilhaben können.

358 Wir stärken die Kommunalen Integrationszentren und das Kommunale Integrationsmanagement,
359 Integrationsagenturen, Beratungsstellen und Migrant*innenselbstorganisationen. Sie schaffen
360 Zugänge zu Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe, begleiten Menschen beim Ankommen
361 und bauen Brücken zwischen Staat und Bevölkerung. Diese gewachsenen Strukturen wollen wir
362 strukturell absichern und gemeinsam mit allen Beteiligten weiterentwickeln.

363 Zu guten Integrationsstrukturen gehören für uns außerdem Begegnungsräume, die Stärkung von
364 Migrant*innenselbstorganisationen sowie wirksame Antidiskriminierungsstrukturen. Dafür
365 entwickeln wir die Förderung nach dem Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW (TIntG) weiter,
366 schaffen mehr Planungssicherheit und vereinfachen die Verwaltungsverfahren.

367 Menschen mit Einwanderungsgeschichte müssen nicht nur vertreten sein, sondern selbst
368 mitentscheiden können. Deshalb stärken wir ihre politische Partizipation. Wir wollen unseren
369 Beitrag dazu leisten, dass Einbürgerungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden.
370 Offensiven, die für die Einbürgerung werben, unterstützen wir.

371 Die vielfältige Migrationsgeschichte NRWs gehört zu unserem gemeinsamen kulturellen
372 Gedächtnis. Zu einem Einwanderungsland gehört auch, seine eigene Geschichte erzählen zu
373 können. Die Geschichte von Flucht und Vertreibung, von Aussiedler*innen und
374 Spätaussiedler*innen, der Arbeitsmigration und der unterschiedlichen Flucht- und
375 Einwanderungsbewegungen, die unser Land bis heute prägen. Wir sorgen dafür, dass die
376 Geschichte der Einwanderung nach NRW als selbstverständlicher Teil unserer gemeinsamen
377 Geschichte sichtbar bleibt. Daher unterstützen wir weiter das Vorhaben eines nationalen
378 Migrationsmuseums in NRW.

379 Lebensleistung von Gastarbeiter*innen angemessen würdigen

380 Nordrhein-Westfalen, so wie wir es heute als Zuhause kennen, haben wir auch den vielen
381 Gastarbeiter*innen, also der ersten Generation der Arbeitsmigrant*innen, die zu Beginn der
382 Republikgründung nach Deutschland kamen, zu verdanken. Sie haben unser Land wirtschaftlich
383 und gesellschaftlich mitgeprägt – oft unter schwierigen Arbeitsbedingungen und ohne die
384 soziale Absicherung, die ihrer Leistung gerecht geworden wäre. Das wirkt bis heute nach:
385 Ehemalige Gastarbeiter*innen sind aufgrund fehlender oder unzureichender Tarifregelungen
386 sowie gehäuft auftretender irregulärer Beschäftigungsverhältnisse im Rentenalter von
387 Altersarmut und anderen sozialen Folgen in besonderer Weise betroffen. Ihre besonderen
388 Bedürfnisse und ihre soziale Sicherheit im Alter wollen wir deshalb stärker in den Blick
389 nehmen. Wir wollen, dass im ganzen Land niedrigschwellige, aufsuchende, muttersprachliche
390 Informations- und Beratungsangebote zur Verfügung stehen. Ihre Lebensleistung ist Teil der
391 Geschichte NRWs und verdient Anerkennung.

392 Das Landesantidiskriminierungsgesetz weiterdenken

393 Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz haben wir den Schutz vor Diskriminierung in NRW
394 deutlich gestärkt. Polizeibeamt*innen, Lehrkräfte und alle anderen Beschäftigten des
395 öffentlichen Dienstes treten jeden Tag für unsere freiheitliche Demokratie ein. Dennoch kann
396 es zu Diskriminierung kommen. Mit dem Gesetz setzen wir auf gütliche Einigungen und eine
397 präventive Wirkung. Auf Basis der anstehenden Evaluation des Gesetzes im Jahr 2030 wollen
398 wir den Diskriminierungsschutz weiter stärken. Das Land NRW geht mit der Vorbildfunktion als
399 Staat voran und sorgt für einen starken Diskriminierungsschutz.

400 Freiheit im Glauben, Freiheit vom Glauben

401 NRWs Vielfalt zeichnet sich auch in der Vielzahl der Religionen aus. Egal ob Christentum,
402 Islam, Judentum, Alevitenum, Jesidentum, Buddhismus, orthodoxes Christentum, Hinduismus oder
403 andere Religionen – die Menschen in NRW leben und glauben vielfältig. Und viele Menschen
404 glauben auch nicht, bekennen sich zum Agnostizismus oder Atheismus oder lassen sich gar
405 keiner dieser Kategorien zuordnen. Für uns stehen die Freiheit zum Glauben und die Freiheit,
406 nicht zu glauben, all dieser Menschen im Mittelpunkt unserer Politik.

407 Ganz oft verbinden Menschen mit ihrem Glauben auch Heimat, Zusammenhalt und persönliches
408 Engagement, egal ob in ihrer Gemeinde oder in ihrer Nachbarschaft. Dieses Verständnis und

409 die daraus resultierende Arbeit sind für uns als Gesellschaft wertvoll, und wir schätzen
410 sie. Der Sozialstaat, wie wir ihn heute kennen und schützen, wäre ohne die Wohlfahrtspflege
411 und die vielen Ehrenamtlichen unmöglich aufrechtzuerhalten. Der Bedarf muslimischer
412 Wohlfahrtsarbeit steigt in unserer vielfältigen Gesellschaft. Wir unterstützen die
413 Weiterentwicklung von Vereinen, die nicht staatlich und politisch gebunden sind.

414 Die Kirchen sind für uns darüber hinaus oft Bündnispartner, sei es beim gesellschaftlichen
415 Zusammenhalt, bei der Nächstenliebe, bei Chancen, beim Klimaschutz, in der Seenotrettung, im
416 Kampf für Menschenrechte oder in der Bildungs- und Sozialarbeit. Diese gewachsene
417 Partnerschaft von Land, Kommunen und Kirchen wollen wir erhalten und weiterentwickeln.
418 Insbesondere beim Kirchenasyl setzen wir auf frühzeitige Kommunikation zwischen Kirchen,
419 BAMF und Ausländerbehörden, damit humanitäre Härtefälle erkannt und bestehende rechtliche
420 Spielräume konsequent genutzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Kirchenasyl von
421 Bundes- und Landesbehörden geachtet wird.

422 Über den Missbrauch in der Kirche darf man nicht schweigen. Amtsträger der Kirche haben
423 unendlich viel Leid erzeugt und das Leben von Menschen zerstört. Wir stehen an der Seite der
424 Opfer. Dort wo wir helfen können, möchten wir alles tun, um dieses Leid zu lindern. Wir
425 drängen auf Aufarbeitung, Transparenz und unterstützen Selbsthilfegruppen für Betroffene und
426 Angehörige von Betroffenen. Wir drängen auf Schutzkonzepte, Anlaufstellen und Beratung,
427 damit Menschen von diesem Leid verschont bleiben.

428 Wir wissen auch um die Probleme innerhalb der Kirche und zwischen Staat und Kirche. Wir
429 wollen diese Probleme angehen und sie nicht verschweigen. Das betrifft das kirchliche
430 Arbeitsrecht, aber auch in Teilen das Verhältnis von Staat und Kirche. Eine Gesellschaft
431 kann beides gleichzeitig tun: den Wert von Glaubensgemeinschaften anerkennen und würdigen
432 und zugleich für eine Neutralität von Staat und Kirche eintreten. Ein Staat muss
433 weltanschaulich neutral handeln, weshalb zum Beispiel die „Ehrfurcht vor Gott“ aus unserer
434 Sicht kein allgemeines Bildungsziel sein sollte. Wir plädieren für eine Modernisierung des
435 Feiertagsgesetzes, um unter anderem das Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen an
436 „stillen“ Feiertagen zu überwinden. Zudem unterstützen wir die Abschaffung von Hürden bei
437 Kirchenaustritten.

438 Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche befinden sich in unserem Land in
439 einer Transformation. Sie sanieren Kirchengebäude klimagerecht, nutzen Gebäude um oder
440 entweihen auch Kirchengebäude. Diesen Transformationsprozess wollen wir als Land begleiten
441 und unterstützen, alleine schon deshalb, weil aus historischen Gründen Kirchengebäude oft
442 das städtebauliche Zentrum eines Dorfes oder einer Stadt bilden. Für uns ist entscheidend,
443 dass auch eine neue Nutzung diesen Zentrumscharakter ermöglicht. Deshalb begleiten wir die
444 Umnutzungen konstruktiv im Dialog mit Kommunen und Kirchen.

445 Wir treten jeder Form von religiösem Fundamentalismus entschieden entgegen – unabhängig
446 davon, aus welcher Religion heraus er begründet wird. Wo Religion genutzt wird, um Freiheit
447 und Selbstbestimmung einzuschränken, Gleichberechtigung infrage zu stellen oder
448 Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung zu rechtfertigen, ziehen wir eine klare Grenze. In den
449 USA zeigt sich, wie christlich-nationalistische Bewegungen Religion zum politischen
450 Machtinstrument machen und mit der MAGA-Bewegung gesellschaftliche Vielfalt, die
451 Gleichberechtigung der Geschlechter, die Rechte queerer Menschen und demokratische
452 Institutionen angreifen. Doch auch hier versuchen Kräfte der extremen Rechten, christliche
453 Werte und Symbole für ihre Politik zu vereinnahmen.

454 Muslim*innen gehören zu NRW. Das ist Realität seit vielen Jahren. Die gesellschaftliche
455 Anerkennung dessen ist aber jahrzehntelang ausgeblieben. Gebetsräume wurden oft in
456 Gewerbegebiete oder Hinterhöfe verwiesen. Es war ein integrationspolitischer Fehler, dass

457 wir nicht vor Ort muslimisches Leben mitorganisieren, sondern anderen Staaten überlassen
458 haben. Diese Räume wussten und wissen Islamist*innen für ihre Propaganda zu nutzen. Wir
459 wissen um die Gefahr von Islamismus und werden diesen mit allen Mitteln bekämpfen. Viele
460 Muslim*innen leiden unter der Gleichsetzung von Islam und Islamismus, vor allem jene
461 liberalen Muslim*innen im Land, die von radikalen Islamisten besonders bedroht werden und
462 deswegen zu uns flüchten. Wir stehen an ihrer Seite, motivieren und unterstützen sie, eine
463 noch hörbarere Position für den liberalen Islam zu beziehen.

464 NRW blickt auf mindestens 1.700 Jahre jüdisches Leben zurück, und wir kämpfen dafür, dass es
465 in NRW weiter sichtbar, vielfältig und hörbar ist. Zur bitteren Realität gehört: Menschen
466 tragen ihren Davidstern unter der Kleidung und verzichten im öffentlichen Raum auf eine
467 Kippa. Viele von ihnen sitzen sprichwörtlich auf gepackten Koffern. Nach dem Terroranschlag
468 der Hamas auf Menschen in Israel am 7. Oktober 2023 hat sich das Sicherheitsgefühl vieler
469 Jüd*innen in Deutschland grundlegend verändert. Viele fragen sich, wie sicher und
470 selbstbestimmt ihre Lebensführung in Deutschland noch möglich ist. Der Antisemitismus war
471 bereits auf einem hohen Niveau und nahm danach noch einmal dramatisch zu. Wir wehren uns
472 gegen jeden Antisemitismus, sei es von rechts, von links, durch den politischen Islam oder
473 aus der Mitte der Gesellschaft. Wir stehen an der Seite unserer jüdischen Mitbürger*innen
474 und werden immer dafür eintreten, dass sie ihr Recht auf Religionsausübung und das
475 Zelebrieren ihrer Kultur ausüben können. Wir setzen uns für ein starkes und sichtbares
476 jüdisches Leben in NRW ein.

477 Wir schützen Menschenrechte und schaffen Chancen für Geflüchtete

478 Integration von Anfang an: ankommen und teilhaben

479 Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, haben ihre alte Heimat verloren. Sie kommen
480 mit großer Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Sicherheit. Sie haben das Recht auf Schutz.
481 Nordrhein-Westfalen steht für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Wir begegnen ihnen dabei
482 auf Augenhöhe: Als potenzielle neue Bürger*innen, mit eigenen Potenzialen und der
483 Verantwortung, ihre neue Heimat aktiv mitzugestalten. Unsere Kommunen haben gemeinsam mit
484 einer starken Zivilgesellschaft Handlungsfähigkeit in Krisen- und Kriegszeiten bewiesen,
485 indem sie zusammengehalten und viele Menschen auf der Flucht aufgenommen haben.

486 Das individuelle Recht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention sind für uns
487 unverrückbare Grundlagen einer menschenrechtsorientierten Flüchtlingspolitik. Wir stellen
488 uns allen Versuchen entgegen, das individuelle Recht auf Schutz auszuhöhlen oder Menschen
489 auf der Flucht pauschal unter Generalverdacht zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass
490 menschenrechtsbasierte Ansätze in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik gestärkt
491 werden. Wir stehen für ein rechtsstaatliches, solidarisches und funktionierendes Asyl- und
492 Rückführungssystem, das jeden Menschen individuell im Blick hat.

493 Unser Ziel sind kurze Aufenthaltszeiten in den Landesunterkünften. Wir halten ausreichend
494 Plätze vor, um auf Fluchtbewegungen reagieren zu können und so die Kommunen zu entlasten.
495 Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen und
496 hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten mit persönlichen Rückzugsorten. In unseren
497 Unterkünften müssen alle Menschen, insbesondere Kinder und besonders schutzbedürftige
498 Menschen, sicher sein. Deshalb verankern wir verbindliche Standards im
499 Landesgewaltschutzkonzept und entwickeln dieses weiter. Wir stärken kindgerechte
500 Beschwerdemöglichkeiten, Rückzugsräume und Freizeitangebote und stellen für Kinder und
501 Jugendliche den Zugang zu Regelbeschulung und Jugendhilfe sicher. Die gesundheitliche
502 Versorgung von Menschen ohne Papiere wollen wir durch den anonymen Krankenschein weiterhin
503 ermöglichen.

504 Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen Perspektiven. Wir setzen uns
505 bedarfsorientiert für eine starke und abgesicherte Jugendhilfe- oder Clearingeinrichtungen
506 ein, sodass ihre unabhängige Vertretung ab Tag eins gewährleistet ist. Der Vorrang des
507 Kindeswohls ist jederzeit sicherzustellen.

508 Der Austausch mit der Zivilgesellschaft, die sich für die Belange von Geflüchteten
509 einsetzen, ist uns wichtig und muss ein fester Bestandteil unseres Asylsystems sein. Ihr
510 haupt- und ehrenamtliches Engagement ist unersetzlich für die Aufnahme, Integration und
511 Begleitung von Geflüchteten.

512 Wir wollen Integrationsmöglichkeiten für Geflüchtete von Beginn an. Deshalb müssen
513 Integrations-, Teilhabe- und Sprachkurse allen Geflüchteten unabhängig von Aufenthaltsstatus
514 und Bleibeperspektive offenstehen. Für Teilhabe, ein eigenständiges Leben und eine gelungene
515 Integration sind Deutschkenntnisse wichtig, deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle
516 Menschen die Chance haben, Deutsch zu lernen, unabhängig von Alter, Einkommen oder
517 Aufenthaltsdauer. Kürzungen und Zulassungsstopps bei Integrations- und
518 Erstorientierungskursen des Bundes treten wir entgegen.

519 Menschen, die zu uns kommen, bringen vielfältige Potenziale und oft auch Berufserfahrungen
520 und Qualifikationen mit. Gerade angesichts des demografischen Wandels sind wir darauf
521 angewiesen, diese Fähigkeiten zu nutzen und dringend benötigte Arbeits- und Fachkräfte zu
522 gewinnen. Geflüchtete sollen deshalb einen persönlichen Integrationsfahrplan erhalten, der
523 beim Übergang in die Kommune weitergeführt wird. So verhindern wir Brüche zwischen
524 Landesunterkunft, Ausländerbehörde, Schule, Jobcenter und Beratungsstelle. Mit einem
525 Kompetenz-Check in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen stellen wir frühzeitig fest,
526 welche beruflichen Fähigkeiten, Abschlüsse und Arbeitserfahrungen sie mitbringen. So
527 verbessern wir Integrationschancen und entlasten die Kommunen. Insbesondere für geflüchtete
528 Frauen wollen wir Zugänge zu Informationen, Orientierung und Netzwerken schaffen. Wir wollen
529 auch migrantische Unternehmen stärker einbeziehen und als gute Ausbildungspartner*innen
530 begleiten.

531 Kommunale Ausländer- und Einbürgerungsbehörden sollen über Behördengrenzen hinweg Menschen
532 bei den notwendigen Schritten vom Ankommen, über den Zugang zur Arbeit bis hin zur
533 Einbürgerung verlässlich begleiten. Mehrsprachige Informationen und verlässliche,
534 pragmatische Lösungen bei der Sprachmittlung sowie feste Ansprechpersonen bei komplexeren
535 Anliegen stärken den Umgang der Behörden mit den Geflüchteten und Neuzugewanderten auf
536 Augenhöhe. Viele Kommunen haben sich bereits auf den Weg gemacht, ihre Behörden mit diesem
537 Fokus aufzustellen. Dafür unterstützen wir Behörden, die gesellschaftliche Teilhabe durch
538 aktive und individuelle Beratung sowie Zusammenarbeit mit den Klient*innen ermöglichen.
539 Menschen, die gut integriert sind, die Deutsch lernen, hier in Ausbildung oder in Arbeit
540 sind und sich an die Gesetze halten, sollen auf Bleibeperspektiven hin beraten werden. Wir
541 wollen dafür auch die Arbeit der Ausländerbehörden, des Kommunalen Integrationsmanagements
542 und der Zivilgesellschaft besser verzahnen. Auf Bundesebene werden wir uns weiter für
543 Möglichkeiten des "Spurwechsels" und vereinfachte Voraussetzungen für Arbeitserlaubnisse
544 einsetzen.

545 Menschenrechte schützen – auch an Europas Grenzen

546 Menschenrechte sind auch an den Außengrenzen der Europäischen Union unverhandelbar. Wir
547 wollen das Sterben im Mittelmeer beenden. Wer Menschen aus lebensgefährlicher Seenot rettet,
548 darf nicht verfolgt werden. Für besonders verfolgte und schutzbedürftige Gruppen setzen wir
549 uns gezielt für humanitäre Lösungen ein, wie die Aufnahme aus UN-Programmen. Für die in NRW
550 lebenden Ezid*innen haben wir bereits eine sichere Bleibeperspektive auf den Weg bringen

551 wollen. Doch das Bundesinnenministerium verweigert die dafür notwendige Zustimmung. Wir
552 setzen uns weiter für eine rechtssichere Lösung ein.

553 Faire, rechtsstaatliche und humane Asylverfahren

554 Unabhängige Asylverfahrensberatung stärkt die Rechte Schutzsuchender, trägt zu fairen
555 Verfahren bei und entlastet die Behörden. Deshalb fordern wir den Bund auf, die Finanzierung
556 dauerhaft sicherzustellen. Eine regelmäßige Wirksamkeitsprüfung soll Transparenz schaffen
557 und die Angebote am Bedarf ausrichten. Besonders Frauen, Minderjährige, traumatisierte und
558 queere Geflüchtete sind auf unabhängige, niedrigschwellige und spezialisierte Beratung
559 angewiesen. Deshalb wollen wir diese Angebote stärken.

560 Zu einem funktionierenden und fairen Asylsystem gehört, dass rechtskräftige Entscheidungen
561 durchgesetzt werden: Wo kein Bleiberecht besteht und eine freiwillige Ausreise nicht
562 erfolgt, sind Rückführungen durchzuführen.

563 Unsere Gesellschaft hat einen Anspruch darauf, dass Straftaten konsequent verfolgt und
564 Strafen vollstreckt werden. Daher setzen wir bei Rückführungen eine Priorisierung auf
565 schwere Straftäter sowie Menschen, von denen eine erhebliche Gefahr für die öffentliche
566 Sicherheit ausgeht. Wir verbessern die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen
567 den beteiligten Behörden, kommunizieren klare Zuständigkeiten und einheitliche, verlässliche
568 Verfahren. Dabei nehmen wir auch den Bund in die Pflicht: Wo das BAMF oder andere
569 Bundesbehörden zuständig sind, müssen sie die Ausländerbehörden bei der Umsetzung
570 rechtskräftiger Entscheidungen verlässlich unterstützen. Wir erwarten, dass der Bund seiner
571 Ankündigung nachkommt und die sogenannten Dublin-Verfahren zentral übernimmt. Denn es ist
572 Aufgabe des Bundes, sich gegenüber der EU und der europäischen Ersteinreiseländer für
573 verlässlichere Rücknahmeverfahren und eine bessere Zusammenarbeit einzusetzen.

574 Wir achten auf Humanität, Verhältnismäßigkeit und den Schutz besonders vulnerabler Menschen.
575 Daher wollen wir Abschiebungen aus Schulen, Kitas, Jugendhilfeeinrichtungen, Krankenhäusern,
576 psychiatrischen Einrichtungen und geschützten Beratungsräumen vermeiden. Der Kinderschutz
577 ist dabei zu wahren. Die unabhängige Abschiebungsbeobachtung stärken wir. Abschiebehaft ist
578 keine Straftat. Mildere Mittel als die Abschiebehaft müssen immer geprüft und angewendet
579 werden, Abschiebehaft darf nur als letztes Mittel zum Einsatz kommen. Die Abschiebehaft muss
580 höchsten rechtsstaatlichen und humanitären Standards entsprechen.

581 Bei Rückführungen gelten die Menschenrechte, die Genfer Flüchtlingskonvention und das
582 Völkerrecht uneingeschränkt. Niemand sollte in einen Staat abgeschoben werden, in dem
583 Verfolgung oder Folter drohen. Wir kritisieren Verhandlungen des Bundes zur Ausweitung von
584 Abschiebungen um jeden Preis, da sie Terrorregime, wie in Iran oder Afghanistan,
585 legitimieren, die Grundrechte missachten und Gewalt gegen die eigene Bevölkerung ausüben.
586 Widerrufsentscheidungen müssen sich an der tatsächlichen Sicherheits- und Menschenrechtslage
587 im Herkunftsland orientieren. Wir fordern den Bund auf, bestehende Abschiebungsverbote
588 konsequent zu beachten und Entscheidungen bei einer veränderten Lage unverzüglich zu
589 überprüfen.

590 Wir fördern Kultur, Medien und Sport

591 Kulturpolitik krisenfest und planbar machen

592 Die Kunst- und Kulturszene in NRW ist einzigartig und macht unser Bundesland besonders
593 lebenswert. Von Museen über Clubs und Konzertsälen bis zu Bühnen und freien Angeboten – sie
594 bereichern NRW in ihrer Vielfalt auf dem Land wie in der Stadt und tragen unsere Demokratie
595 mit. Sie stärken den Wirtschaftsstandort und sind zugleich Motor für gesellschaftliche
596 Debatten und neue Impulse. Wir fordern eine mehrjährige, verlässliche Finanzplanung für die

597 Kultur in NRW, damit sie nicht jedes Jahr neu zur Verhandlungsmasse wird. Und wir fordern
598 eine Anpassung der Fördersummen an die tatsächliche Kostenentwicklung, damit reale
599 Erhöhungen nicht durch Inflation aufgeessen werden. Für eine verlässliche Kulturförderung
600 stärken wir zugleich die Finanzen der Städte, Gemeinden und Kreise, denn sie sind die
601 wichtigsten Geldgeber für Kultur vor Ort.

602 Faire Arbeitsbedingungen sind die Grundlage für eine vielfältige und leistungsfähige
603 Kulturlandschaft. Auch für Künstler*innen und bei Kulturschaffenden wollen wir gute,
604 verlässliche und angemessen vergütete Arbeitsbedingungen sichern. Die Honoraruntergrenzen
605 bei landesgeförderten freien Projekten dürfen nicht durch gekürzte Projektzahlen oder
606 ausgedünnte Förderlinien querfinanziert werden. Wir wollen deshalb eine Ausfallsicherung für
607 Förderlinien, die durch die neuen Honoraruntergrenzen unter Druck geraten. Über eine
608 Gagenuntergrenze für Solo-Beschäftigte an öffentlichen Theatern verbessern wir zusätzlich
609 die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen auf und hinter der Bühne. Gleichzeitig setzen wir
610 uns entschieden gegen Machtmissbrauch und für sichere Arbeits- und Produktionsbedingungen in
611 der Kultur ein. Schutzkonzepte wollen wir weiterentwickeln und insbesondere die
612 Intimitätskoordination an Theatern und Opernhäusern sowie in Hochschulen und in der
613 künstlerischen Lehre und bei Proben verankern, um die künstlerische Arbeit von der Bildung
614 zur Premiere zu begleiten.

615 Kulturräume gegen Verdrängung schützen

616 Kunst und Kultur brauchen Räume – zum Arbeiten, Ausprobieren, Produzieren und Begegnen.
617 Deshalb wollen wir Kulturräume in den Städten und Gemeinden sichern, schaffen und dauerhaft
618 zugänglich halten. Atelier-, Proben- und Produktionsräume sind dabei weit mehr als reine
619 Arbeitsorte: Sie sind Orte der Kommunikation, der Sichtbarkeit von Kunst und Kultur und des
620 gesellschaftlichen Austauschs. Gerade in wachsenden Städten und Gemeinden geraten solche
621 Räume jedoch durch steigende Mieten, Flächenkonkurrenz und die zunehmende Verdichtung von
622 Wohnbebauung immer stärker unter Druck. Kultur darf nicht an den Rand gedrängt werden. Wir
623 setzen uns dafür ein, kulturelle Räume auch in innerstädtischen und zentralen Lagen zu
624 erhalten und bei der Stadt- und Gemeindeentwicklung von Anfang an mitzudenken. Dafür wollen
625 wir neue Modelle der Zwischennutzung, Kooperationen mit Kommunen, Wohnungswirtschaft und
626 privaten Eigentümerinnen und Eigentümern sowie langfristige Sicherungsmodelle für
627 Kulturimmobilien stärken. So schaffen wir verlässliche Orte, an denen künstlerische Arbeit
628 entstehen, ausprobiert und sichtbar werden kann und an denen Menschen zusammenkommen.
629 Kulturorte wie Kinos und Theater sind wegen ihrer oft zentralen Lage in den Städten und
630 Dörfern gut geeignet, kühlende Orte bei Hitze zu sein. Dafür braucht es Investitionen wie
631 Klimaanlage. Wir wollen sie dabei mit einem Programm "Kühlende Kultur" unterstützen, damit
632 die Kultur bei Hitze kostenfreie Orte zur Verfügung stellen kann.

633 Mit der Baurechtsnovelle des Bundes von 2026 werden Musikclubs erstmals konkret im Baurecht
634 als Kulturorte verankert. Das ist ein Erfolg, aber noch keine Gleichstellung: Clubs bleiben
635 eine eigene Kategorie neben klassischen "Anlagen für kulturelle Zwecke" wie Theatern oder
636 Opern, und ohne eine Modernisierung der Lärmschutzregeln (TA Lärm) bleibt der neue
637 Rechtsstatus für viele Clubs wirkungslos. Wir setzen uns dafür ein, dass NRW diese Reform
638 zügig und in voller Konsequenz umsetzt und sich für eine echte Gleichstellung sowie eine
639 überfällige TA-Lärm-Reform stark macht.

640 Über die Clubs hinaus schaffen wir Freiräume für Kultur insgesamt: Wir erleichtern Kommunen
641 die kulturelle Zwischennutzung leerstehender Gebäude, fördern gemeinsam nutzbare
642 Produktionsräume nach dem Vorbild des Werkkunsthauses NRW und öffnen Landesgebäude und -
643 flächen für kulturelle Projekte.

644 Im ländlichen Raum geht es zugleich darum, kulturelle Orte und Angebote in erreichbarer Nähe
645 zu erhalten und neu entstehen zu lassen. Mit dem Landesprogramm „Dritte Orte“ haben wir
646 Kultur und Begegnung im ländlichen Raum gezielt gestärkt. Darauf bauen wir auf: Wir wollen
647 erfolgreiche „Dritte Orte“ langfristig sichern, ihre Vernetzung stärken und insbesondere
648 dort neue kulturelle Treffpunkte ermöglichen, wo kulturelle Angebote bislang fehlen oder nur
649 schwer erreichbar sind. Dabei unterstützen wir Orte, die unterschiedliche Nutzungen
650 verbinden und gemeinsam mit den Menschen vor Ort entwickelt werden. Denn gerade dort, wo
651 Wege weiter und kulturelle Angebote weniger dicht sind, sind Kulturorte wichtige Treffpunkte
652 für Kultur, Austausch und gesellschaftliches Miteinander. Auch den von uns eingeführten
653 Kultur-Scheck wollen wir weiterentwickeln und stärker dafür nutzen, kulturelle Teilhabe
654 unabhängig von Einkommen und Wohnort zu ermöglichen.

655 Kultur resilient machen – Kunstfreiheit verteidigen

656 Kunst und Kultur sind Räume der Freiheit, der Auseinandersetzung und der gesellschaftlichen
657 Verständigung. Gerade deshalb geraten Künstler*innen und Kulturinstitutionen zunehmend ins
658 Visier rechter und rechtsextremer Kulturkämpfe: Veranstaltungen werden gezielt gestört,
659 Einrichtungen unter Druck gesetzt, Künstler*innen bedroht und die Förderung missliebiger
660 Kunst und Kultur politisch infrage gestellt. Dem stellen wir uns entgegen.

661 Wir wollen die Kultur in NRW widerstandsfähiger gegen solche Angriffe machen und
662 Kulturschaffende und Einrichtungen dabei unterstützen, mit Bedrohungen,
663 Einschüchterungsversuchen und gezielten Kampagnen umzugehen. Dafür stärken wir die Beratung,
664 Vernetzung und den Wissenstransfer und unterstützen Kulturinstitutionen dabei, Schutz- und
665 Handlungskonzepte zu entwickeln. Wo die öffentliche Kulturförderung unter politischen Druck
666 gerät, stehen wir für verlässliche Strukturen und transparente, fachliche Entscheidungen.
667 Denn die Freiheit der Kunst gilt gerade dann, wenn sie provoziert, widerspricht und
668 gesellschaftliche Konflikte sichtbar macht.

669 Freie Szene stärken – Bürokratie abbauen

670 Die Freie Szene ist ein unverzichtbarer Bestandteil der vielfältigen und lebendigen
671 Kulturlandschaft NRWs. Wir wollen ihre künstlerische Arbeit und ihre besonderen
672 Arbeitsstrukturen verlässlich stärken und weiterentwickeln. Dazu sollen die Mindesthonorare
673 für Künstler*innen weiterhin bestärkt, regelmäßig angepasst und bei der Ausgestaltung der
674 Fördermittel angemessen berücksichtigt werden, damit steigende Kosten nicht zu Lasten des
675 Umfangs und der Vielfalt künstlerischer Arbeit gehen. Gleichzeitig wollen wir bürokratische
676 Hürden bei Antragstellungen und Verwendungsnachweisen abbauen und das
677 Verwendungsnachweisrecht vereinfachen, damit mehr Zeit und Ressourcen für die eigentliche
678 künstlerische Arbeit zur Verfügung stehen. Mehrjährige Förderungen sollen weiterhin
679 ermöglicht und ausgebaut werden, um Festivals, künstlerischen Produktionen und Projekten
680 verlässliche Arbeits- und Planungsperspektiven zu geben. Auch neue Formate und innovative
681 Ansätze in allen Kultursparten sollen gute und passgenaue Förderbedingungen erhalten. So
682 stärken wir die Freie Szene als Ort für künstlerische Innovation, gesellschaftlichen
683 Austausch und kulturelle Teilhabe und sichern NRW auch in Zukunft als „place to be“ für
684 Kulturschaffende.

685 Kulturelle Bildung stärken

686 NRW ist Vorreiter in der kulturellen Bildung. Diesen Anspruch wollen wir weiterentwickeln
687 und kulturelle Teilhabe für Menschen aller Generationen ermöglichen und stärken. Kulturelle
688 Bildung darf sich dabei nicht auf die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen beschränken,
689 sondern muss Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen und mit unterschiedlichen
690 Voraussetzungen erreichen. Viele Künstler*innen kommen als Quereinsteiger*innen in das Feld

der kulturellen Bildung. Wir wollen deshalb Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote stärken, bündeln und besser miteinander vernetzen – auch in Kooperation mit Hochschulen und bestehenden Studiengängen, etwa an der Hochschule Niederrhein. Kulturelle Bildung braucht Austausch, fachliche Qualifizierung und kontinuierliche Weiterentwicklung. Deshalb wollen wir Forschung und Praxis stärker zusammenbringen und langfristig ein verlässliches Qualifizierungsangebot für Künstlerinnen und Künstler sowie Mitarbeitende von Kultureinrichtungen schaffen. So stärken wir die Qualität kultureller Bildungsarbeit und schaffen nachhaltige Perspektiven für alle, die kulturelle Bildung gestalten.

Kultur zukunftsfähig gestalten

Kulturelle Arbeit leistet einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen und vielfältigen Gesellschaft. Wir wollen Kultureinrichtungen, Künstlerinnen und Künstlern und die Freie Szene dabei unterstützen, Nachhaltigkeit ganzheitlich zu denken und umzusetzen – von einer ressourcenschonenden technischen Ausstattung und nachhaltigem Bühnen- und Veranstaltungsequipment bis hin zu nachhaltigen Produktionsweisen und der Wiederaufnahme erfolgreicher künstlerischer Arbeiten.

Wiederaufnahmen und die Weiterentwicklung bestehender Programme sollen gezielt unterstützt werden, um kulturelle Inhalte langfristig nutzbar und zugänglich zu machen. Kultur ist zugleich ein wichtiges Sprachrohr in die Gesellschaft und kann neue Perspektiven auf die Herausforderungen unserer Zeit eröffnen.

Viele Kultureinrichtungen befinden sich bereits in Transformationsprozessen, die Publikum, Personal und Programme gleichermaßen betreffen. Wir wollen diese Entwicklungen weiter unterstützen und insbesondere neue künstlerische Perspektiven und Formen der Zusammenarbeit fördern. Dabei gilt es, die Vielfalt unserer Gesellschaft stärker in den Kulturinstitutionen abzubilden und insbesondere migrantische Perspektiven und Biografien sichtbar zu machen. Kooperationen zwischen Künstlerinnen und Künstlern, migrantisch geprägten Initiativen, der Freien Szene und etablierten Kulturinstitutionen wollen wir deshalb stärken und zu einem selbstverständlichen Bestandteil einer zukunftsfähigen Kulturpolitik machen.

Für guten Journalismus in NRW

In Zeiten von Desinformation und gezielten Angriffen auf unsere Demokratie brauchen wir verlässliche Informationsquellen, eine vielfältige Medienlandschaft und unabhängigen, kritischen Journalismus. Wir stärken deshalb weiterhin Medienvielfalt und guten Journalismus in NRW – vom Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) über Lokal- und Hochschulradios bis zu vielfältigen journalistischen Angeboten.

Die Presse steht aktuell unter starkem Druck, da Werbeeinnahmen an ausländische Monopol-Unternehmen abfließen. Die Einführung der KI-Zusammenfassungen reduzieren die Einnahmen der Verleger weiter und gefährden die Medienvielfalt. Wir stehen an der Seite der Presseverlage und setzen uns für eine starke Durchsetzung von europäischem Wettbewerbsrecht zum Schutz der freien Medien ein.

Freier Journalismus braucht Journalist*innen, die ohne Angst vor Gewalt, Bedrohung und Einschüchterung arbeiten können. Wir wollen Medienschaffende besser vor Angriffen und Hetzkampagnen schützen – bei ihrer Arbeit vor Ort ebenso wie im Netz – und dafür sorgen, dass Straftaten gegen sie konsequent verfolgt werden.

Wir unterstützen weiterhin den Reformkurs im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, damit er auch in Zukunft unabhängig, leistungsfähig und breit akzeptiert bleibt und Vertrauen zurückgewonnen wird. Dabei darf die Reform nicht zu einem Verlust journalistischer, kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt führen. Mit COSMO endet 2027 ein Programm, das

737 über viele Jahre die kulturelle und sprachliche Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft
738 in besonderer Weise sichtbar und hörbar gemacht hat. Die Vielfalt unserer
739 Einwanderungsgesellschaft lässt sich weder auf einzelne Altersgruppen und Lebensstile noch
740 auf einzelne Musikgenres reduzieren. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der öffentlich-
741 rechtliche Rundfunk auch künftig ein starkes interkulturelles Angebot schafft, das
742 unterschiedliche Generationen und Lebensrealitäten erreicht, mehrsprachige Inhalte und
743 internationale Musikkultur ins Zentrum setzt und an die Stärken von COSMO anknüpft.

744 Regionale Berichterstattung, Kultur- und Wissensformate und mehrsprachige Angebote müssen
745 verlässlich erhalten bleiben. Wir unterstützen das Konzept der Staatsferne vollumfänglich.
746 Staatsferne ist eine essentielle Voraussetzung für eine um Objektivität bemühte
747 Berichterstattung und eine unabhängige Meinungsbildung in den Redaktionen. Politische
748 Akteure dürfen keinen Einfluss auf Programmgestaltung und personelle Entscheidungen haben,
749 um dieses wertvolle Gut nicht zu untergraben. Sollten in anderen Bundesländern die
750 Staatsverträge zum ÖRR gekündigt werden, setzen wir uns aus NRW heraus mit unserer ganzen
751 Kraft dafür ein, dass das System ÖRR erhalten bleibt.

752 Wir werden weiterhin dafür werben, dass der WDR mit seinen Formaten die Breite der
753 Bevölkerung erreichen kann. Dazu gehört eine Stärkung von inklusiven und mehrsprachigen
754 Angeboten, damit auch Menschen mit Behinderungen und Menschen mit geringen
755 Deutschkenntnissen gleichermaßen erreicht werden, sowie eine Stärkung der Online- und
756 Social-Media-Formate. Dabei ist es uns wichtig, dass lineare Angebote nicht eins zu eins
757 übertragen, sondern zielgruppenadressiert aufbereitet und veröffentlicht werden.

758 Auch beim Lokaljournalismus steht die Maßgabe der Staatsferne an erster Stelle unseres
759 politischen Handelns. Wir unterstützen die Landesmedienanstalt bei der Lösungsfindung diesen
760 zu stärken und begleiten dies mit gesetzgeberischen Maßnahmen.

761 Gemeinnütziger Journalismus muss endlich rechtssicher gemacht werden. Wir setzen uns für
762 eine gesetzliche Verankerung der Journalismusförderung als gemeinnützigen Zweck in der
763 Abgabenordnung ein, statt auf einen jederzeit widerruflichen Erlass zu vertrauen. Nur eine
764 gesetzliche Lösung gibt Bürger*innenmedienvereinen, Redaktionsnetzwerken und Non-Profit-
765 Newsrooms die Planungssicherheit, um sich über Spenden und Stiftungsgelder zu finanzieren.

766 Medienkompetenz steigern – gegen Desinformation und KI-Fälschungen

767 Soziale Medien sind einer der wichtigsten Kanäle für Unterhaltung und Quelle für
768 Informationen. Doch es wimmelt dort vor Fake News und zunehmend auch vor unmarkierten KI-
769 Inhalten. Bilder, Videos und Stimmen lassen sich mithilfe von Künstlicher Intelligenz
770 innerhalb von Sekunden erzeugen und sind mittlerweile kaum noch von echten Aufnahmen zu
771 unterscheiden. Das birgt extreme Risiken, denn Falschmeldungen können nur noch schwer
772 erkannt und entkräftet werden. Wir bauen Angebote aus, die Schüler*innen und Bürger*innen
773 befähigen, das Geschäftsmodell, die Algorithmen und die Suchtmechanismen von Social Media zu
774 verstehen. Wir unterstützen landesweit den Kampf gegen Desinformation und setzen unseren
775 Schwerpunkt auf die Förderung von Medienkompetenz. Auch außerhalb der Ballungsräume
776 unterstützen, vernetzen wir kleinere, eigenständige Initiativen unter einem Dach und erhöhen
777 ihre Sichtbarkeit und Wirkkraft.

778 Illegale demokratiefeindliche und hetzerische Inhalte aus dem In- und Ausland bekämpfen wir,
779 indem wir den Aufsichtsbehörden mehr Kompetenzen zusprechen, das Recht auf Gegendarstellung
780 ausweiten und für konsequente Strafverfolgung sorgen.

781 Extremistische Gruppierungen, ob politischer oder religiöser Natur, nutzen die Sozialen
782 Medien verstärkt, um Kinder und Jugendliche anzusprechen und für ihre Sache zu rekrutieren.

783 Wir fördern den weiteren Ausbau von Präventions- und Aussteigerangeboten, um Kinder und
784 Jugendliche zu schützen und mögliche Straftaten abzuwenden.

785 Kreativwirtschaft als Wachstumsmotor

786 Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land der Kultur- und Kreativwirtschaft. Film, Games und
787 Medien, Livemusik und Popkultur, Galerien und Buchhandlungen und andere Sparten der
788 Kreativwirtschaft stehen für die kulturelle Vielfalt unseres Landes, schaffen Arbeitsplätze
789 und Wertschöpfung und machen Kunst und Kultur sichtbar und zugänglich.

790 Erfolgreiche Strukturen wie das Mediennetzwerk NRW, die Film- und Medienstiftung NRW, die
791 Internationale Filmschule Köln, das Mediengründerzentrum NRW und das GamesLab Cologne wollen
792 wir erhalten, weiterentwickeln und stärker miteinander sowie mit Hochschulen vernetzen.
793 Zugleich stärken wir den Austausch mit Verbänden, Netzwerken und Branchenakteur*innen der
794 Kultur- und Kreativwirtschaft, um gemeinsame Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und
795 Lösungen zu entwickeln.

796 Den Wandel durch Künstliche Intelligenz wollen wir gemeinsam mit den Kreativschaffenden
797 gestalten. Sie brauchen beim Einsatz von KI Orientierung und verlässliche Rahmenbedingungen.
798 Wir setzen uns dafür ein, ihre Rechte zu schützen und eine faire Vergütung kreativer
799 Leistungen auch im digitalen Wandel zu sichern.

800 Sport für alle in der Nachbarschaft

801 Sport verbindet Menschen über Generationen, Herkunft und soziale Unterschiede hinweg. Er
802 hält gesund, schafft Gemeinschaft und vermittelt Fairness, Respekt und Teamgeist. Für uns
803 ist deshalb klar: Alle Menschen in NRW sollen die Möglichkeit haben, Sport zu treiben und
804 sich zu bewegen – unabhängig von Einkommen, Alter, Geschlecht, Herkunft, Behinderung oder
805 Vereinsmitgliedschaft.

806 Dabei verändert sich, wie Menschen Sport treiben. Millionen Menschen sind in Vereinen aktiv,
807 gleichzeitig findet immer mehr Bewegung selbstorganisiert statt. Unsere Sportpolitik nimmt
808 beides in den Blick: Wir stärken den organisierten Sport und schaffen zugleich bessere
809 Bedingungen für Bewegung im Alltag. Mit dem Landessportbund NRW, den Sportbünden und den
810 Sportverbänden haben wir starke Partner, mit denen wir die Sportlandschaft in NRW gemeinsam
811 weiterentwickeln wollen.

812 Bewegung darf keine Frage des Wohnorts oder des Geldbeutels sein. Wir wollen, dass Menschen
813 in NRW überall gute und niedrigschwellige Möglichkeiten finden, sich zu bewegen – im Verein
814 ebenso wie selbstorganisiert in der Nachbarschaft.

815 Deshalb wollen wir Bewegungs- und Sportflächen stärker in der Landesplanung und
816 Städtebauförderung verankern. Frei zugängliche und vielseitig nutzbare Bewegungsräume
817 fördern Gesundheit und Begegnung und machen unsere Quartiere lebenswerter. Die
818 Förderinstrumente des Landes wollen wir stärker für solche Sport- und Bewegungsräume
819 jenseits klassischer Sportstätten öffnen.

820 Sport und Bewegung leisten zugleich einen wichtigen Beitrag zur gesundheitlichen Prävention.
821 Diesen Gedanken wollen wir stärker in der Sportförderung des Landes verankern und dabei
822 insbesondere Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen in den Blick nehmen.

823 Sport und Bewegung sind Querschnittsaufgaben, die von Gesundheit und Bildung über
824 Stadtentwicklung bis zu Integration und Inklusion reichen. Deshalb wollen wir einen
825 regelmäßigen ressortübergreifenden Dialog zwischen Landespolitik, organisiertem und
826 selbstorganisiertem Sport, Kommunen, Wissenschaft und weiteren gesellschaftlichen

827 Akteur*innen etablieren. In einem Zukunftsforum Sport wollen wir gemeinsam Ziele für die
828 Sport- und Bewegungsförderung in NRW entwickeln und ihre Umsetzung regelmäßig überprüfen.

829 Vereine, Fankultur und Ehrenamt stärken, Sportförderung verlässlich und inklusiv gestalten

830 Sport ist Teil unserer demokratischen Gesellschaft. Er verbindet Menschen und stärkt den
831 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir stellen uns deshalb Rassismus, Antisemitismus,
832 Sexismus, Queerfeindlichkeit und jeder anderen Form der Menschenfeindlichkeit im Sport
833 entgegen. Vereine, Verbände, Fanprojekte und Fans, die sich für Vielfalt und Demokratie
834 engagieren, haben unsere Unterstützung.

835 Gerade im Fußball setzen wir auf Dialog und Prävention. Regelmäßige Dialogformate zwischen
836 Fans, Vereinen, Verbänden, Fanprojekten, Polizei und Ordnungsbehörden wollen wir fortführen
837 und ausbauen und die organisierte Fanszene als Teil der Zivilgesellschaft einbeziehen.
838 Fanprojekte wollen wir stärken und ihre unabhängige sozialpädagogische Arbeit schützen.

839 Unverhältnismäßige Überwachung lehnen wir ab. Verpflichtend personalisierte Tickets,
840 biometrische oder KI-gestützte Massenüberwachung sind für uns nicht der richtige Weg zu mehr
841 Sicherheit im Stadion. Stadionverbote sollen das letzte Mittel bleiben. Stattdessen bauen
842 wir Fanprojekte aus, stärken ihre Unabhängigkeit durch ein Zeugnisverweigerungsrecht für
843 Sozialarbeiter*innen und setzen auf den Dialog mit Fans, Vereinen und Verbänden. Unsere
844 Sportvereine und -verbände sind eine tragende Säule des Sports und unserer
845 Zivilgesellschaft. Trainer*innen, Übungsleiter*innen, Schiedsrichter*innen und
846 Vereinsverantwortliche ermöglichen mit ihrem überwiegend ehrenamtlichen Engagement jeden Tag
847 Sport für Millionen Menschen. Dieses Engagement wollen wir stärken und von unnötiger
848 Bürokratie entlasten.

849 Besonders junge Menschen wollen wir dafür gewinnen, Verantwortung im Sport zu übernehmen.
850 Gemeinsam mit dem organisierten Sport und seinen Bildungswerken wollen wir Qualifizierung
851 und Weiterbildung stärken und gute Bedingungen für ehrenamtliches Engagement schaffen.

852 Gleichzeitig muss die Sportförderung der Vielfalt unserer Gesellschaft gerecht werden. Wir
853 fördern deshalb weiterhin Angebote, die Sport unabhängig von Behinderung, Herkunft oder
854 Einkommen für die Breite der Gesellschaft zugänglich machen. Wer Sport treibt, muss zudem
855 vor physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt sowie vor Machtmissbrauch geschützt
856 sein. Wir stärken unabhängige Strukturen für Safe Sport und entwickeln verbindliche
857 Standards für Prävention, Intervention und Aufarbeitung weiter. Schutzkonzepte und Good
858 Governance sollen dort, wo das Land Sport strukturell fördert, selbstverständlich sein.

859 Schwimmen können muss für jedes Kind selbstverständlich sein

860 Schwimmen zu können, kann Leben retten und eröffnet Teilhabe an Sport und Freizeit. Unser
861 Ziel ist deshalb klar: Jedes Kind soll bis zum Ende der Grundschulzeit sicher schwimmen
862 können.

863 Dafür wollen wir den Schwimmunterricht, die Bäderinfrastruktur und die Angebote von Vereinen
864 und Rettungsorganisationen zusammendenken. Wir stärken den Schwimmunterricht an Schulen und
865 bauen den Einsatz von Schwimmassistenten weiter aus, die Lehrkräfte im Wasser unterstützen
866 und so mehr Kindern einen qualifizierten Schwimmunterricht ermöglichen. Darüber hinaus
867 stärken wir die Zusammenarbeit mit dem DLRG.

868 Gleichzeitig braucht es auch Wasserflächen. Wir unterstützen die Kommunen dabei, Freibäder,
869 Hallenbäder und Lehrschwimmbecken zu erhalten und zu modernisieren, damit Schwimmenlernen
870 und Schwimmsport überall in NRW möglich bleibt. In der vergangenen Legislatur haben wir die
871 rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Kommunen geeignete Bereiche an

872 natürlichen Gewässern leichter zum Baden freigeben können. Damit haben wir mehr
873 Möglichkeiten für nicht kommerzielles Baden geschaffen und zugleich die Eigenverantwortung
874 der Badenden gestärkt. Darauf bauen wir auf: Wir wollen Kommunen bei der Umsetzung
875 unterstützen und Menschen noch besser befähigen, Gefahren durch Strömung, Wasserqualität und
876 andere Risiken selbst einzuschätzen. Wir entwickeln Konzepte, damit innovative Angebote wie
877 Badeschiffe oder Pop-Up-Freibäder von Kommunen umgesetzt werden können. Kommunen wollen wir
878 intensiv dabei unterstützen geeignete Schwimmtrainer*innen, Schwimmassistenzen sowie
879 Lehrschwimmbecken vorzuhalten, damit jedes Kind die Möglichkeit erhält, schwimmen zu lernen.
880 Für die Kleinsten schaffen wir mehr Wasserspielplätze, die im Sommer Abkühlung und Bewegung
881 verbinden.

882 Sportstätten fit machen für Klimawandel und Energiewende

883 Der Sanierungsstau bei Sportanlagen in NRW ist groß. Hitze, Starkregen und andere
884 Extremwetterereignisse stellen zusätzliche Anforderungen an ihre Bausubstanz und ganzjährige
885 Nutzbarkeit. Mit den Investitionen der vergangenen Jahre haben wir begonnen, den
886 Sanierungsstau anzugehen. Diesen Weg wollen wir zu einer langfristigen und verlässlichen
887 Investitionsstrategie weiterentwickeln, die Sportanlagen in NRW gezielt gegen solche
888 Wetterextreme wappnet.

889 Mit der "NRW-Sport Milliarde" haben wir das größte Investitionsprogramm für Sportstätten in
890 der Geschichte unseres Landes auf den Weg gebracht. Diese Investitionen wollen wir gezielt
891 nutzen, um den Sanierungsstau bei Sportstätten und Schwimmbädern abzubauen. Dabei gilt für
892 uns: Sanierung und Instandhaltung vor Neubau, und die Folgekosten des laufenden Betriebs
893 müssen von Anfang an mitgedacht werden. Wir wollen Förder- und Genehmigungsverfahren
894 einfacher und schneller machen und bei Sanierung und Neubau stärker auf serielle und
895 modulare Bauweisen setzen, wo diese Kosten und Bauzeiten reduzieren können. Die Belastung
896 vieler Kunstrasenplätze ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. Wir bewerten ihre
897 Langlebigkeit neu und setzen auf plastikfreie Alternativen. Klimaanpassung und
898 Energieeffizienz werden fester Bestandteil jeder Sanierungs- und Neubaumaßnahme: Begrünung
899 und Verschattung von Sportflächen reduzieren Wärmeinseln und schützen die Gesundheit der
900 Nutzer*innen, energieeffiziente Sportstätten senken Betriebskosten und Emissionen zugleich.
901 Bundes- und Landesförderprogramme verzahnen wir dafür besser miteinander, damit Kommunen
902 nicht zwischen Fördertöpfen verloren gehen.

903 Nachhaltige Sportgroßveranstaltungen – Impulse für den Sport verantwortungsvoll nutzen

904 Sportgroßveranstaltungen können Menschen begeistern, internationale Begegnung ermöglichen
905 und dem Breiten- und Spitzensport neue Impulse geben. Unser Anspruch ist, dass ihr Nutzen
906 über wenige Wochen hinausreicht.

907 Mit der Bewerbung KölnRheinRuhr um Olympische und Paralympische Spiele hat NRW gezeigt,
908 welches Potenzial in unserer vielfältigen Sportlandschaft und in der vorhandenen
909 Infrastruktur steckt. Auch wenn sich der DOSB für München als deutschen Bewerber entschieden
910 hat, wollen wir die durch die Bewerbung entstandenen Impulse für NRW nutzen. Investitionen
911 in moderne und barrierefreie Sportstätten, eine leistungsfähige Infrastruktur sowie die
912 Förderung des Breiten-, Para-, Nachwuchs- und Spitzensports bleiben unabhängig von einer
913 Olympiabewerbung wichtige Aufgaben.

914 NRW soll auch künftig Gastgeber großer nationaler und internationaler Sportveranstaltungen
915 sein. Dabei setzen wir auf bestehende und ohnehin benötigte Infrastruktur statt auf teure
916 Neubauten und wollen sicherstellen, dass Investitionen dauerhaft dem Sport und den Menschen
917 vor Ort zugutekommen. Kommunen dürfen durch die Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen
918 nicht mit langfristigen finanziellen Belastungen allein gelassen werden.

919 Für vom Land geförderte Sportgroßveranstaltungen wollen wir verbindliche
920 Nachhaltigkeitsstandards weiterentwickeln. Dabei orientieren wir uns an den
921 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und berücksichtigen ökologische, soziale und
922 wirtschaftliche Auswirkungen gleichermaßen. Barrierefreiheit und die Belange des Parasports
923 denken wir dabei von Anfang an mit.

924 E-Sport unterstützen

925 Auch Gaming-Kultur und E-Sport sind Teil des gesellschaftlichen Lebens. Wir fördern
926 gemeinsame Projekte von E-Sport und klassischem Sport sowie Maßnahmen gegen Diskriminierung
927 und für Vielfalt. Wir unterstützen E-Sport NRW bei der ehrenamtlichen Trainerausbildung in
928 Vereinen und ermöglichen damit Kindern und Jugendlichen den gesunden Umgang mit E-Sports.
929 Die bereits von uns über eine Bundesratsinitiative angestoßene Forderung nach der
930 Gemeinnützigkeit von E-Sport in Vereinen, werden wir weiter stärken.

931 Wir engagieren uns für Europa und die Welt

932 Die Europäische Union und die europäische Zusammenarbeit sind ein Garant für Frieden,
933 Freiheit und Wohlstand. Unser Bundesland im Herzen Europas profitiert enorm von der
934 europäischen Integration und trägt Verantwortung dafür, sie zu verteidigen und
935 weiterzuentwickeln. Diese Verantwortung endet für uns nicht an Europas Grenzen. Wir stehen
936 für internationale Zusammenarbeit, die Stärke des Rechts und den Schutz der Menschenrechte –
937 und für eine Welt, in der Konflikte friedlich gelöst werden.

938 Wir stehen an der Seite der Menschen, die in der Ukraine, im Sudan, im Nahen Osten und in
939 den vielen weiteren Krisen- und Konfliktregionen der Welt unter Krieg, Gewalt und
940 Vertreibung leiden. Wir unterstützen Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen
941 und Schutz zu suchen. Im Rahmen unserer Möglichkeiten leisten wir einen Beitrag zu
942 Wiederaufbau und neuen Perspektiven vor Ort.

943 Die Terrorangriffe vom 7. Oktober 2023, geführt von der islamistischen Hamas und ihre Folgen
944 haben den Konflikt im Nahen Osten in eine neue Dimension der Gewalt geführt. Unser Kompass
945 sind Menschenrechte und Völkerrecht: Die Verbrechen der Terrororganisation Hamas, ihre
946 Repression gegenüber der eigenen Bevölkerung, mögliche Kriegsverbrechen der Netanjahu-
947 Regierung im Gazastreifen und die völkerrechtswidrige Siedlungspolitik im Westjordanland
948 müssen konsequent aufgearbeitet und geahndet werden. Für uns gehören das Existenzrecht und
949 die Sicherheit Israels ebenso wie das Recht der Palästinenser*innen auf Selbstbestimmung
950 zusammen. Wir setzen uns für eine Zukunft ein, in der Israelis und Palästinenser*innen in
951 Frieden, Sicherheit und Selbstbestimmung in zwei souveränen, demokratischen und
952 lebensfähigen Staaten leben können.

953 Europa als unser Zuhause verteidigen und weiterdenken

954 Wir wollen Europa verteidigen und gleichzeitig weiterentwickeln. Wir setzen auf enge
955 Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern, gerade angesichts des russischen
956 Angriffskriegs gegen die Ukraine. Langfristig streben wir die Schaffung einer europäischen
957 föderalen Republik an: ein Europa, das als handlungsfähige Demokratie auftritt, statt an
958 nationalen Vetos zu scheitern.

959 Wir verteidigen unsere europäischen Werte: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und
960 Menschenrechte sind für uns nicht verhandelbar. Wir setzen uns für eine konsequente
961 Anwendung des Rechtsstaatsmechanismus auf EU-Ebene ein und erwarten von unseren Partnern ein
962 klares Bekenntnis zu diesen Werten. Wie ernst es um diese Werte steht, zeigt sich besonders
963 an Europas Ostgrenze: Wir stehen fest an der Seite der Ukraine und der Menschen in der
964 Ukraine. Wir wollen den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine aktiv mitgestalten und

965 bauen dafür auf die Stärken unseres Bundeslandes: starken Maschinenbau, eine leistungsfähige
966 IT-Branche, Erfahrung im Strukturwandel und Innovationskraft in Energiewende, Raumfahrt und
967 Verteidigung. Wiederaufbau-Partnerschaften zwischen nordrhein-westfälischen Unternehmen,
968 Kommunen und Institutionen und ihren ukrainischen Partnern wollen wir in den Bereichen
969 Energie, Infrastruktur, Digitalisierung und Landwirtschaft ausbauen und so den Wiederaufbau
970 der Ukraine als modernes, nachhaltiges und digitales Land unterstützen. Wir bauen außerdem
971 die nordrhein-westfälische Regionalpartnerschaft mit der Oblast Dnipropetrowsk weiter aus.
972 Für uns ist klar: Nachhaltige Solidarität mit der Ukraine braucht ein geschlossenes
973 europäisches Vorgehen, mit härteren Sanktionen gegen Russland und der Nutzung eingefrorener
974 russischer Staatsvermögen für den Wiederaufbau.

975 Europa muss seine Sicherheit stärker selbst gewährleisten können. Deshalb wollen wir
976 europäische Fähigkeiten bei Verteidigung, Cyberabwehr und strategischen
977 Schlüsseltechnologien gemeinsam ausbauen und Beschaffung, Entwicklung und Produktion stärker
978 europäisch koordinieren. NRW kann mit seiner Industrie und Forschungslandschaft einen
979 wichtigen Beitrag zu Europas Sicherheit und strategischer Handlungsfähigkeit leisten.

980 Auch bei zentralen globalen Herausforderungen wie dem fortschreitenden Klimawandel, zählen
981 wir auf europäische Zusammenarbeit und bringen uns dafür verstärkt in die internationale
982 „Under2 Coalition“ ein, die mit regionalen Maßnahmen die Erderwärmung auf unter 2 Grad
983 Celsius begrenzen will. Wir treten entschieden gegen die Abschwächung von Klima-, Umwelt-,
984 Natur- und Menschenrechtsstandards ein und setzen uns dafür ein, dass Europas Ziel, bis 2050
985 klimaneutral zu sein, ambitioniert verfolgt und tatsächlich erreicht wird. Wir stehen für
986 einen Green Deal, der ökologische Transformation und soziale Gerechtigkeit zusammen denkt,
987 statt sie gegeneinander auszuspielen. Nur wer auf Erneuerbare Energien und schonenden
988 Ressourcenverbrauch statt auf Kosten von Klima und Natur setzt, sichert sich die
989 wirtschaftlichen Zukunftsmärkte von morgen – deshalb muss Europa hier vorangehen, statt
990 anderen das Feld zu überlassen. Als industriestarkes Herzstück Europas will NRW dabei zur
991 ersten klimaneutralen Industrieregion werden, mit gezielter Unterstützung für die
992 Stahlindustrie beim Einstieg in Wasserstoff, die Chemieindustrie bei klimaneutralen
993 Produktionsverfahren und die Energiewirtschaft beim Umbau von Kohle auf Erneuerbare. Wir
994 setzen uns für den Aus- und Umbau einer grenzüberschreitenden Energieinfrastruktur ein und
995 arbeiten dafür eng mit unseren Nachbarn, den Niederlanden und Belgien zusammen.

996 Als Industrieland und Exportstandort profitiert NRW besonders vom freien Verkehr von Waren,
997 Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften in Europa. Ein starker Binnenmarkt sichert
998 Absatzmärkte, grenzüberschreitende Wertschöpfung und Arbeitsplätze bei uns im Land. Das
999 zeigt sich besonders in unseren Grenzregionen zu Belgien und den Niederlanden. Wir setzen
1000 uns für offene Grenzen im Schengen-Raum ein und verteidigen den starken europäischen
1001 Binnenmarkt. Dauerhafte anlasslose Grenzkontrollen belasten Pendler*innen, Familien und
1002 Unternehmen. Deshalb wollen wir grenzüberschreitende Hürden weiter abbauen und die
1003 Zusammenarbeit mit unseren Nachbarregionen vertiefen. Den grenzüberschreitenden öffentlichen
1004 Nahverkehr wollen wir grenzüberschreitend im Sinne des Deutschlandtickets zum Europaticket
1005 weiterentwickeln.

1006 Ein starkes Europa muss auch digital souverän sein. Wir wollen Abhängigkeiten bei kritischer
1007 digitaler Infrastruktur reduzieren und europäische Kompetenzen bei Halbleitern, Cloud,
1008 Künstlicher Intelligenz und Open Source stärken. Mit seiner starken Forschungslandschaft und
1009 seiner Industrie soll NRW ein Ankerstandort dieser europäischen Technologie sein.

1010 Europa erlebbar machen

1011 Europa muss in NRW erlebbar sein. Die von uns initiierten Europa-Schecks, die ein
1012 niedrigschwelliges zivilgesellschaftliches Europa-Engagement fördern, führen wir deshalb

1013 fort. Die EU-Programme "Erasmus+" und "Horizon Europe" wollen wir weiterhin so umsetzen,
1014 dass sie möglichst viele Menschen erreichen. Auch die Grundlagenforschung profitiert von
1015 europäischer Zusammenarbeit über Grenzen hinweg: Wir setzen uns weiterhin auf allen
1016 politischen Ebenen für den Bau des Einstein-Teleskops im Dreiländereck
1017 Aachen–Lüttich–Maastricht ein und stellen finanzielle Mittel bereit.

1018 Faire globale Lieferketten und starke internationale Partnerschaften

1019 Wir setzen uns für einen fairen globalen Handel und die Einhaltung von Umweltschutz und
1020 Menschenrechten entlang globaler Lieferketten ein, treten für die Umsetzung der Agenda 2030
1021 ein und treiben die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes NRW voran – unterstützt durch
1022 gezielte Kampagnen für fairen Handel.

1023 Getragen wird diese Politik von einer lebendigen Zivilgesellschaft: Viele Menschen in NRW
1024 engagieren sich ehrenamtlich für den globalen Süden, bauen gemeinsam mit Partner*innen dort
1025 Projekte auf, und immer mehr Verbraucher*innen kaufen fair gehandelte Produkte. Wir fördern
1026 diese Aktivitäten und die zivilgesellschaftliche internationale Zusammenarbeit.

1027 Auch unsere Kommunen tragen diese globale Verantwortung mit: Viele Städte und Gemeinden in
1028 NRW haben enge Beziehungen zu ihren Partnerregionen weltweit und führen gemeinsame Projekte
1029 durch, auch in der kommunalen Entwicklungspolitik. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen ein
1030 Konzept entwickeln, das die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele, Menschenrechte und fairen
1031 Handel zu zentralen Aspekten bestehender und künftiger Städtepartnerschaften macht.
1032 Kommunale Klimapartnerschaften sollen dabei eine tragende Rolle spielen. Klimaanpassung in
1033 den Partnerregionen selbst ist dabei ein zentrales Handlungsfeld dieser Partnerschaften.
1034 Damit Kommunen beim Aufbau einer Klimapartnerschaft nicht allein gelassen werden, nutzen wir
1035 die Beratungs- und Vernetzungsstrukturen von "NRW.Energy4Climate" und stärken den Austausch
1036 mit internationalen Partnerkommunen.

1037 NRW: internationaler Standort für Menschenrechte und Zusammenarbeit

1038 Bonn wird neuer zentraler Standort des UN-Entwicklungsprogramms UNDP, der zweitgrößten UN-
1039 Organisation weltweit. Diesen Erfolg wollen wir sichtbar machen, weitere Ansiedlungen
1040 vorantreiben und uns für den Erhalt des Bonn-Berlin-Gesetzes stark machen. Dazu unterstützen
1041 wir den Abschluss einer Zusatzvereinbarung zum Bonn-Berlin-Gesetz zwischen der Region Bonn,
1042 dem Bund sowie den Ländern NRW und Rheinland-Pfalz und bringen uns aktiv in die
1043 Verhandlungen ein.

1044 Diese Rolle als internationaler Standort verpflichtet: Wir leben in einem funktionierenden
1045 Rechtsstaat, dessen Aufgabe es ist, die Rechte seiner Bürger*innen zu schützen. Was für uns
1046 selbstverständlich klingt, ist es für viele Journalist*innen, Abgeordnete,
1047 Wissenschaftler*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen in vielen Ländern der Welt nicht:
1048 sie werden von Unrechtsregimen verfolgt, unterdrückt und bekämpft, wegen ihrer Arbeit oder
1049 schlicht wegen ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer Orientierung. Diesen Menschen
1050 wollen wir in NRW eine Zuflucht bieten. Das Patenschaftsprogramm des Landtags nach dem
1051 Vorbild von „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ bauen wir aus: weitere Patenschaften
1052 für bedrohte, verfolgte oder inhaftierte Parlamentarier*innen und
1053 Menschenrechtsaktivist*innen sollen von Abgeordneten übernommen werden.

1054 Wir wollen die Friedens- und Konfliktforschung in NRW nachhaltig stärken. Um die Vernetzung
1055 der Standorte der inter- und transdisziplinären Friedens- und Konfliktforschung in NRW
1056 weiter zu stärken und Synergien zu fördern, unterstützen wir die Einrichtung eines
1057 Friedensforschungs-Campus.